

Die Socialdemokratie  
vor dem  
**Deutschen Reichstage.**

---

Erste Berathung  
des  
Gesetzentwurfs gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen  
der Socialdemokratie.

---

Stenographischer Bericht  
der Verhandlungen des Deutschen Reichstags  
am 10. und 17. September 1878.

---

— Zweites Heft. —

Hamburg, 1878.

Druck und Verlag der Genossenschafts-Buchdruckerei zu Hamburg (s. G.).

## 4. Sitzung des Deutschen Reichstages

am 16. September 1878.

Präsident v. Forckenbeck: Wir treten in die Tagesordnung ein.

Einziges Gegenstand der Tagesordnung ist:

**Erste Berathung des Gesetzentwurfs gegen die gemeingefährlichsten Bestrebungen der Socialdemokratie (Nr. 4 der Drucksachen).**

Ich eröffne diese erste Berathung hiermit und ertheile das Wort dem Herrn Stellvertreter des Reichskanzlers.

Stellvertreter des Reichskanzlers Staatsminister Graf zu Stolberg-Wernigerode: Meine Herren, es ist nicht meine Absicht, Ihnen eine ausführliche Darlegung zu geben von den Ansichten der verbündeten Regierungen in Bezug auf die Zurückweisung der gemeingefährlichsten Bestrebungen der Socialdemokratie, wie der vorliegende Entwurf sie enthält. Ich glaube in der That, daß jeder, der den öffentlichen Verhältnissen der letzten Monate gefolgt ist, vollständig im Klaren darüber sein wird, welche Stellung zu dieser bewegenden Frage die Regierungen einnehmen. Zudem ist der Gesetzentwurf, der Ihnen vorliegt, von so ausführlichen und eingehenden Motiven begleitet, er enthält so genau die Darlegung der Erwägungen, aus welchen die verbündeten Regierungen ein geschliches Einschreiten für notwendig halten, daß es auf eine Wiederholung dieser Darlegung hinauskommen würde, wenn ich Ihnen gegenüber im Einzelnen diese Bestimmungen hier vertreten wollte. Es wird sich ja auch in den weiteren Stadien der Berathung Gelegenheit finden, die Stellung der Bundesregierungen zu vertreten. Das Eine will ich aber hier schon jetzt mit voller Bestimmtheit erklären, daß die verbündeten Regierungen von der Nothwendigkeit durchdrungen sind, Waffen der Art, wie der Entwurf sie vorschlägt und in Anspruch nimmt, zu erhalten, wenn anders sie in der Lage sein sollen, den Gefahren energisch und mit Erfolg entgegenzutreten, mit welchen die socialdemokratische Bewegung Staat und Gesellschaft bedroht. Daß diese Gefahren bestehen, davon werden Sie, meine Herren, mit wenigen Ausnahmen alle wohl Aberzeugt sein.

Ich möchte hierbei gleich der Annahme im Voraus entgegen- treten, als ob die verbündeten Regierungen sich in der Illusion befinden, daß die vorgeschlagenen Maßregeln allein ausreichen könnten und würden, der Bewegung mit Erfolg entgegenzutreten und sie zu beseitigen. Nein, meine Herren, die schwierigste Arbeit wird auf anderen Gebieten liegen. Es wird darauf ankommen und wird Pflicht sein für den Staat wie für freie Vereinigungen, für die öffentlichen Korporationen wie für die Einzelnen, darauf hinzu- wirken, daß Gottesfurcht, Treue, Fleiß, Sparsamkeit, Zuverlässigkeit in Handel und Wandel gekräftigt werden, daß die Verfassungen der Socialdemokratie auf diese Weise nicht mehr so festen Boden gewinnen, daß die Truggebilde, welche in den verbreiteten Theo- rien liegen, beseitigt werden und daß dafür gesorgt wird, daß nicht diese Agitation unter irgend einem Schein von Geseßlichkeit künftig betrieben werden könne. (Bravo! rechts.)

Diese letztere Thätigkeit, meine Herren, ist durchaus noth- wendig, wenn es gelingen soll, der Bewegung mit Schärfe und mit Erfolg entgegenzutreten. Wenn der Staat solche wirksamen und scharfen Mittel in Anwendung bringt, dann handelt er meines Erach- tens nicht allein im Interesse seiner Selbsterhaltung, sondern zugleich im Interesse der Bevölkerung selbst, namentlich der arbeitenden Be- völkerung, die jetzt vor allem den Verführungen der socialdemo- kratischen Bewegung ausgesetzt ist. (Bravo! rechts.)

Ich beschränke mich auf diese wenigen Worte, aber die eine Bitte möchte ich noch an Sie richten: wenn Sie davon überzeugt sind oder im Laufe der Verhandlung die Ueberzeugung gewinnen sollten, daß es außerordentlicher Maßregeln bedarf, dann bitte ich Sie, gewähren Sie uns scharfe und wirksame Waffen; mit halber Maßregel wird mehr geschadet als genützt. (Bravo! rechts.)

Präsident: Der Herr Abgeordnete Reichensperger (Dlpe) hat das Wort.

Abgeordneter Reichensperger (Dlpe): Meine Herren, die letzten Aeußerungen des Herrn stellvertretenden Reichskanzlers sind gewiß auf allen Seiten dieses Hauses mit Befriedigung vernommen worden. Allein ich muß doch hinzusetzen, daß ich gewünscht und erwartet hätte, daß der geehrte Herr doch etwas näher auf den Kern der Sache eingegangen wäre, da meiner Anschauung nach auch die Motive der Vorlage schlechterdings nicht diese Kernfrage erle- digen, namentlich nicht denjenigen Gegensatz beseitigen, der gegen- über der letztjährigen analogen Vorlage des Bundesraths hier im Reichstag so scharf hervorgetreten und die Ablehnung der dama- ligen Vorlage mit großer Majorität herbeigeführt hat. Es ist das die Frage, ob der Gesehtwurf, wie er vorliegt, hinreichend prä- cisiert sei, damit seine Spitze nur gegen diejenigen gewendet werden könne, die der Bundesrath vielleicht nur im Auge hat. Es sollte hier diejenigen Gefahren beseitigt oder bekämpft werden, die durch die socialdemokratischen, socialistischen und communisticchen Bestre- bungen auf die Untergrabung der bestehenden Staats- und Gesell- schaftsbildung gerichtet sind. Es soll dies geschehen, meine Herren, durch ein Ausnahme-geseß, das ist ausdrücklich in der vorigen

Session durch den Herrn Reichskanzler selbst und es ist in den Mo- tiven wiederholt ausgesprochen worden. Es ist also seitens des Bundesraths anerkannt, daß es unzulässig sei, diese socialdemokra- tischen Bestrebungen durch ein Geseß, welches das gemeine staats- bürgerliche Recht aller Staatsangehörigen beeinträchtigt, bekämpfen oder beseitigen zu wollen. Nun, meine Herren, ist aber bereits der vorige Reichstag mit großer Majorität gegenüber einem analogen Gesehtwurf von der Ueberzeugung geseitet worden, daß die Be- stimmungen jener Vorlage nicht die eben bezeichnete Garantie in sich trügen, und zwar darum nicht, weil es an jeder scharfen, ge- seßlichen oder gar juristischen Definition desjenigen fehlt, was hier reprimit werden soll; daß also in der Wirklichkeit nicht das von dem Bundesrath selbst nur für zulässig erkannte Ausnah- me- geseß, sondern ein allgemeines Geseß der Unfreiheit, der Be- schränkung der staatsbürgerlichen Rechte der ganzen Nation herbei- geführt werden würde!

Nun, meine Herren, seitdem ist allerdings ein Novum, ein schmerzliches Novum dazwischen getreten; es hat ein zweites Attentat auf die geheiligte Person des Kaisers stattgehabt. Wir haben es ja erleben müssen, daß die dreifache Majestät des höchsten Ranges, des Sieges und des ehrwürdigsten Greisenalters den deut- schen Kaiser nicht geschützt hat vor einer zweiten Mörderhand. Nun, meine Herren, ist es nicht zweifelhaft, daß die ganze Nation sich entrüstet von diesem Schandpiel abgewendet hat, daß eine allge- meine Verurtheilung erfolgt ist. Ja, es ist gewiß, daß jeder recht- und ehrlichsenbe Mann, geschweige denn jeder wahre Vertreter des deutschen Volkes in diesem Reichstag sich bereit erklären muß, alle rechtl. zulässigen Mittel, die geeignet sind, den Gefahren und Miasmen entgegenzuarbeiten, die bereits so weite Verbreitung er- langt haben — daß, sage ich, jedes Mitglied dieses Reichstags bereit sein muß, alle solche rechtl. zulässigen und die Erreichung des Zwecks versprechenden Mittel zu gewähren, wenn dieselben nicht nach anderer Seite hin noch größere Gefahren für die Ge- samtheit mit sich bringen, wie das auch der hohe Bundesrath nicht will, indem er nur eine Beschränkung der Freiheitsrechte der Socialdemokraten für zulässig erachtet.

Ich, meine Herren, weiß es nun nicht und kann es wenigstens nicht behaupten, daß diese Vorgeseßten derjenigen Partei, die hier bekämpft werden soll, affilirt waren; es wird ja viel darüber ge- stritten, es werden sogar andere geheime Verbindungen genannt. Allein, meine Herren, zu einer Verurtheilung der socialdemokrati- schen Bestrebungen bedarf es für mich jener Gewißheit auch nicht. Ich weiß, und das genügt, daß jene schrecklichen Ereignisse hervor- gehen müssen, hier oder dort in Folge derjenigen Agitationen, welcher diese Partei sich schuldig gemacht hat durch Erregung aller schlechten Leidenschaften gegen alle rechtlichen, stitlichen und religiösen Lebensordnungen und Lebensbedingungen in unserem Volke. Und, meine Herren, die Verurtheilung der Bestrebungen jener Partei ist wahrlich nicht die schwächste bei meinen Fremden und mir und allen unseren Gesinnungsgenossen im ganzen deutschen Lande. Wir,

meine Herren, wissen ja sehr wohl, was der Herr Abgeordnete Uebel auf dieser Tribüne, vollkommen der Wahrheit entsprechend, gesagt hat, daß nämlich die Socialdemokratie gerade in dem Katholizismus ihren Todfeind erkannt und bekämpft. Wir werden also am allerwenigsten geneigt sein, dem Fortwuchern dieses Uebels möglichst freie Bahn zu schaffen; wir werden im Gegentheil am bereitesten sein, diesem Uebel entgegenzuarbeiten, aber freilich nur mit solchen Mitteln, die ich oben charakterisirt habe, — si non, non.

Ich muß nun aber sagen, daß die Vorlage auch in Verbindung mit den Motiven nach keiner Seite hin eine Garantie dafür bietet, daß diese Vorlage nur als Ausnahme-gesetz wirken könne und wirken werde, und daß sie zugleich geeignet sei, den Bestrebungen und Agitationen jener Partei wirksam entgegen zu arbeiten. Wenn es aber genügen könnte, mit der stärksten Polizeiaction jenem Uebel beizukommen, dann möchte ich doch fragen, wie es möglich geworden ist, daß in Rußland, wo ähnliche Bestrebungen des Nihilismus bestehen und die Thaten der Tendenzmörder fort und fort wuchern, da doch meines Wissens die russische Regierung nicht nur diejenigen Vollmachten hat und übt, die hier gefordert werden, sondern noch viel weitergehende Rechte, indem sie die ganze Strafgewalt in Bezug auf diese Verbrechen der Justiz entzogen und Specialcommissionen angewendet hat.

In der Vorlage wird also für den Bundesrath die Befugniß gefordert, die fundamentalsten Freiheitsrechte nominell einer bestimmten Partei gegenüber zu suspendiren. Es sind das, meine Herren, Freiheitsrechte, welche in der großen Mehrzahl der deutschen Landesverfassungen auf das Allerfeierlichste verbrieft sind, und welche von denjenigen Mitgliedern des Reichstages, die zugleich Mitglieder eines Singellandtages sind, eidlich erhärtet sind. Das soll nicht in meiner Augen bedeuten, daß hier im Reichstag die betreffenden Mitglieder nicht Beschränkungen dieser Volksrechte eintreten lassen könnten, wohl aber, daß, um dies zu thun, absolut erforderlich wäre, den Nachweis der unbedingten aktuellen Nothwendigkeit einer solchen Maßregel zu erbringen.

Es wird weiter in der Vorlage die Suspendirung der bezeichneten Freiheitsrechte gefordert ohne jede Zeitbeschränkung, während doch die im vorigen Reichstag vorgelegte eine Zeitbeschränkung auf drei Jahre für nothwendig erachtet hat, und während die Herren Abgeordneten Weseler und Gneist, welche voriges Mal hilfreiche Hand leisten wollten, eine Beschränkung bis auf die Dauer von nur sechs Wochen nach dem Zusammentritte des nächsten Reichstages eintreten lassen wollten. Heute soll es ohne Zeitbeschränkung geschehen, also Wiederaufhebung nur mit Zustimmung der Majorität des Bundesraths erfolgen können.

Die Vorlage selbst erkennt an, daß der im vorigen Reichstag abgelehnte Gesetzentwurf einer weiteren Präzisierung bedurft habe, es wird darum zu den Vorschlägen gegriffen, welche damals die genannten Herren Abgeordneten gemacht haben. Es wird jetzt gesprochen von der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung, allein es wird diesem Wort vorgezogen der Begriff der „Untergrabung“

der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung; diese soll die Befugniß geben, die hier gefordert wird.

Die genannten Herren Abgeordneten haben voriges Mal es aber für nothwendig erachtet, daß diese Bestrebungen der Socialdemokratie auf den Umsturz dieser Gesellschaftsordnung, also auf eine gewaltsame Beseitigung derselben gerichtet seien. Das Wort „Untergrabung“ ist aber etwas absolut ganz anderes. Man braucht desfalls nicht bloß den Sprachgebrauch zu fragen — die Motive selbst sagen uns deutlich, daß darunter nur verstanden werden soll diejenige Diskreditirung der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung, welche in der öffentlichen Ueberzeugung der Staatsangehörigen begründet werden soll, um dadurch eine allmähliche Beseitigung der Umwandlung der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung herbeizuführen. Ich, meine Herren, kann doch nur sagen, daß gegenüber solchen angeblichen Präzisionen des zu Repräsentirenden diejenige Forderung, die in der Strafgesetznovelle vom Jahre 1876 enthalten war, unendlich klarer, schärfer, juristisch formulirt gewesen ist. Damals war gesprochen von Angriffen auf das Institut der Ehe, der Familie, des Eigenthums. Diese Begriffsbestimmungen wurden aber von dem deutschen Reichstag einstimmig als unzureichend erklärt und zurückgewiesen, auch von denjenigen Parteien, die dem Bundesrath und seinen Interessen am nächsten standen. Ich bin der Meinung, daß es sich gegenwärtig um noch viel vagere Begriffe handelt und um ganz andere Effecte. Damals sollte der Angriff gegen die bezeichneten Institute mit Gefängnißstrafe gegen die betreffenden Einzelnen geführt werden, heute soll auf die „Untergrabung“, deren Sinn ich angedeutet habe, die Entziehung der wichtigsten Staatsbürgerrechte gegenüber ganzen Kategorien der Bevölkerung ausgesprochen werden!

Aber, meine Herren, wir müssen uns doch auch fragen: was hat man sich denn zu denken unter der Staats- und Gesellschaftsordnung, die hier gegen die Agitation der Socialdemokratie geschützt werden soll? Ich kann nicht anders annehmen, als daß man zunächst an diejenigen großen Institutionen zu denken hat, deren Verfall und Umsturz nach § 81 des Strafgesetzes als Hochverrath bezeichnet wird. Hierzu gehört dann namentlich der gewaltsame Angriff gegen die Verfassung des Reichs oder der Einzelstaaten.

Nun vergegenwärtigen Sie sich doch, meine Herren, was es heißt und welche Kluft dazwischen liegt, wenn man im Strafgesetz nur von dem verbotenen Umsturz spricht, hier aber von der Untergrabung bestehender Staats- und Gesellschaftsordnung. Ich sollte doch meinen, daß jede politische Partei, namentlich jede Reformpartei, nothwendig nach irgend einer Seite hin auf die Abänderung irgend einer der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnungen hinwirkt, sonst wäre ja Stillstand, es wäre ja Tod. Dieses Hinarbeiten bedeutet aber „untergraben“, weil die öffentliche Meinung dafür gewonnen werden soll, zu erkennen, daß das Bestehende schädlich oder rechtlich unzulässig sei. Nun, meine Herren, ist in diesem Reichstag schon wiederholt aus den verschiedensten Parteien thatächlich gezeigt worden, welche Consequenzen es hat, wenn man die Untergrabung

einer Staatsordnung als das Kriterium für die Suspendirung staatsbürgerlicher Rechte annimmt. Es ist hier sehr ernst zur Sprache gebracht worden, daß doch beispielsweise nach der preussischen Verfassungsurkunde die Landesvertretung nicht das eigentliche Steuer- und Abgabebewilligungsrecht hat. Diese Rechtslage ist hier als bedenklich bezeichnet worden, ja für unerträglich, wenn etwa die Wünsche des Bundesraths in Erfüllung gehen sollten, daß dem Reiche höhere selbstständige Einnahmen zugewiesen würden. Ich weiß nicht, wer sich dann des Verdichtes würde erwehren können, als Untergraber einer bestehenden Staatsordnung characterisirt zu werden, wenn er den eben bezeichneten Weg verfolgt. Aber weiter, meine Herren, es ist doch noch vor einer ganz kurzen Zeit eine der wesentlichsten, fundamentalsten Staats- und Gesellschaftsordnungen in allen deutschen Landen gewesen, daß die Ehe ein religiös-kirchliches Band angesehen und behandelt wurde. Wäre das noch der Fall, dann würde man das ohne Gefährdung seiner staatsbürgerlichen Rechte nicht anfechten dürfen. Seit dem ist durch deutsches Reichsgesetz die Civilehe eingeführt worden, und ich verstehe nicht, wie man jede Anfechtung und Bekämpfung dieses neuen Systems nicht künftighin als eine Untergrabung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung wird bezeichnen können. Ganz ähnlich ist es ja mit dem Princip der Selbstständigkeit von Staat und Kirche. Noch stärker tritt die Unmöglichkeit hervor bei der Frage: was soll dem gegenüber den Agitationen der Socialdemokratie gegen das Eigenthum hier als bestehende Gesellschaftsordnung gekämpft werden? Meines Wissens bekämpft die Socialdemokratie das Eigenthum als solches keineswegs; sie will nur das Sondereigenthum beschränkt wissen auf die paar Mobilien, die der Mensch absolut nicht entbehren kann, — alles andere soll Gemeintheigenthum werden, namentlich dasjenige, was der Production dient. Nun, meine Herren, über diese Doctrin wird doch am Ende, meine ich, jeder ruhig denkende Mensch so abfällig urtheilen, wie nur möglich. Aber daß eine Untergrabung der bestehenden Einrichtungen des Eigenthums nicht zulässig ist, das verstehe ich nicht. Es hat ja der Bundesrath selbst in den Motiven zur Strafnovelle von 1876 ausgesprochen, daß es nicht beabsichtigt sei, unter den damals zu verübenden Angriffen gegen das Eigenthum zu verstehen, daß jede bestehende Einrichtung des Eigenthums sollte als undiskutierbar bezeichnet werden; — nein, das sollte gestattet bleiben. Nun frage ich, wo liegt denn das Kriterium für die Zulassung des einen und für die Verwerfung des andern? Aber, meine Herren, die Sache hat doch noch eine ganz andere Seite. Ich muß doch fragen, ob denn wirklich der Bundesrath die socialistischen Bestrebungen, die hier in der bezeichneten Weise vollzählig reprobirt werden sollen, sammt und sonders reprobirt. Die Antwort hierauf ist handgreiflich; nein! Der Bundesrath hat eine Reihe und zwar der wichtigsten socialdemokratischen Forderungen zu den seinigen gemacht; der Bundesrath ist in einer der fundamentalsten Forderungen der Socialdemokratie, ich möchte sagen, nicht bloß entgegen, sondern

zuvorgekommen, indem er das allgemeine Stimmrecht activ und passiv statuirte und so einen fundamentalen Punkt socialdemokratischer Bestrebungen verwirklichte. Der Bundesrath hat ebenso nach vielen anderen Richtungen hin, und gewiß segensreich, die Bestrebungen der Socialdemokratie sich angeeignet in Bezug auf die Regulirung des Verhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeitern und hat sie im Interesse der letzteren verbessert. Er hat auch dahin gewirkt, daß die Frauen- und Kinderarbeit beschränkt, die Sonntagsheiligung besser geschützt werde. Es wird sogar behauptet, daß ein hervorragendes Mitglied der Reichsregierung selbst den Normalarbeits-tag als gerechtfertigt und nothwendig — ich glaube für die ländlichen Arbeiter — anerkannt hat. Der Reichskanzler selbst hat in seiner Rede im letzten Reichstage hier ausgesprochen, daß er einen gewissen berechtigten Kern in der Socialdemokratie anerkennt. — Nun, meine Herren, wird doch wohl der hohe Bundesrath nicht behaupten wollen und können, daß mit dem bisher Geschehenen alles abgeschlossen sei, — daß von nun an die Bestrebungen der Socialdemokratie, welche zu obigen partiellen Resultaten geführt haben, abgeschlossen sein müßten, und daß darum die Socialdemokratie mundtot gemacht werden könne. Ich, meine Herren, bin doch der Meinung, daß, wenn man das will, das Nächste gewesen wäre, keinen socialdemokratischen Mann mehr in diesem Reichstage Sitz und Stimme behalten zu lassen. Denn der hat doch und behält zweifellos das Recht, hier zu reden, — und seine Neben können und werden doch wahrscheinlich nach wie vor gedruckt und verbreitet werden; so steht es wenigstens einstweilen noch in unserm Gesetz.

Also, meine Herren, auf dem Wege kann es doch unmöglich gehen. Ich bin sogar der Meinung, daß es wünschenswerth sei, daß die betreffenden Abgeordneten hier Sitz und Stimme haben, und ich bin nicht der Meinung, die der Herr College Richter hier vertreten hat, indem er deren Hiersein für beklagenswerth erachtet. Ich für mein Theil gestehe offen, daß ich sogar eine Zahl von fünfzehn socialdemokratischen Abgeordneten für recht wünschenswerth halte und zwar darum, damit sie geschäftsmäßig in der Lage seien, ihre Anträge zu formuliren, d. h., ihre Utopien entweder dem Richterpruch dieses Reichstags und der Bächerlichkeit preiszugeben, oder diese ihre Utopien in der That zu behaupten und damit den verführten Massen den schlagenden Beweis zu geben, daß sie selbst nicht an diese ihre Anschauungen glauben. (Sehr richtig!)

Ich, meine Herren, habe noch die Zeit erlebt, wo die wohlgesinnten Männer daran erümmert haben, daß auch der Bauer, sozusagen, ein Mensch sei. Diese Zeit ist gottlob vorüber; aber, meine Herren, es muß mich doch wundern, daß ich heute daran erinuern muß, daß auch die Socialdemokraten, sozusagen, Staatsbürger sind, — Staatsbürger, die unsere Reichstasse füllen und unsere Schlachten schlagen müssen. Ich gebe doch dem hohen Bundesrath zur Erwägung anheim, ob er sich nicht selber sagen muß, daß er jener verderblichen Agitation die allergefährlichste Waffe, die überhaupt nur ausgedacht werden kann, in die Hand drückt, wenn er den

Führern oder Verfahrern der Massen das Recht giebt, diesen Massen zu sagen, sie würden nicht mehr als Staatsbürger anerkannt und behandelt. Diese Rede soll ja freilich nicht mehr in der öffentlichen Presse, nicht mehr in den polizeilich überwachten Vereinen und Versammlungen geführt werden können. — aber, meine Herren, diese Rede wird von Ohr zu Ohr fortschleichen in der vergiftendsten Weise, und ich glaube nicht, meine Herren, daß es wünschenswerth sei, eine solche Waffe den betreffenden Männern in die Hand zu geben.

Wende ich mich nun noch zwei oder drei Einzelbestimmungen der Vorlage zu, so scheint mir das, was ich gesagt habe, nur noch schärfer hervorzutreten. Es wird zunächst in § 3 gefordert, es soll auf Grund des Verbots eines Vereins auch die betreffende Vereinskasse in Beschlagnahme genommen und der Ortsarmenkasse überwiesen werden, vorbehaltlich der Rechte Dritter. Diese Dritte sind nach meinem Verständniß der Gesetzesprache nur solche Personen, die außerhalb der Vereine stehen, nicht aber, die innerhalb derselben stehen und Rechtsansprüche an die Kasse haben. Nun, meine Herren, ich kann nur sagen, daß nach meinem Verständniß der Dinge der Bundesrath selbst hier kommunalistische Action treibt, zwar nicht gegen die Gesamtheit, wohl aber gegen die Communisten, und ob das zulässiger ist, als das umgekehrte, das möchte ich bezweifeln; und ob es legislatorische Weisheit darstellt, muß ich noch mehr bezweifeln. Bei diesen, das reine Privatrecht betreffenden Ansprüchen wird sobann die Justiz ausgeschlossen. Nun, meine Herren, glauben Sie ja nicht, daß ich auch nur den entferntesten Wunsch haben könnte, daß die Justiz in dieses Gesetz hineingebracht werde. Gott bewahre, ich würde es als ein noch weit größeres Unglück betrachten, wenn zu einem solchen Gesetz ohne juristische Definitionen die Justiz herangezogen werden sollte, denn das würde nur den unvermeidlichen Effect haben, daß die Justiz selbst dadurch demoralisirt oder doch discreditirt wird. (Sehr richtig!)

In § 16 ist dann weiter gefordert, daß für Bezirke und Ortlichkeiten, in welchen socialdemokratische Bestrebungen die öffentliche Sicherheit bedrohen, die folgenden Anordnungen getroffen werden sollen, zwar nur auf ein Jahr, aber natürlich mit dem Recht des Repetirens. Also überall, wo durch socialdemokratische Bestrebungen die öffentliche Sicherheit bedroht ist, soll § 16 Platz greifen. Ich möchte nun wissen, wer absolut behaupten möchte, daß irgendwo die Sicherheit nicht bedroht sei. Ich sollte meinen, schon die einfache Thatsache, daß man überall eine ständige Polizei hält, beweise, daß man überall die öffentliche Ordnung und Sicherheit für bedroht erachtet. Dabei macht es auch keinen Unterschied, ob sie bedroht wird von Socialdemokraten, und ob es also genügen soll, daß es einem halben Duzend oder einem Duzend oder mehreren Socialdemokraten einfallt, einzelne Acte in Scene zu setzen, aus welchen eine wirkliche Bedrohung der Sicherheit entnommen werden könnte, um die Folgen des § 20 eintreten zu lassen; — das verstehe ich nicht. Dafür ist eben die Polizei und eventuell die bewaffnete Macht da, um Gefährdung zu reprimiren, und ich sollte glauben, daß der Bundesrath selbst es als eine Beleidigung ansehen würde, wenn man ihm den Gedanken suppedilicte, die öffent-

liche Staatsgewalt sei nicht stark genug, um solchen Bedrohungen der öffentlichen Sicherheit in einzelnen Bezirken und Ortlichkeiten kräftig entgegenzutreten zu können. In solchen Fällen sollen nun aber Versammlungen nur mit vorgängiger Bewilligung der Polizeibehörde stattfinden dürfen, also auch keine Wahlversammlungen mehr für keine der bestehenden Parteien, natürlich mit Vorbehalt der Erlaubniß der Polizeibehörde, die dann Unterschiede zwischen den politischen Parteien eintreten lassen würde, mit denen doch nicht alle Welt sich einverstanden erklären konnte.

Dann ist noch von Waffen die Rede, deren Besitz solle verboten werden. Ich sollte meinen, daß, wenn der Redakteur dieses Gesetzes sich den Umfang des Wortes „Waffen“ vergegenwärtigt hätte, daß er einen solchen Gedanken über Bord geworfen hätte. Eine Waffe überhaupt sich zu verschaffen zum Behuf von Mordattentaten, kann absolut nicht verhütet werden; Waffen überhaupt zu verbieten, also auch Jagdwaffen, muß aber auch nach anderer Seite hin recht sonderbar erscheinen. Denn Waffen im Sinne des Strafgesetzbuchs sind nicht bloß jene Werkzeuge, die bestimmungsmäßig solche sein sollen, sondern alle gefährlichen Werkzeuge, wie das neueste Gesetz, das wir hier erlassen haben, nämlich der § 367 des Strafgesetzbuchs sagt:

Wer sich bei einer Schlägerei einer Waffe, insbesondere eines Messers oder anderen gefährlichen Werkzeugs bedient, wird bestraft —

Also mit dem Verbot von Waffen geht es doch wohl etwas zu weit.

Kurz, es steht fest, daß hier eine Art Belagerungszustand soll etabliert werden können, ohne daß Krieg oder Aufruhr besteht. Ich glaube aber nicht, daß das deutsche Volk des 19. Jahrhunderts für Segnungen einer solchen Polizeigewalt zugänglich ist.

Ich, meine Herren, trage kein Bedenken, zu sagen, daß ich auch den flagrantesten Ausnahmegesetzen meine Zustimmung geben könnte und würde, wenn ein solches Gesetz aktuell und eminent nothwendig wäre, und wenn es verspräche, das erstrebte Ziel zu erreichen. Aber von alledem ist hier, wie mir scheint, nicht die Rede. Ich meine, man muß, um ein richtiges Urtheil über unsere Sachlage zu gewinnen, das Uebel selbst ins Auge fassen, seine Ursachen erkennen, um daraus zu ermitteln, welche Heilmittel überhaupt möglich sind. Ich sage mir zunächst, daß das Uebel, welches wir heute beklagen, nicht neuesten Datums, sondern so alt ist wie die Menschengeschichte. Es hieß früher in Rom der Sklavenkrieg, später die französische jacquerie, dann der deutsche Bauernkrieg, die Mariane und das wische Fenierthum. Das alles ist überall dasselbe große Uebel, das wir beklagen und das wir vor uns sehen. Heute ist dieses Uebel allerdings noch viel bedenklicher, als es jemals war, weil es einen internationalen Character angenommen hat. Von Rußland durch den ganzen Continent bis an die äußersten Grenzen von Amerika geht es. Und, meine Herren, es ist in der That für uns um so bedenklicher, als es scheint, daß diese destruktive Parteirichtung gerade im deutschen Reich ihre weiteste Verbreitung, jedenfalls ihre

größte Vertiefung erlangt hat. Aber, meine Herren, ich sage mir zugleich, daß dies erst in den letzten Jahren eingetreten ist, meiner Erkenntnis nach erst seit dem Jahre 1872. Es fällt die Verbreitung dieses Uebels mithin der Zeit nach zusammen mit dem unerhörten scheinbaren Aufschwung und dem demnächstigen wirklichen Niedergang des Wohlstands in Deutschland, — und es fällt zweitens zusammen mit der gleichzeitigen Entfesselung aller privaten und öffentlichen Leidenschaften gegen den bisherigen Stand des religiösen Volksbewußtseins in der Kirche und Schule. (Sehr wahr!)

Ich sollte meinen, daß schon dieses zeitliche Zusammentreffen einen Schluß darauf rechtfertige, welches die Genesis dieses Uebels und die Weiterverbreitung desselben sei. Nach meiner Auffassung der Dinge ist jener geistige Vergiftungsproceß der großen Massen im deutschen Reich nur dadurch möglich geworden und vor sich gegangen, daß die socialdemokratischen Agitatoren dem zweifellos leidenden Theil unserer Arbeiterbevölkerung die Noth und die Leiden ihres Daseins in den möglichst grellsten und übertriebensten Farben darstellten und zugleich den Reid und Haß gegen ihre angeblichen Unterdrücker und deren Genüsse wachgerufen haben. Dabei hat man sich dann natürlich gehütet, irgendwie die einzelnen Individuen oder die Massen verantwortlich zu erklären für irgend eine Noth und ein Elend, sondern die ganze Verantwortlichkeit wurde auf die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung geworfen. Aber, meine Herren, um diesen Gedanken recht fruchtbar zu machen, war der weitere Ausgangspunkt jener Agitation der, daß man den Massen zugleich vorführte, mit diesem Leben habe eben alles ein Ende, — hier also gelte es, zu genießen, wenn nicht überhaupt ihr ganzes Leben werthlos sein solle; zu dem Ende aber müsse die ganze bestehende Gesellschaftsordnung, die nicht freiwillig weichen werde, zerschlagen werden, um die diesseitigen Genüsse Allen zu erbüssen, oder mindestens Alle gleich elend zu machen.

Nun, meine Herren, frage ich Sie, ob diesem Wahngebilde, ob dieser Mischung von humanitären Aspirationen und zügelloser Leidenschaft und Begierden entgegengearbeitet werden kann durch Bundesratsbeschlüsse und Polizeiactionen, oder ob die sogenannte Bildung, oder ob irgend welche Philosophie dazu geeignet sei. Ich sollte meinen, die Antwort könnte doch nur eine verneinende sein, und jeder Wohlgesinnte müßte sich sagen, daß eine innere Abhilfe und Heilung nur möglich sei, daß das Uebel nur überwunden werden könne vom Standpunkt des Christenthums aus, jenes Christenthums, welches die Nothwendigkeit des individuellen Kampfes gegen alle zügellosen Begierden lehrt und übt, und welches die endliche Ausgleichung und Vergeltung für das ewige Jenseits vindicirt. (Sehr wahr!) Wenn es dagegen dahin kommen sollte, daß es jenen Agitatoren gelingt, diese versöhnende christliche Ueberzeugung aus dem Herzen des Volks zu reißen, dann, meine Herren, sage ich, daß die verführten Massen das Elend, welches sie drückt, nicht ertragen können und nicht ertragen werden. (Sehr wahr!) Wenn diese christliche Gewisheit der ausgleichenden göttlichen Gerechtigkeit fällt,

dann werden sie, der Kraft und Zahl ihrer Arme bewußt, sich erheben und sie werden die Gesellschaftsordnung zerschlagen. (Sehr wahr!)

Das, meine Herren, ist auch der thatsächliche, historische Ausgangspunkt der socialdemokratischen Bewegung. Ich erinnere mich noch als Zeitgenosse, wie der Stammvater derselben, Proudhon, das Axiom aufstellte, es müsse, um das diesseitige Glück der Massen zu begründen, auch der letzte Gedanke an das Jenseits aus dem Herzen des Volks herausgerissen werden; nur so sei es möglich, zu demjenigen Ziele zu gelangen, das die Socialdemokratie zu dem ihrigen gemacht hat. Nun, meine Herren, dieses Proudhon'sche Recept hat man in Deutschland angewendet. Man hat das Volk mit aller Kraft der Verführung abwendig gemacht von jeder christlichen Ueberzeugung und hat es namentlich gegen jeden katholischen Gedanken gehehrt. (Sehr wahr!)

Meine Herren, ich kann nur sagen, daß die Logik dieses Proudhon'schen Systems, wie es heute thatsächlich fortgeführt wird, mir unbestreitbar erscheint. Abhilfe kann darum aber auch nur geschafft werden auf dem Wege, den ein anderer Mund angedeutet hat mit den Worten, es müsse dem Volk die Religion erhalten oder, wie ich leider sagen muß, wiedergegeben werden. (Sehr wahr!)

Ich, meine Herren, will wahrlich hier und heute nicht auseinandersehen, wie es denn im Laufe weniger Jahre möglich geworden ist, das sonst wegen seines religiösen Sinnes gerühmte deutsche Volk in so weiten Kreisen von der Religion, vom Christenthum abwendig zu machen. Ich glaube auch, daß die betreffenden Thatsachen jedem Mitgliede des Reichstags ausreichend bekannt sein werden. Ich will nur darauf hinweisen, daß eine Umkehr nothwendig ist, und zwar nicht bloß bei den enterbten, sondern auch bei den gebildeten und besitzenden Classen der Nation. (Sehr wahr!)

Denn, wie das Uebel von oben ausgegangen, so muß es auch von oben wiederum geheilt werden. Das Uebel muß geheilt werden im privaten und im öffentlichen Leben, in der Kirche wie in der Schule, von der Universität an bis herab zur untersten Dorfschule. Geschieht das nicht, meine Herren, — ich will nicht als Prophet sprechen, sondern ich glaube mit klaren Thatsachen zu rechnen, wenn ich sage, daß dann eine Socialdemokratie der Zukunft in der nächsten Generation uns erwachsen wird, gegen welche die Partier Commune eine Styhle gewesen ist. Hier, meine Herren, sikt meiner tiefsten Ueberzeugung nach die Wurzel alles Uebels und hier allein die Möglichkeit einer Abhilfe. Wenn man etwa glauben sollte, mit den Mitteln der Polizeiaction, wie sie hier gefordert werden, Hilfe schaffen zu können, so kann ich nur meine Ueberzeugung aussprechen, daß das eben so berechtigt wäre, wie wenn man den Krater eines Vulkans mit einem Polizeistegel oder Bundesratsstegel verschließen wollte. (Sehr richtig!)

Gerade das Gegentheil! Ich halte an dem alten Spruch unserer Väter fest: Laßt uns besser werden und alles wird besser sein. Dieser Ausruf geht an alle Wohlgesinnten, von welcher politischen und religiösen Richtung sie auch sonst sein mögen.

Meine Herren, ich resümiere mich dahin, daß ich die Gefahren der Socialdemokratie so hoch, wie immer möglich, anschlage, und daß ich jedes Rettungsmittel, welches den oben von mir bezeichneten Charakter an sich trägt, mit Bereitwilligkeit ergreifen werde; ich kann aber leider nicht sagen, daß das hier Vorgeschlagene nach irgend einer Richtung hin diesen Voraussetzungen entspricht. Ich glaube allerdings auch, daß es nicht angezeigt sei, mit einer reinen Negation diesen Vorschlägen entgegen zu treten. Ich halte aber den vorliegenden Gesetzesentwurf für ebenso unamendbar wie unannehmbar, und zwar unamendbar, weil es nicht bloß nach der Vorlage, sondern meiner Ueberzeugung nach, kraft der Natur der Sache sogar an der Möglichkeit fehlt, eine wirklich präcise Definirung des berechtigtermaßen zu Reprimirenden zu treffen. Dagegen bin ich allerdings der Meinung, daß nach mehr als einer Richtung hin unser Strafgesetzbuch einer Aenderung und einer Erweiterung bedarf. Ich bin der Meinung, daß es nicht genügend ist, wenn in den §§ 81 bis 86 des Strafgesetzbuches nur der wirkliche oder versuchte Umsturz der großen Staatsinstitutionen mit Strafe bedroht wird, ich bin der Meinung, daß diesen großen Institutionen und den vorliegenden Gefahren gegenüber auch die bloß theoretische Doctrin, welche das Recht der Revolution behauptet, mit dem Strafgesetze reprimirt werden müsse. Ich bin ebenso der Meinung, daß die Vergehen gegen die Religion nicht ausreichend formulirt sind, daß vielmehr auch der Glaube an das Dasein Gottes als ein Fundamentalkanon der ganzen menschlichen Gesellschaft im Strafgesetzbuch zu schützen sei, weil damit das Princip der Verantwortlichkeit des Menschen steht und fällt, und weil ohne dieses Princip Proudhon Recht bekommen würde. (Bravo!)

Ähnlich verhält es sich mit dem Institut der Ehe und des Eigenthums. Ich beabsichtige daher, mit meinen Freunden den Versuch zu machen, nach dieser Seite hin eine dem gemeinen Recht entsprechende Aenderung des Strafgesetzbuchs zu proponiren. Aber, meine Herren, zu den weiteren Anträgen des Bundesraths können wir uns nicht bereit finden lassen. Wir können und wollen nicht die schwer errungenen Freiheitsrechte der Nation unter dem Titel Ausnahmegesetz gegen die Socialdemokratie preisgeben, weil keine Sicherheit geboten werden kann, daß dieselben nicht gegen die berechtigtesten Interessen gebraucht oder mißbraucht werden. Ich will in dieser Beziehung nur noch, — da ich eben den verehrten Herrn Abgeordneten Graf Bethusy-Suc erkläre, sagen, daß derselbe einen schlagenden Beweis für diese meine Anschauung uns im vorigen Jahre bereits gegeben hat. Er hat damals gesagt, auch die hier verdammenstwerth, wie die eigentliche Socialdemokratie. (Widerpruch.) — Nun, Herr Graf, es wäre ja möglich, daß ich mich geirrt habe; ich spreche aber nach bestem Bewußtsein, und es wird mir lieb sein, wenn ich mich geirrt haben sollte. Weiter, meine Herren, haben wir die Rathedersocialisten in unserer Mitte, die nicht im linken Flügel des Reichstags sitzen, wir haben die Staatsocialisten, in wirklich manchen Werthe geleistet haben. Sollen etwa alle diese in einen Topf geworfen werden können? Wir haben aber sogar in

officieller und officiöser Weise gehört, daß diese Socialdemokratie in der Wirklichkeit nur das consequente Kind der Fortschrittspartei sei, während der Nationalallberallmus als das inconsequente Kind dieser verderblichen Fortschrittspartei bezeichnet ward. (Weiterleit.) Nun, meine Herren, kann es doch Niemanden im Ernst einfallen, die Quelle dieses Uebels ungeführt pastiren zu lassen, während man den einen Ausläufer inkriminirt. Ich weiß wirklich nicht, wer noch nach Annahme des vorliegenden Gesetzes sich für geschützt erachten könnte gegen ein Verdict des hohen Bundesraths. Je nachdem die Strömungen des Augenblicks laufen, je nachdem oppositionelle Stellungen hier und da Platz greifen, würde das Wort „Reichsfeinde“ was ja auch schon so gräßlich grassirt und so viel Schaden herbeigeführt hat, auch hier Platz greifen. Also, meine Herren, der Bundesrath darf mir es nicht verübeln und auch meinen Freunden nicht, wenn wir zu dergleichen Eventualitäten nicht die Hand bieten. Wir können und wollen nicht in dieser Weise unter dem Titel eines *Annahmegesetz* alle Freiheiten gefährden, wir wollen nicht die Zeit der Carlsbader Beschlüsse wieder herauf beschwören! Ich sollte meinen, daß der hohe Bundesrath selbst anerkennen müßte, daß auf dem von mir angegebenen Wege besser und sicherer gute Resultate erzielt werden könnten, und ich spreche mich also einstweilen gegen jede Annahme und gegen jede Aenderung der Vorlage aus. (Lebhaftes Bravo im Centrum.)

Präsident: Der Herr Abgeordnete von Hellborff-Webra hat das Wort.

Abgeordneter von Hellborff-Webra: Meine Herren, die jetzige Vorlage ist eine entschiedene Verbesserung derjenigen Vorlage, welche dem aufgelösten Reichstag vor wenigen Monaten gemacht wurde. Der Gedanke ist consequenter durchgearbeitet, prächtiger ausgeführt, und ich kann nur erklären, daß wir, die wir damals unsere Zustimmung zu dem Gedanken jener Vorlage erklärten, dieser Vorlage im Großen und Ganzen zustimmen. Unsere Stellung zu der Frage ist durch das zweite Attentat in keiner Weise verändert, wir haben damals genau dasselbe von der Socialdemokratie gehalten, was wir jetzt von ihr halten. Meine Aufgabe ist es, die allgemeinen Gesichtspunkte darzulegen, aus denen wir das Gesetz für nöthig halten, zugleich aber darauf hinzuweisen, daß das Gesetz allein nicht ausreicht, und ich freue mich, daß dieser letztere Gedanke schon von dem Vertreter des hohen Bundesraths so stark betont worden ist.

Meine Herren, der Herr Vorredner hat wesentlich seine Ausführungen auf die Opposition gegen ein Ausnahmegesetz zugewandt, und Sie wissen Alle, daß in dem ganzen Wahlkampf die Frage, ob Ausnahmegesetz oder nicht, gewissermaßen die Parole gewesen ist, das Schlagwort, um das es sich drehte. Dennoch glaube ich wenigstens, daß der Ausdruck „Ausnahmegesetz“ wirklich recht tief ist oder wenigstens zu einer Menge von Mißverständnissen Anlaß giebt. In dem Sinne, daß etwa durch dieses Gesetz einer Kategorie von Staatsbürgern Rechte und Befugnisse entzogen werden, die von Rechtswegen Allen gleichmäßig zustehen sollen, in diesem Sinne ist



es doch gewiß kein Ausnahmengesetz. Können Sie denn irgend wie die Befugnis zu einer Agitation zur Untergrabung aller Grundlagen der Gesellschaft und des Staats, — können Sie ein Recht auf eine solche Agitation statuieren? Ich muß gestehen, es ist mir unverständlich gewesen, wie der Herr Vorredner dies als die Entziehung eines Freiheitsrechtes bezeichnen kann. Das Gesetz nimmt ja den Socialdemokraten nicht ihre Eigenschaften als Staatsbürger, es soll ihnen nur verwehren, die Grundlagen des Staats zu untergraben und unter uns den Krieg gegen den Staat und die Gesellschaft zu führen. Meine Herren, die Duldung solcher Umtriebe kann doch wahrhaftig nie und nimmer die Regel sein, und ich finde, nichts ist consequenter, als daß der jetzige Entwurf nicht wie der vorige nur die Befugnis zur Unterdrückung socialdemokratischer Dinge den Polizeibehörden giebt, sondern daß er ausdrücklich ausspricht: sie müssen, sie sollen verboten werden. Der Gedanke ist consequent und ist gerecht.

Meine Herren, die erste und wichtigste Frage ist selbstverständlich die: reicht das bestehende Recht zur Bekämpfung der Gefahren aus? und ich sage ganz offen: ich verneine sie. Es hat indessen nicht an Stimmen gefehlt, die das behaupten; es würde damit ein schwerer Vorwurf gegen alle diejenigen ausgesprochen werden, die zur Uebung der bestehenden gesetzlichen Vorschriften berufen sind, gegen unsere Gerichte, gegen unsere Verwaltungsbeamten. Ich will ja nicht in Abrede stellen, daß da mancher Mangel anerkannt, mancher Mangel gerügt werden muß. Ich habe bereits in der Besprechung im vorigen Reichstag darauf hingewiesen, daß die Praxis der Gerichte sich doch wohl vielfach mehr von der Humanität, als von der notwendigen Rücksicht auf die Erhaltung der Staatsautorität hat leiten lassen. Vielleicht ist Manchem diese Erwägung erst jetzt gekommen bei Betrachtung der Verurtheilungen wegen Majestätsbeleidigung nach dem Attentat. Ich glaube, ich habe nicht allein das Gefühl, den Wunsch, daß vor dem Attentat die Rücksicht auf die Staatsautorität größer, daß nach ihm der Einfluß der öffentlichen Stimmung ein geringerer gewesen wäre. (Sehr gut! rechts.)

Meine Herren, die Verwaltungsbeamten — das ist ja wohl richtig — mügen hin und wieder nicht die volle Energie gegen alle die Dinge entwickelt haben, bei denen die gegenwärtigen Gefahren zu bekämpfen sind. Aber wir wollen doch gerecht sein! Können wir uns wundern, wenn der Muth, die Energie, die Thatkraft der Polizei, der Verwaltung, wenn ihre Autorität in der Bevölkerung einigermassen gesunken ist? Ich glaube, meine Herren, wir können uns nicht verhehlen: die ganze Stimmung der Zeit, die Behandlung der Verwaltungsbeamten in der Presse, in den Debatten, zum Theil wohl auch die Gesetzgebung, haben mehr oder weniger auf dieses Resultat hingewirkt. (Sehr richtig! links und rechts.)

Der Gedanke, jeden Beamten der Controle durch Rechtsmittel zu unterwerfen, durch Rechtsmittel, die dem Einzelnen zusehen, ist ja an sich ein höchberechtigter, aber man soll über diesem Gedanken auch nicht vergessen, daß nicht die einzige, aber die sicherste und beste Garantie für tüchtige und richtige Uebung der Verwaltung in fester Disciplin und in tüchtiger Ausbildung besteht. (Sehr wahr!)

Nun, meine Herren, diese Nebel lassen sich nur zum Theil durch Gesetze, sie lassen sich in der Hauptsache nur bessern durch eine Hebung des sittlichen Ernstes in allen Berufsständen, ich möchte sagen in der ganzen Nation. Denn wer kann sich verhehlen, daß vielfach in diesen Beziehungen eine Laxheit Platz gegriffen hat, eine Laxheit der Auffassung, bei der wir uns mehr oder weniger Allschuldig bekennen müssen! (Hört, hört! links.)

Ferner aber wird die Gesetzgebung, die Verwaltung und die Regierung es für ihre dringendste Aufgabe erachten müssen, auf allen Gebieten die Autorität der Obrigkeit des Staats wieder mehr zu stärken, als es bisher der Fall gewesen ist.

Die Annahme, daß mangelhafte Ausübung der bestehenden gesetzlichen Befugnisse die Socialdemokratie zu diesem jetzigen Standpunkt habe anwachsen lassen, halte ich für durchaus übertrieben und unbegründet. Das bestehende Recht ist meines Erachtens nicht vollständig ausreichend, aber demungeachtet bin ich weit davon entfernt, zu dem Schluß zu kommen, wie der Herr Vorredner: deshalb müssen wir das gemeine Recht ändern.

Meine Herren, das gegenwärtige Gesetz charakterisirt sich als ein Präventivgesetz im eminentesten Sinne des Wortes; es bringt keine Strafbestimmungen, sondern es giebt nur die Befugnis zu Polizeiverboten und knüpft Strafen an die Uebertretungen dieser äußerlich erkennbaren Verbote. Meine Herren, wenn Sie eine Aenderung des gemeinen Rechts anstreben, ich nenne also Vereins-, Versammlungs-, Presrecht und dergleichen, dann kommen Sie mit naturnothwendiger Consequenz zu Strafparagrafen, und diese Strafparagrafen können nichts anderes als Definitionen enthalten, und Sie werden aus denselben einen gewissen kautschukartigen Charakter auch beim besten Willen nicht entfernen können. Ich erkläre ausdrücklich, daß meines Erachtens unser öffentliches Recht in dieser Beziehung einer Reform bedarf. Die große gewaltige Thatsache, daß sich unter der Herrschaft dieses Rechts innerhalb unseres Vaterlandes der Krieg gegen den Staat entwickelt und organisiren konnte, diese Thatsache allein schon weist mit Nothwendigkeit darauf hin. Aber ich möchte nie und nimmer, daß wir in diesem Augenblick auf eine Reform des gemeinen Rechts in diesem Sinne eingehen. In diesem Augenblick der Erregung, des Nothstandes will ich das gemeine Recht nicht geändert sehen, da scheint mir ein Präventivgesetz um Vieles vorzuziehen.

Es kommt nun darauf an, zu fragen: ist denn die Mächtigkeit dieses Präventivgesetzes gehörig bestimmt, ist sie richtig definiert? Es ist dies die Frage, auf welche der Herr Vorredner so ausführlich eingegangen ist. Nun, meine Herren, die Definition in dem § 1 des Gesetzes hat bereits vorweg eine Kritik nach allen Richtungen hin erfahren, und eins ist mir aus dieser Kritik klar geworden, nämlich, daß kaum irgend ein Punkt sich findet, der nicht angegriffen worden ist, und kaum ein Wort, was von Verschiedenen nicht verschieden verstanden worden wäre. Ich ziehe daraus einen Schluß: Sie werden eine Definition, die absolut klar, die nicht mißverständlich ist, die nicht anfechtbar ist, nie und nimmer finden. (Sehr richtig! rechts.)

Es kommt auf diese Worte meines Trachtens gar nicht so genau an; (Sachen links) es kommt darauf an, ob das Ziel an sich ein klares ist. (Sehr richtig! rechts.)

Nun, meine Herren, das Ziel ist meines Trachtens ein sehr klar bezeichnetes: das Gelehrichte sich gegen die deutsche Socialdemokratie, oder, wenn Sie das genauer ausdrücken wollen, gegen die deutsche Abtheilung der internationalen Communistenpartei. Meine Herren, wie man glauben kann, daß das nicht ein bestimmt abgeschlossener Begriff sei, das verstehe ich nur von denen, die sich um die Geschichte der Socialdemokratie absolut nicht bekümmern haben.

Der Herr Abgeordnete Reichensperger hat vorhin gesagt, es sei ihm noch zweifelhaft, ob die Socialdemokratie das Eigentum angreife; er hat überhaupt so gesprochen, als handle es sich nur darum, sehr schwer feststellbare Begriffe zu unterscheiden. Meine Herren, es liegen ja die Ziele der Socialdemokratie in urkundlichen Schriften vor uns. Vergessen Sie doch nicht Alles, was geschehen ist, geschichtliche Thatsachen, die gar nicht verleugnet werden können. Ich erinnere einfach nur an das Gothaer Programm. Es ist hier in der Vorlage zu lesen auf Seite 24, — ich bitte die ersten Sätze davon aufzuschlagen, wo es heißt:

Die Arbeit ist die Quelle alles Reichthums und aller Kultur, und da allgemein nutzbringende Arbeit nur durch die Gesellschaft möglich ist, so gehbt der Gesellschaft, d. h. allen ihren Gliedern, das gesammte Arbeitsproduct, bei allgemeiner Arbeitspflicht nach gleichem Recht.

Es heißt ferner:

In der heutigen Gesellschaft sind die Arbeitsmittel Monopol, —

und weiterhin:

Die Befreiung der Arbeit erfordert die Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft.

Ich weiß nicht, wie der Herr Abgeordnete Reichensperger hiernach es bestreiten kann, daß die deutsche Socialdemokratie einen entschiedenen Angriff gegen das Eigentum richtet, da sie dies selbst öffentlich in ihrem Programm erklärt.

Es fragt sich nun: ist denn die Gefahr wirklich eine solche, daß sie den Erlaß eines besondern Gesetzes lohnt, daß sie ihn nöthig macht? Nun, meine Herren, das Anwachsen der socialdemokratischen Stimmen ist ja ein gewaltiges gewesen von Schritt zu Schritt in steigender Progression. Und doch möchte ich sagen, noch schwerer als dies Anwachsen wiegt mir dabei die eine Thatsache, daß nach dem letzten Attentat, welches ja das Gefühl der ganzen Nation auf das Tiefste erregen, alle patriotischen Gefühle entzündet mußte, welches sich mahnend an das Gewissen der Nation wendete, daß nach diesem Attentat die Socialdemokratie durchaus unerschütterlich dasteht. Wir haben den beneidenswerthen Vorzug in Deutschland, das Musterland der Socialdemokratie, die Hoffnung der Internationale zu sein. Es fragt sich: liegt denn vielleicht irgend etwas in unserem deutschen Charakter, was diesen Vorzug möglich macht? Gewiß! In dem deutschen Charakter liegt ein

tiefer Zug von Humanität, ein hoher Idealismus; zugleich damit vielleicht auch die Neigung, praktische Rücksichten außer Anschlag zu lassen. Nur so erklärt es sich, daß man fortgesetzt die humanen Bestrebungen zur Besserung der Lage der arbeitenden Classe, daß man fortgesetzt alle Bestrebungen zur Lösung der sogenannten socialen Fragen, für die wir Alle ein Interesse haben, verwechselt kann mit der deutschen Socialdemokratie, mit dem internationalen Communistenbund; das sind doch durchaus grundverschiedene Dinge. Ist denn etwa diese Agitation in Deutschland hervorgegangen und angeregt worden von Leuten, die in mühevoller Arbeit für das Wohl des Volkes ihr Leben verbracht haben? Nein! Ich sage ganz offen, an der Wiege der deutschen Socialdemokratie hat der unbeschränkte Ehrgeiz und der Haß der Demagogen gestanden. (Sehr richtig!)

Von allen Ausführungen, die der Herr Vorredner gebracht hat, hat gewiß eine mich und meine Freunde auf das Allerwärmste berührt; das ist nämlich die, daß schließlich die Ueberwindung der Socialdemokratie nur auf dem Boden der Religion möglich sei. Ich möchte aber auch sagen, es ist dies fast die einzige sachliche Ausführung gewesen, der ich mich anschließen kann. Ich bin wie er überzeugt, daß nur die religiöse Auffassung von Beruf und Arbeit, nur die christliche Humanität die Socialdemokratie innerlich überwinden kann; aber daraus die Folgerung zu ziehen, daß ein Präventivgesetz, wie wir es wollen, unwirksam und unmöglich sei, ist meines Trachtens nicht richtig. Alle erziehenden Mittel können nur wirken, wenn die verwildernde Agitation vorher beseitigt ist und das ist der Endzweck und die ganz präcis gestellte Aufgabe dieses Gesetzes. Freilich, meine Herren, müssen wir uns sagen, zur Beseitigung dieser Verwilderung gehören noch verschiedene Forderungen auf anderem Gebiete; da liegen noch große Aufgaben vor uns: ich erinnere nur an die Fragen der Sittenzucht, an das Schankwesen, an die Scauballtheater, jene Schmutzpresse, die wirklich den Geist unseres Volkes vergiftet; das sind Dinge, die gleichzeitig mit angegriffen werden müssen. (Hört!)

Wir dürfen ferner nicht außer Acht lassen, daß der Classenhaß, auf den die Socialdemokratie wesentlich ihre Hoffnungen baut, daß die ganze feindliche Stellung der Gesellschaftsclassen, die sich innerhalb der Nation entwickelt hat, auch ihren materiellen Hintergrund und materielle Ursachen hat. Wer kann es leugnen, daß ein gewisses einseitiges Bestreben seit langen Zeiten die Geister beherrscht hat, eine einseitige Begünstigung der Individualisirung auf geistigem, wie auf materiellem Gebiet? Wir dürfen uns nicht wundern, daß jetzt die Zeit gekommen ist, wo, im Gegensatz zu jener Einseitigkeit der Bestrebungen, die Nothwendigkeit hervortritt, das Interesse der Gesamtheit in gerechtem Maße wieder geltend zu machen. Im tiefsten innern Zusammenhang mit der ganzen Frage steht unsere Steuer- und Handelspolitik. Die Unzufriedenheit werden Sie nur fühlen haben, wenn Sie wieder gesunde wirthschaftliche Zustände herbeiführt haben. (Bravo! rechts.)

Und mehr noch als das, meine Herren, wir müssen vor Allen das Gebiet cultiviren, was ich das Gebiet der Socialpolitik nennen möchte. Sie haben bei den Debatten der Gewerbeordnung es gehört, es ist wiederholt ausgesprochen worden: die große Aufgabe der Zeit ist wieder die vernünftige Organisation der Arbeit, die Organisation der Arbeit für die zwei Drittel unserer deutschen Gewerbetreibenden, die dem Kleinbetrieb angehören, in denen wesentlich die Masse der Gewerbetreibenden erzogen wird.

Meine Herren, für alle die einzelnen Bestimmungen des Gesetzes ist meines Erachtens nur ein Gesichtspunkt der entscheidende, nämlich der, ob das Gesetz praktisch wirksam ist, um sein Ziel zu erreichen, die Unterdrückung der gegenwärtigen socialistischen, communistischen Agitation. Das muß der Grundsatz sein für die Prüfung aller Details, auf die ich mich jetzt nicht einlassen will. Nur auf einen Punkt muß ich natürlich kommen, das ist die Frage der Beschwerdeinstanz. Bergegenwärtigen wir uns doch die Functionen, welche diese Beschwerdeinstanz, also jetzt die Bundesrathskommission, früher das Reichsamt, haben würde. Handelt es sich um Entscheidung von Rechtsfragen? Nein, meine Herren, es handelt sich einfach um die Entscheidung einer polizeilichen Frage, um die Entscheidung der Thatfrage, — und sie wird fast überall genau gleichmäßig lauten: ist in den betreffenden Fällen eine bestimmt gekennzeichnete socialdemokratische Richtung, eine socialdemokratische Thätigkeit oder dergleichen vorhanden? Meine Herren, ich halte den Gedanken, eine Instanz, die praktisch nothwendig ist, um diese Entscheidungen zu treffen, um deren Gleichmäßigkeit zu erhalten — ich halte den Gedanken, eine solche Instanz mit Rechtsgarantien zu umgeben, für entschieden falsch, und in diesem Sinne stimme ich dem Herrn Vorredner, wie ich ausdrücklich bemerke auch noch bei. Er hat richtig dargelegt, daß hier nur eine politische Garantie möglich ist. Praktisch genommen, kommt es auf eine Garantie an dafür, daß die jetzt nach einer bestimmten Richtung gegebenen Beschlüsse nicht in frivolster Weise — denn es gehört zum Mißverständnis wahre Frivolität — gemißbraucht werden, um andere Bestrebungen zu unterdrücken. Und ich glaube: diese Gefahr laufe ich bei einer Kommission, die aus einer Anzahl hochgestellter politisch verantwortlicher Beamten besteht, nicht in dem Maße, wie Sie glauben. Es sind wirklich nicht mehr die Zeiten, wie in früheren Jahrhunderten; (ob!) diese Herren, die hier vor Ihnen sitzen, können nicht in vollständig frivolster Weise den Sinn des Gesetzes handeln. Ich bitte, diese Frage einfach aus praktischen Gesichtspunkten zu beurtheilen. Uns dürfen in einem Moment, wo uns die Nothlage drängt, nicht Schwierigkeiten juristischer oder staatsrechtlicher Konstruktion beschäftigen; wir dürfen in einem solchen Moment nicht noch neue Schwierigkeiten in diese Materie hineinbringen.

Es wird gesagt, wenn diese äußere Agitation der Socialdemokratie unterdrückt wird, dann wird um so gefährlicher die Geheimbündelei aufstauen. Es ist auf Anstand hingewiesen. Glücklicherweise, meine Herren, sind wir keine Russen. Ich habe ein größeres Vertrauen zum deutschen Charakter, als daß ich glaube, daß solche

verlohterten Zustände, von denen wir dort täglich lesen, bei uns möglich sind. Unser deutscher Charakter neigt wahrhaftig nicht zur Geheimbündelei; ich halte die Erhaltung solcher geheimen Agitationen auf lange Zeiten hinaus für unmöglich. Aber wichtig ist dieser Gesichtspunkt für die Frage der Zeitbeschränkung. Meine Herren, wenn Sie eine Prämie auf geheime Agitationen setzen wollen, dann fügen Sie dem Gesetz eine Beschränkung auf kurze Zeit bei! (Sehr richtig! rechts.)

Der Herr Abgeordnete Reichensperger hat noch darauf hingewiesen, daß er eigentlich die Existenz von Socialdemokraten im Parlament für sehr wünschenswerth halte und sogar in der Zahl 15. Meine Herren, ob er recht hat, bezweifle ich; aber sicher könnte dann die socialdemokratische Agitation hier aus dem Reichstag mit viel Erfolg betrieben werden, und es könnte sich wohl die Erwägung daran knüpfen, ob Mittel dagegen erforderlich sind.

Ich will bei diesem Punkt doch nicht unterlassen, einen Gegenstand zu berühren, den zu berühren recht mißlich ist, aber ich glaube, wir haben eine Pflicht, ihn nicht zu übergehen. Das ist das allgemeine Wahlrecht. Meine Herren, wer nur irgend mit der Entscheidung und Geschichte der deutschen Socialdemokratie bekannt ist, der weiß, daß sie mit dem allgemeinen Wahlrecht im allerengsten, innersten Zusammenhang steht. Meine Herren, ich möchte noch auf etwas hinweisen: wenn irgend etwas geeignet ist, die Stimmung im Lande zu verderben, die Autorität zu untergraben, so ist es eine allzu häufige Uebung des allgemeinen Wahlrechts. Sie, meine Herren, kommen jetzt alle frisch aus dem Wahlkampf heraus. Ich frage Sie von allen Seiten; haben Sie an dem Wahlreiben rechte Freude gehabt? Ich muß sagen, meine Herren, dieses Schreiben, wo Jeder mehr oder weniger gezwungen ist, mit den Bornurtheilen der Masse zu rechnen, auf die Leidenschaft zu speculiren, dieses Schreiben ist ein hochgefährliches, und wir haben äußerste Ursache, zu prüfen, ob Mittel dagegen möglich sind.

Meine Herren, ich weiß nicht einmal, ob meine eigenen Freunde in jeder einzelnen Auffassung hinter mir stehen, aber das sage ich: wir müssen erwägen, ob nicht eine Correctur unseres Wahlrechts möglich ist, mindestens in dem Sinn, daß wir Garantien für gereifteres Alter und größere Sefthastigkeit gewinnen, ob nicht Maßregeln nothwendig sind, um Auswüchse der Agitation abzuschneiden, ob es nicht nothwendig ist, die Legislaturperioden zu verlängern, um in dieser Weise überhaupt der zunehmenden Unruhe des politischen Lebens mehr und mehr ein Ende zu machen.

Ich komme zum Schluß. Ich weiß, ich habe nach mancher Richtung hin Gegenstände berührt, die nicht im strengsten Sinne mit dem gegenwärtigen Gesetz zusammenhängen. Ich bitte Sie, dies zu entschuldigen, es liegt zum Theil in unserer Stellung; es wird wesentlich gegen uns gekämpft mit dem Wort „Reaction“, und Niemand hat mehr ein Interesse daran als wir, deutlich zu sagen, was wir wollen. Ich habe mich bemüht, keinen Angriff auf eine einzelne Partei anzuführen, weil ich meine, daß wir hier zusammenwirken müssen im großen patriotischen Sinne. Es handelt sich darum,

hier besonnene Maßregeln rechtzeitig zu treffen, um die wirkliche Reaction zu verhüten, die Reaction, wenn das geknagteste Volk sich in die Hände des Cäsarismus flüchtet! (Bravo!)

Präsident: Der Herr Abgeordnete Nebel hat das Wort.

Abgeordneter Nebel: Meine Herren, ich spreche zunächst meine Genugthuung darüber aus, daß der letzte Herr Redner in so geharnischten Worten die Wahlumtriebe und die Herbeiführung des Wahlkampfes überhaupt verurtheilt hat. Er hätte sich nur erinnern sollen, wer es überhaupt war, der diesen Wahlkampf herbeigeführt hat. Wahrhaftig nicht die Socialdemokratie, vielmehr das Gegentheil; denn, meine Herren, wenn je in einem Wahlkampf gegen die Socialdemokratie mit allen erlaubten und unerlaubten Mitteln zu Felde gezogen wurde, so ist es gerade in dem letzten gewesen, und was irgend hat geschehen können, um unsere Partei wenigstens aus diesem Hause hinauszudrängen, das werden Sie alle eingesehen müssen, das ist geschehen. Es ist indeß unseren Feinden nicht gelungen und wird ihnen hoffentlich auch künftig nicht gelingen.

Meine Herren, bei Beginn der heutigen Verhandlung ist von Seiten des Vertreters des Reichskanzlers sowohl wie vor einigen Tagen in der Thronrede und ebenso in den Motiven zu dem uns vorliegenden Gesetz insbesondere auf die Attentate hingewiesen worden; alle Redner heute haben ebenfalls mehr oder weniger die Attentate berührt, und alle haben sie die Attentate als die nächste Veranlassung zu diesem Ausnahmegesetz bezeichnet und nichts ist offener als dieses, daß sie die Ursachen waren. — Da hätte man, meine Herren, billigerweise erwarten dürfen, daß die Regierung in dieser Beziehung sich klar und präcis aussprach, daß sie nachwies, welche Entdeckungen sie in den umfassenden Untersuchungen gemacht, welche belastende Thatsachen gegen uns zu Tage gefördert wurden, welche einen, wenn auch nur ideellen Zusammenhang der Attentäter mit der Socialdemokratie nachweisen. Es ist aber bis heute nichts dergleichen geschehen, es ist bei leeren Worten und Anschuldigungen geblieben. Gleichwohl ist fortgesetzt das Stichwort: „Die Socialdemokratie hat die Attentate verschuldet.“ Es ist die Anschuldigung:

Die Socialdemokratie ist die Partei der Kaisererdrer in allen Tonarten gegen uns geschleudert worden, man hat alle Leidenenschaften, den wüthendsten und grimmigsten Haß gegen uns hervorgerufen. Kein Mittel war dazu zu schlecht. Endlich sind wir heute in der Lage, in aller Form die Regierung auffordern zu können, zu sagen, welcher Art die Resultate sind, welche die Untersuchung gegen die beiden Attentäter mit Rücksicht auf unsere Partei zu Tage gefördert haben. Wir sind schlechterdings nicht gewillt, uns gefallen zu lassen, daß man auch heute noch schweigt und glaubt, die gegen uns geschleuderten Verleumdungen mit dem Decretal christlicher Liebe zudecken zu können. Wir haben zu allererst das lebhafteste Interesse daran, zu wissen, was in den außerordentlich zahlreichen Verböden, die in den verschiedensten Gegenden Deutschlands mit Parteigenossen von uns und Nichtparteiigenossen stattgefunden haben, mit Leuten der verschiedensten Richtung, die mit den Attentätern

wenn auch in noch so ferner Beziehung gestanden haben, an das Tageslicht gekommen ist. Wir, auf die man die Schuld und die Verantwortung wälzt, verlangen endlich Klarheit. Namentlich auch in Bezug auf das letzte Attentat, das die allernächste Veranlassung für die Neuwahl des Reichstages und zur Vorlegung dieses Gesetzes war.

Ich halte mich für verpflichtet, Ihnen hier mit einigen Worten den Eindruck zu schildern, den die Kunde von diesem zweiten Attentat auf mich und meine Freunde zunächst in Leipzig machte. Ich kam am 2. Juni spät Abends von einem Spaziergange mit meiner Familie nach Hause, als eine befreundete Dame zu mir in die Wohnung stürzte und fragte, wer der Betreffende sei. Ich fragte: wer denn? — Wissen Sie es noch nicht? Es ist auf den Kaiser geschossen worden! — Ich erschrak und fragte: wer soll denn der Attentäter sein? — Es wird ein Dr. Nobiling genannt. — Nobiling, der Name ist mir in meinem Leben nicht vorgekommen. — Sofort nahm ich meinen Hut, eilte zu einigen Freunden und erkundigte mich: Habt Ihr irgend eine Kenntniß, daß ein Dr. Nobiling zu unserer Partei gehört, oder irgend wie und wo mit ihr in Verbindung steht oder gestanden hat? — Niemand konnte mir die geringste Auskunft geben. Ich war von diesem Resultat sehr erfreut. Am nächsten Morgen eilte ich in aller Frühe auf die Redaction des „Vorwärts“, um mich näher zu erkundigen. Dort hieß es, wir haben bereits Erkundigungen eingezogen und haben constatirt, daß Dr. Nobiling zwar auf der Leipziger Universität studirt hat, aber er hat mit keinem von uns in irgend einer Beziehung gestanden. Im Gegentheil, Alles, was wir erfahren, weist darauf hin, daß er einer ganz entgegengesetzten Richtung angehört, daß er mit hoch angesehenen liberalen Kreisen hier in Leipzig in Verbindung gestanden hat und von diesen wegen seiner Geistesgaben pousirt worden sei. Wir Alle waren hoch erfreut, und fast einmüthig kam das Wort aus Aller Munde: „Nun, Den können sie uns nicht an die Rockschöße hängen.“ Ich entfernte mich sehr zufrieden mit dem Gehörten und kam einige Minuten später an einen Laden, wo ich zu meiner höchsten Ueberraschung eine Depesche angeschlagen fand, welche lautete:

Berlin, 2 Uhr Nachts. Bei der späteren gerichtlichen Vernehmung hat der Attentäter Nobiling beklagt, daß er socialistischen Tendenzen hulldige, daß er auch wiederholt hier socialistischen Versammlungen beigewohnt und daß er schon seit acht Tagen die Absicht gehabt habe, Seine Majestät den Kaiser zu erschleien, weil er es für das Staatswohl erspriesslich gehalten, das Staatsoberhaupt zu beseitigen.

Sofort eilte ich zur Redaction des „Vorwärts“ zurück und sagte: „Wir haben uns zu früh gefreut, er ist uns doch an die Rockschöße gehängt worden.“ Die Depesche, meine Herren, die diese Nachricht in die Welt schleuderte, ist ausdrücklich als officielle bezeichnet. Ich habe hier die Depesche in der Hand, welche der Redaction der „Kreuzzeitung“ amtlich zugestellt worden ist, mit Noten von der Hand des Redacteurs der „Kreuzzeitung“. Es besteht über den amt-

ischen Charakter dieser Depesche nicht der geringste Zweifel. Nun ist aber durch verschiedene glaubwürdige Nachrichten dargelegt worden, daß überhaupt kein gerichtliches Verhör mit Nobiling am Tage des Attentats oder in der darauf folgenden Nacht vorgenommen worden ist, daß nichts festgestellt worden sei, was irgendwie als ernsthafter Anhaltspunkt für die Motive des Mörders und seine politische Gesinnung angesehen werden könnte. Jeder von Ihnen, meine Herren, weiß, wie es mit dem Wolff'schen Telegraphenbureau beschaffen ist, (Zustimmung) jeder weiß, daß derartige Depeschen absolut nicht passieren können, ohne amtlich approbirt zu sein. Zum Ueberflus ist dieser Depesche noch ausdrücklich das Wort „officiell“ amtlich beigefügt. Es ist also meines Erachtens gar kein Zweifel, daß diese Depesche von amtlicher Seite mit Bewußtsein und Absicht geschildert und als solche in die Welt geschickt worden ist. (Hört, hört!)

Die Depesche enthält eine der infamsten Verleumdungen, welche je von offizieller Seite in die Welt geschleudert worden sind, und zwar mit der Absicht, eine ganze große Partei in schändlichster Weise zu verdächtigen und zum Mitschuldigen eines Verbrechens zu stempeln. Wir verlangen deshalb heute hier im Namen aller unserer Gesinnungsgenossen Aufklärung, wie diese Depesche entstanden ist. Ich frage hiermit an, ob der Herr Vertreter des Reichskanzlers weiß, wer diese Depesche fabricirt hat, oder ob entgegen den gegenwärtigen sehr glaubwürdigen Behauptungen dennoch eine gerichtliche Vernehmung mit dem Attentäter unmittelbar nach der That angestellt worden ist, welche den Inhalt der Depesche als wahr erscheinen läßt. Ich frage ferner an, ob der Attentäter, der diese nach meiner Ueberzeugung verleumderische Depesche verfaßt hat, ein Attentäter gegen eine große, ehrenwerthe Partei, (Unruhe) zur Verantwortung gezogen worden ist. Ich frage weiter, wie es möglich war, daß die Regierungorgane, die aelteste offizielle und offizielle Presse und ihnen folgt fast die gesamte übrige Presse, gestützt auf die bezichtigte Depesche fortgesetzt wochen- und monatelang, Tag für Tag in der unerhörtesten und verleumderischsten Weise gegen uns losgeschlagen durfte; daß sie Tag für Tag die grauenvollsten und beunruhigsten Verleumdungen über entdeckte Complotte, Mitschuldige u. s. w. in die Welt schleudern konnte, ohne daß ein einziges Mal von Regierungsseite die Gelegenheit wahrgenommen worden wäre, diese auf Täuschung berechneten Berichte und Nachrichten zu dementiren, die feberhafte Aufregung, die ganz naturgemäß nach solchen Nachrichten sich der weitesten Kreise bemächtigen mußte, auf ihr richtiges Maß zurückzuführen. Bekanntlich ist nichts in dieser Richtung geschehen. Es ist vielmehr im Gegentheil von Regierungsseite alles geschehen, um den Glauben an die Richtigkeit der unwahren Behauptungen in der öffentlichen Meinung weiter und weiter zu verbreiten und zu befestigen, und bis zu dieser Stunde haben sich die officiellen Vertreter der Regierung nicht einmal herbei gelassen, über die vorbandenen Dunkelheiten die geringste Aufklärung zu verbreiten.

Der letzte Attentäter ist gestorben; er ist für uns zu früh gestorben; wir bedauern, meine Herren, daß er gestorben ist, wir hätten gewünscht, daß der Mann bei vollem Verstande geblieben

wäre, daß es möglich gewesen wäre, Verhöre mit ihm anzustellen und genaue Aufschlüsse über seine Ansichten und die Beweggründe für seine Handlung zu erlangen. Wenn eine Partei zu bedauern hat, daß seit Tod auf die stattgehabte Weise eingetreten ist, wie daß überhaupt die Attentate vorgekommen sind, so ist es die unsrige, die unverschuldet für die Folgen büßen soll.

Um so nothwendiger ist aber, daß endlich einmal nicht bloß vor dem Reichstag, sondern vor der gesamten deutschen Nation, ja vor der gesamten civilisirten Welt, die in der lebhaftesten Weise an diesen Ereignissen Antheil genommen hat und bis heute nimmt, constatirt wird, was an allen diesen wochen- und monatelang hinausgeschleuderten Beschuldigungen Wahres ist. Man hat uns in einer Weise verfolgt, die an die dunkelsten Zeiten des Mittelalters erinnert. Wie man im Mittelalter religiös Andersgläubige, Juden, Hugenotten, Protestanten verfolgte, so hat man im letzten Viertel des neunzehnten Jahrhunderts einen allgemeinen He Krieg gegen die Socialdemokraten als politisch Andersgläubige, an dem sich fast alle Parteien betheilig haben, in Scene gesetzt. Man hat die Männer socialdemokratischer Gesinnung aus Arbeit und Brot geworfen und ihnen die Existenz abzuschneiden versucht, man hat sie beschimpft und verleumdet, für ehr- und rechtslos erklärt. Man hat offenbar alles dies aufgeboten, um Unruhen zu provociren; man wollte uns auf's Neue reizen, damit wir zu Gewaltthaten irgend einer Art uns verleiten ließen. Man hatte augenscheinlich nicht genug an den Attentaten. Man hätte sich in gewissen Kreisen zweifelsohne gefreut, wenn wir uns durch diese Heereien zu Gewaltthaten hätten verleiten lassen, um dann um so reichlicheres und gewichtigeres Material gegen uns zum schärfsten Einschreiten zu besitzen. Nie hat wohl eine Partei in einer soch' schwierigen und gefährlichen Situation sich befunden, wie die unsere, und nie hat wohl eine Partei mehr gezeigt, wie die unsere, daß sie sich ruhig und friedlich entwickeln will, daß sie nicht gewillt ist, auf Provocationen irgend einer Art einzugehen, zu unbesonnenen Schritten sich verleiten zu lassen. Ich glaube, daß dies die Socialdemokratie sowohl in den Monate währenden unausgesetzten Heereien, wie in dem verflorenen Wahlkampf für jeden bemerkbar gezeigt hat. Aber ich wiederhole: wir verlangen, daß endlich diesen unbegründeten Heereien und Verdächtigungen ein Ende gemacht wird, daß endlich einmal die Protocolle zu Tage gefördert werden, daß dem Reichstag und speciell der Commission, welche diesen Gesekentwurf zu prüfen hat, dieselben im Druck vorgelegt werden. Ich stelle hier eine ähnliche Forderung, wie sie vor ein paar Tagen bereits bei der Besprechung des Unfalls des „Großen Kurfürst“ mit vollem Recht, unter Zustimmung fast aller Seiten des Hauses, in Bezug auf den erwähnten Unfall ausgesprochen worden ist und deren Bewältigung der Marineminister, so weit es von ihm abhängt, ausdrücklich zugestanden hat. Sie, meine Herren vom Regierungssitz, haben alle Ursache, dieser berechtigten Forderung nachzukommen, sie nicht zu verweigern. Sie können sich schwerlich darauf berufen, daß Sie keine Befugung über die Protocolle haben. Die Protocolle stehen Ihnen unzweifelhaft

leicht zur Verfügung, und es steht nichts im Wege, wenn Sie es nur wollen, diese Protocolle dem hohen Hause und der Commission vorzulegen. Ich stelle hiermit Namens meiner Partei und, wie ich hoffe, aller ehrenwerthen Leute, das ausdrückliche Verlangen, daß die Protocolle vorgelegt werden. (Sehr richtig! Sehr gut!)

Nun, meine Herren, hat man weiter in der Begründung der Vorlage auf die untergrabenden, auf die staatsgefährlichen Bestrebungen der Socialdemokratie hingewiesen.

Doch ich muß zuvor noch auf eins hier kurz aufmerksam machen. Man hat neben dem, daß man uns die Attentate in die Schuhe schob, auch die an die Attentate sich anknüpfenden zahlreichen Majestätsbeleidigungen als Ausfluß unserer Parteibestrebungen uns in die Schuhe zu schieben versucht. Meine Herren, ich erkläre, daß diese Zeit der Attentate, der Majestätsbeleidigungen, der Gerichtsverhandlungen, der Verurtheilungen, die sich an diese Majestätsbeleidigungen geknüpft haben, zu den traurigsten und beschämendsten Zeiten der neueren deutschen Geschichte gehören, (Zustimmung und Unruhe) daß die bezüglichen Vorkommnisse und Verhandlungen in vieler Beziehung eine Schmach und Schande nicht bloß für das deutsche Volk, sondern auch für die deutschen Gerichte geworden sind. (Zustimmung und Lärm.)

Ja, ich glaube, es sind denn doch Urtheile gefällt worden, meine Herren.

Präsident: Ich muß doch den Herrn Redner bitten, sich zu mäßigen und nicht Personen und Behörden, die außerhalb des Reichstags stehen, in dieser Weise anzugreifen. (Bravo)

Abgeordneter Debel: Meine Herren, ich glaube, derartige Angriffe, wie ich sie gemacht, sind hier schon häufig erfolgt, und vielleicht noch schärfer und ohne daß man ihnen die Berechtigung absprach, doch will ich ausdrücklich bemerken, um nicht mißverstanden zu werden, daß ich keineswegs mit meinem Urtheil den gesamten Richterstand gemeint habe. Ich habe hinsichtlich mit Gerichten und Richtern zu thun gehabt (Lachen) und habe in dieser Praxis sehr ehrenwerthe und brave Männer kennen gelernt, von denen ich weit entfernt bin zu glauben, daß sie politischen Parteieinflussungen und politischen Stimmungen zugänglich sind; aber das gilt nicht von allen. Im Uebrigen brauche ich mich nur auf die jüngste Proschüre und Weise der Majestätsbeleidigungsprozesse und die meisten der gefällten Urtheile vollständig übereinstimmt. Hat zudem, meine Herren, bei diesen Majestätsbeleidigungen nicht sich die Entsittlichung gerade nach anderer Richtung in grauenhaftem Lichte gezeigt? Soll ich hier erinnern an die Menge der schmachvollsten Denunciationen, sind, sondern von zum Theil sehr angesehenen Leuten, welche sich damit häufig einen patriotischen Schein wahren wollten, oder als Patrioten zu handeln glaubten, obgleich sie in Wahrheit keine Patrioten waren, denn sonst hätten sie diese traurigen Anklagen ihrem Lande nicht anthun dürfen. Wollten Sie einmal untersuchen, und wir haben ja dazu einiges Material, wie viele von den insolge

der Attentate entstandenen angeblichen Majestätsbeleidigern in Wirklichkeit Socialdemokraten sind, so wird sich herausstellen, daß dies eine verschwindend kleine Zahl ist. Was zudem in diesen letzten Tagen und Wochen alles als Socialdemokrat gebrandmarkt worden ist, ist wirklich unerhört; es ist überhaupt, ganz abgesehen von bösem Willen, bei der wirklich colossalen Unwissenheit, die über das, was die Socialdemokratie ist und erstrebt, in den weitesten Kreisen herrscht, ganz natürlich. Ich werde Ihnen vielleicht im Verlaufe meines Vortrags noch weiter nachweisen, wie selbst in diesem Hause zahlreiche hochangesehene Mitglieder sich in der größten Unkenntniß über das Befinden, was die Socialdemokratie ist und will. Wenn ich die herrschende Unkenntniß in diesem Hause als Nichtstab nehmen darf für das, was künftig die Polizei auf Grund dieses Gesetzes alles als Socialdemokratie ansehen wird und kann, so wird thatsächlich keine einzige humane Bestrebung für das Wohl der arbeitenden Classen existiren, die nicht der Gefahr ausgesetzt ist, als socialdemokratische Anschauung angesehen zu werden. (Zustimmung links.) Wenn Männer, die Volksvertreter sind, diese Unkenntniß haben, wie soll man diese Kenntniß bei der deutschen Polizei voraussetzen, die wahrhaftig durch ihre wissenschaftliche Bildung sich bis dato nicht ausgezeichnet hat. (Heiterkeit.)

Es wird nun in dem § 1 gesagt, daß das Gesetz bezwecke, alle Vereine, welche socialdemokratischen, socialistischen oder communistischen, auf Untergrabung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichteten Bestrebungen dienen, zu verbieten. Es soll dasselbe Kennzeichen maßgebend sein für die Unterdrückung der Presse im weitesten Sinne des Wortes, für die Unterdrückung aller Vereine und die Confiscation ihrer Vermögen, von denen man glaubt, daß sie unter diesen Begriff fallen; es soll ferner sogar die Beschränkung respective Unterdrückung des Gewerbebetriebs in einer Reihe von Betrieben gestattet und ermöglicht sein, auch wenn die darin thätigen Personen anerkanntermaßen selbst nicht zur Socialdemokratie gehören, sondern aus rein geschäftlichem Interesse Socialdemokraten dienen, so z. B. Wirthen, Buchbrudern, Inhabern von Leihbibliotheken, Lesesimmern etc. Meine Herren, man greift uns an und wirft uns vor, wir wollten das Eigenthum aufheben. Diese Behauptung ist insofern richtig, als wir die heutige Form des Privateigenthums an den Productions-Instrumenten und Arbeitsmitteln und am Grund und Boden aufheben wollen. (Mha rechts, Sehr wahr! links.) — Et, meine Herren von der Rechten, das ist eine Thatsache, die wir nie bestritten oder geleugnet haben, und ich begreife nicht, warum Sie darüber lachen und Mha rufen. Das ist durchaus nichts Neues, das steht ja auch in den Motiven des vorliegenden Gesetzentwurfs, und in diesem Punkt haben die Motive recht. Aber, meine Herren, bis heute hat die Socialdemokratie noch nicht für einen Nickelünser Privateigenthum gewaltsam genommen oder ruiniert, und sie will das Privateigenthum auch nicht in der Absicht angreifen, den Einzelnen zu ruiniren. Dagegen wird, wenn dieser Gesetzentwurf in Kraft tritt, das Privateigenthum, das in bürgerlicher Weise erworbene Eigenthum in einer Weise ange-

griffen, wie es bis dato die Socialdemokratie weder gethan noch beabsichtigt hat. Denn wenn die Socialdemokratie auch die heutige Art und Form des Eigenthums angreift, das Eigenthum an und für sich abzuschaffen, ist keinem Einzigen eingefallen; es handelt sich um die gerechtere Gestaltung des Eigenthums zum Wohlfsein Aller, nicht in dem Sinne, daß der Eine auf Kosten des Anderen Eigenthum erwirbt, der Eine durch den Andern unterdrückt und ausgebeutet werden soll. Nach diesem Gesehentwurf aber wird einer zahlreichen Classe von Leuten ein Eigenthum genommen, das sie nicht etwa ererbt oder durch irgendwelche Glückszufälle erworben, sondern in aller Mühseligkeit erspart und selbst erarbeitet haben. Nun ist aber eins recht wunderbar. Man greift uns regierungsseitig als Vernichter des Privateigenthums an und beschuldigt uns, eine gänzliche Umgestaltung der Eigenthums- und Productionsverhältnisse herbeiführen zu wollen. Man erklärt ferner, daß das alles schon seit 1864 durch das im Anhange der Begründung des vorliegenden Gesehentwurfes abgedruckte Programm der Internationalen Arbeiterassociation bekannt sei und geplant werde. Man war also seit jener Zeit über die Ziele der Socialdemokratie genau unterrichtet. Dann ist es um so merkwürdiger, daß die Reichsregierung über die sehr bemerkenswerthe Thatsache, und zwar über die durch zahlreiche Belege zu beweisende Thatsache hinweggeht, daß man in jener Zeit seitens der angesehensten Persönlichkeiten der preussischen Regierung sich vor den socialdemokratischen Bestrebungen nicht nur nicht gesürchtet, sondern in der bereitwilligsten Weise bereit war, dieselben zu unterstützen und zu fördern. (Hört, hört! Bewegung.) Und hier, meine Herren, komme ich auf einige Punkte, die ich für meine Pflicht halte, der weiteren Öffentlichkeit zu übergeben, weil sie in recht drastischer Weise beweisen, wie dieselben Staatsmänner, die uns heute hier als Umstürzler schlimmster Sorte denunciren, als Menschen, die eine helle Freude darüber hätten, wenn alles drunter und drüber ginge, wie diese selben Männer damals in intimsten Beziehungen zu den anerkanntesten Führern der Socialdemokratie gestanden und, um die Gunst der Socialdemokratie und ihre Unterstützung für ihre (der Staatsmänner) innere und äußere Politik namentlich gegen die liberale Partei oder die Fortschrittspartei, wie sie sich damals nannte, zu gewinnen, bereitwillig die Zusage machten, sehr wesentliche Forderungen des socialistischen Programms zu erfüllen. (Hört, hört!)

Meine Herren, ich stehe in der Arbeiterbewegung seit dem Jahre 1861. Im Jahre 1862 trat zunächst, angeregt durch die allgemeine politische Bewegung, welche durch den deutschen Nationalverein hervorgerufen worden war, auch in den Arbeiterkreisen das Bedürfnis hervor, sich mit den eignen materiellen Verhältnissen zu beschäftigen. Es wurde ein selbstständiges Vorgehen der Arbeiter zunächst in Leipzig angeregt, und zwar deshalb, weil man der Ansicht war, daß von Seiten des Nationalvereins nicht das für die Arbeiterinteressen geschähe, was man glaubte als nothwendig und berechtigt annehmen zu dürfen. Insbesondere fand man eine Zurücksetzung der Arbeiter in der Art und Weise, wie man die Erwerbung

der Mitgliedschaft im Nationalverein festgestellt hatte. Den meisten Arbeitern war es infolge der materiellen Anforderungen unmöglich, einzutreten, und nach politischer Bethätigung durstete man. Im Allgemeinen war man in den Kreisen der Arbeiter zu jener Zeit noch sehr unklar über das, was man wollte; man discutirte hin und her, sprach von diesem und jenem, worüber wir heutzutage lächelnd die Achseln zucken. Bei den Jüngeren unter uns, wozu speciell auch ich mich rechne, war von socialistischen Ideen und von socialistischen Zielen auch nicht der geringste Begriff vorhanden. In Leipzig bildete sich ein Comité zum Zweck der Einberufung eines allgemeinen deutschen Arbeitercongresses, welcher die Mittel und Wege berathen sollte, in welcher Weise die Arbeiterinteressen gefördert werden könnten. Dem Vorgehen von Leipzig schlossen sich andere deutsche Städte, Berlin, Nürnberg, Frankfurt am Main u. s. w. an. Da, im September 1862, erschien eines Sonntags in der Mitte unseres Comités ein Herr Eichler aus Berlin, der damals nicht in Volks- und Arbeiterversammlungen in Berlin von sich reden gemacht hatte, und erklärte, daß er im Namen und Auftrage der preussischen Regierung komme, speciell des Fürsten Bismarck, und daß er in seinem Namen uns offerire, falls wir bereit seien, unsern Einfluß aufzubieten, daß die Arbeiter gegen die Fortschrittspartei, speciell bei jeder Wahl, Front machten, sie seitens der Regierung materiell in jeder Weise mit Hilfe von Staatsmitteln unterstützt werden sollten, um eine Besserung ihrer Lage herbeiführen zu können. Dies war, wohlgemerkt, zu einer Zeit, und das ist sehr bezeichnend, wo den meisten von uns und speciell auch mir, Lassalle noch nicht einmal dem Namen nach bekannt war, wo er überhaupt öffentlich noch nicht aufgetreten war und sein berühmtes Antwortschreiben an das Leipziger Comité vielleicht nicht einmal dem Gedanken nach erstirkt. Es wurden uns seitens des genannten Eichler sogar bestimmte Summen in Aussicht gestellt, er sprach davon, daß man 60—80,000 Thaler zunächst zur Gründung einer Productivgenossenschaft der Berliner Maschinenbauer hergeben wolle, denen andere folgen sollten, und wiesen den Herrn zurück. Kurze Zeit darauf war er aus der Öffentlichkeit verschwunden, und wie ich später hörte, ist er Berliner Polizeimann geworden. Einige Monate später erfolgte das öffentliche Auftreten Lassalle's, seine Vorschläge bezüglich der Einföhrung des allgemeinen Stimmrechts und der Gründung von Productivgenossenschaften mit Staatshilfe u. s. w. Die Bewegung nahm eine bedeutende deutsche Arbeiterverein gegründet. Die Regierung verfolgte die Bewegung sehr aufmerksam, und jetzt geschah es, daß von ihrer Seite und speciell des Fürsten Bismarck Seite die verschiedensten Anstrengungen gemacht wurden, mit Lassalle, der dieses nicht gesücht, in Verbindung zu treten. Es wurden durch einen Prinzen des königlichen Hauses und die Vermittelung der Frau Gräfin Hafffeldt Unterhandlungen mit Lassalle angeknüpft. Man wünschte, er solle mit dem Fürsten Bismarck zusammenkommen. Lassalle lehnte hartnäckig jeden entgegenkommenden Schritt seinerseits ab, wenn er

nicht zunächst vom Fürsten Bismarck selbst ausginge. Fürst Bismarck ließ sich, als er die Hartnäckigkeit Lassalle's sah, endlich herbei, durch seinen Geheimsecretär Dr. Bittelmann einen Brief an Lassalle zu schreiben, den er selbst contrasignirte, worin Lassalle zu einer Zusammenkunftsbesprechung mit dem Fürsten Bismarck eingeladen wurde. Infolge dieser Einladung haben im Winter 1863—1864 nicht ein und zwei, sondern eine ganze Reihe von Conferenzen zwischen Lassalle und dem Fürsten Bismarck stattgefunden. (Hört, hört!)

Solcher Zusammenkünfte fanden manchmal 3 bis 4 in der Woche statt, und Fürst Bismarck gab für diese Gelegenheit die strengste Ordre, daß, wer immer an solchen Abenden käme, nicht zugelassen werden solle. So geschah es, daß als einmal eines Abends der bayerische Gesandte in einer wichtigen Angelegenheit den Fürsten zu sprechen wünschte, er zurückgewiesen wurde. (Hört, hört! Große Heiterkeit.)

Es drehte sich bei diesen Unterhaltungen und Unterhandlungen um zweierlei, erstens um die Detroyirung des allgemeinen Stimmrechts und zweitens um die Gewährung von Staatsmitteln zur Productivgenossenschaften. Fürst Bismarck war für diesen Plan von Lassalle vollständig gewonnen, er weigerte sich nur, wie Lassalle verlangte, sofort mit der Detroyirung des allgemeinen Stimmrechts vorzugehen, bevor nicht der Schleswig-holsteinische Krieg glücklich zu Ende geführt worden sei. Infolge dieser Meinungsverschiedenheit entstanden tiefe Differenzen zwischen Lassalle und dem Fürsten Bismarck, und es war nicht etwa der letztere, welcher die Unterhandlungen abbrach, sondern es war, wie ich ausdrücklich constatiren muß, Lassalle, der den Bruch herbeiführte und erklärte, auf weitere Unterhandlungen sich nicht einzulassen zu können. Ich muß hieran anknüpfend die weitere Thatsache anführen, daß im Jahre 1865 von Seiten des damaligen Ministers des Innern Grafen zu Guleuburg dem Herrn von Hochstetten, dem damaligen Redacteur des "Socialdemokrat", mitgetheilt worden ist, daß der Fürst Bismarck bereit gewesen sei, das bekannte Hundertmillionenproject Lassalle's für die Gründung von Productivgenossenschaften zu verwirklichen, daß aber er und seine übrigen Kollegen den Fürsten Bismarck überstimmt hätten, daß auch Lassalle selbst eine solche rasche Verwirklichung des Project's bekämpft habe, einmal weil zuvor das allgemeine Stimmrecht eingeführt werden sollte, und dann, weil er der Ansicht war, daß der Gedanke der Productivassociationen durch die politische Agitation erst immer weiter in die Massen hineingetragen und in der Masse selbst lebendig werden müsse, damit um so sicherer Aussicht vorhanden sei, daß das Unternehmen auch wirklich glücke und nicht mißlinge. Bekanntlich wurde ganz analog diesen Gedanken auch die bekannte Weberdeputation im Jahre 1864 vom König empfangen, an deren Spitze ein Arbeiter, der noch heute hier lebende Arbeiter Paul, stand. Dieser wurde von Seiner Majestät dem König in der Audienz wörtlich mit den Worten entlassen: Ich sehe, es ist in dieser Beziehung weit trauriger mit der Lage der Arbeiter beschaffen, als mir bis jetzt mitgetheilt worden ist, aber seien Sie versichert, sobald wir mit unseren äußeren Verhältnissen

Ruhe haben, dann soll die Arbeiterfrage in gesetzlicher Weise gelöst werden. (Hört, hört!)

Als darauf der erwähnte Arbeiter Paul aus dem Audienzzimmer heraustrat, empfing ihn Fürst Bismarck mit den Worten: „Paul aber bis zum nächsten Sonntag wird es noch nicht besser“, worauf dieser erwiderte: „Excellenz, ich weiß, daß die Sache nicht so rasch geht.“ Er wurde weiter vom Fürsten Bismarck befragt, was sie, die dreizehn Arbeiter, die von den liberalen Fabrikanten wegen ihres Schrittes bei dem König gemapregelt worden seien, jetzt treiben wollten, ob es nicht möglich sei, ihnen irgendwie zu helfen, vielleicht durch eine Association. Paul antwortete, daß er darüber noch nicht nachgedacht. Auf die weitere Frage des Fürsten, wie viel Mittel wohl für eine Association nothwendig seien, äußerte er anfangs mit der Antwort, meinte aber dann, daß vielleicht 4- bis 6000 Thaler dazu reichten. Darauf erklärte Fürst Bismarck wörtlich: „Das ist ja eine wahre Lumperei, die sollen beschafft werden, im Uebrigen könnten Sie mein Berichtstatter sein, Sie könnten in Schlesien auf Staatskosten umherreisen und mir über die Arbeiterverhältnisse und die socialen Zustände Berichte einschicken, da meine Geheimräthe doch davon nichts verstehen.“ (Große Heiterkeit.)

Meine Herren, Sie werden vor einigen Tagen einen Brief von Dr. Rudolf Meyer in der "Germania" gelesen haben, der in ganz ähnlicher Weise sich ausdrückt und zwar aber eine viel neuere Zeit. Ich will weiter hinzufügen, daß die Productivgenossenschaft auch dann, wie Sie meist wissen werden, gegründet worden ist, — ich will hier auf die Geschäfte jener Productivgenossenschaft nicht näher eingehen, ich fühle mich nur gegenüber den dabei theilhaftigen Arbeitern verpflichtet, zu constatiren, daß, wenn dieselbe zu Grunde ging, sie nicht durch die Arbeiter zu Grunde ging, sondern hauptsächlich wohl durch den die Productivgenossenschaft überwachenden Landrath, der nach eigener Versicherung Paul's das schlechteste Rohmaterial kaufte und dabei die theuersten Preise für die Waaren ansehte, so daß mehrere Minister diese schlechte Schundwaare zu theuren Preisen gekauft bekamen, wodurch die Genossenschaft in Mißcredit kam. Auch behauptet Paul, daß die Genossenschaft nicht all das Geld erhalten habe, das angeblich regierungsfällig darauf angewendet wurde. Kurz, meine Herren, Sie sehen, wie die Dinge in Regierungskreisen damals standen, die Sachen gingen immer weiter, — (Zurufe rechts: Zur Sache!) — Ich bin schuldig, Ihnen alles das anzuführen und mitzutheilen, (Rufe: Ganz richtig! Erzählen Sie weiter!) weil das ein deutliches Licht auf die Beziehungen der Regierung zur Socialdemokratie wirft und das letzte Verfahren in das richtige Licht stellt. — Die Sachen gingen, wie gesagt, in dieser Richtung weiter. Nachdem Lassalle im Duell erschossen worden war, sind die Unterhandlungen und die Versuche zu Beeinflussungen nicht abgebrochen worden. Lassalle war selbstverständlich weit entfernt, sich als Werkzeug vom Fürsten Bismarck gebrauchen zu lassen und sich zu reactionären Regierungsweisen herzugeben. Er hat im Gegentheil bei allen Unterhandlungen fest darauf bestanden, daß er als gleichberechtigte Partei anerkannt werde und daß seine Be-



dingungen in erster Linie acceptirt würden. Nach Lassalle's Lob war Dr. Dammer eine Zeitlang Vicepräsident; als dieser dann kurz darauf in Privatverhältnisse zurücktrat, als Mitarbeiter in irgend ein wissenschaftliches Institut, wurde unser Colleague Frisshöfer Präsident des allgemeinen deutschen Arbeitervereins, und, meine Herren, — ein weiterer interessanter Beweis, wie jetzt die Dinge standen, — Dr. Dammer forderte Colleague Frisshöfer auf, er solle bei allen Versammlungen in Sachsen, wohlgemerkt im Königreich Sachsen, nebst den socialistischen Forderungen auch ganz speciell die Forderung aufstellen lassen, daß Deutschland unter preussischer Spitze und dem Fürsten Bismarck geeinigt werde und daß er, Frisshöfer, über alle diese Versammlungen und ihre Wirkung an den Fürsten Bismarck persönlich Bericht erstatten solle, (Hört, hört! links. Bewegung) oder, falls in anderen Blättern derartige Berichte erschienen, so sollte er diese Berichte ansprechen und dem Fürsten Bismarck persönlich unter Kreuzband zuwenden. Sie sehen also, wie man hier in directester Weise die Socialdemokratie hat benutzen wollen, die Kleinstaaten allmählich in der ja glücklich gelungenen Weise unter die preussische Spitze zu bringen, wenn dies schließlich auch in anderer Weise gelungen ist, und daß speciell das Königreich Sachsen damals das Hauptobject war, welches man zunächst in's Auge gefaßt hatte. Wir, die wir entschieden feindlich jenen Bestrebungen entgegenzutreten, sind später von der sächsischen Regierung durch den Leipziger Hochverrathsproceß für unsere Bemühungen belohnt worden! (Heiterkeit.)

Als dann Herr von Schweitzer die Leitung des allgemeinen deutschen Arbeitervereins in die Hand bekam, ist es dessen ganzes Bestreben gewesen, in der bezeichneten Richtung immer weiter und weiter für die Bismarck'sche Politik zu arbeiten. Im Jahre 1866 ist Dr. von Schweitzer aus einer längeren Strafhaft seitens des Justizministers auf Urlaub entlassen worden, um agitatorische Reisen zu unternehmen, auf welchen er für die damals ausgegebene Parole von Seiten der nationalliberalen Partei „durch Einheit zur Freiheit“ in dem allgemeinen deutschen Arbeiterverein Propaganda machen mußte. Er hat seine Thätigkeit im Einverständnis mit der Regierung auch später bei Verabreichung der Gewerbegesetzgebung fortgesetzt; es sind damals seitens des Dr. von Schweitzer eine Reihe Anträge gestellt worden, die ganz unzweifelhaft zuvor zwischen der damaligen Vertrauensperson des Fürsten Bismarck, Geheimrath Wagener, und dem Dr. von Schweitzer vereinbart wurden. (Hört, hört! links.)

So unter Andern ein Antrag in Bezug auf die Fabrikinspectoraten, und ich erinnere hier den Herrn Abgeordneten Dr. Friedländer daran, daß er es damals war, der bei Gelegenheit der Debatten über diesen Antrag unter Andern an seine conservativen Freunde, zu denen der Geheimrath Wagener gehörte, welcher den Antrag Schweitzers warm befürwortete, die Mahnung richtete, mit dem Feuer nicht zu spielen. Gleichwohl ist dieses Spielen mit dem Feuer noch Jahre lang fortgesetzt worden; man glaubte, die Socialdemokratie in der angebotenen Richtung gegen das Bürgerthum weiter benutzen zu können, und Herr von Schweitzer hat sich bereitwillig als Werkzeug dazu hergegeben. Im Jahre 1869 sind

wieder ganz ähnliche Agitationen, wie die bezeichneten, in's Werk gesetzt worden. Als dann um jene Zeit Herr von Schweitzer infolge eines Preßvergehens eine kurze Haft in Rummelsburg antreten mußte, beauftragte er das Vereinsmitglied Herrn Tölcke mit seiner Vertretung. Das Charakteristische aber hierbei ist, er führte Herrn Tölcke persönlich auf das Präsidium der Berliner Polizei und stellte ihn dem Polizeipräsidenten Herrn von Wurmb als seinen Stellvertreter im Präsidium des Vereins vor. Die im Hause und auf den Höfen umherstehenden Polizeioffizianten waren dabei alle gegen Herrn Dr. von Schweitzer sehr freundlich und grüßten ihn sämmtlich. (Heiterkeit.) Außerdem machte Herr von Schweitzer Herrn Tölcke die Mittheilung, daß er nicht nur jederzeit bei dem Polizeipräsidenten Zutritt habe, sondern auch ebenso bei dem Minister des Innern, welcher damals bekanntlich der Vorgänger des jetzigen, der Graf zu Eulenburg war. (Hört, hört!)

Sie sehen, wie die Dinge gegangen sind, und das hat gewährt bis 1871; da sind endlich den Arbeitern in dem Verein, nachdem sie schon lange den verschiedensten Verdacht gehegt, die Augen aufgegangen; das allmählich angesammelte Material hatte ihnen die Augen geöffnet, welches frevelhaftes Spiel von Seiten desjenigen getrieben wurde, der an der Spitze ihres Vereins stand, dem sie Jahre lang ihr Vertrauen geschenkt, und der, wie nicht zu leugnen ist, mit großem Geschick es verstanden hat, die Arbeiter zu leiten und zu täuschen, selbst die tüchtigsten seiner Anhänger bis zu einem gewissen Grad zu hintergehen. Als endlich die Einsicht von der wahren Stellung Schweitzers allseitig im Verein durchgedrungen war, wurde Herr von Schweitzer als Präsident abgesetzt, und von diesem Augenblick allerdings wurde auch die Taktik der preussischen Regierung gegen den allgemeinen deutschen Arbeiterverein und die Socialdemokratie überhaupt eine andere. Daß man aber fortgesetzt dennoch in dieser Richtung thätig war, beweist, glaube ich, die Conferenzen mit Oesterreich 1873, die Sendung des Dr. Rudolf Meyer und Geheimrath Wagener nach Eisenach im Jahre 1875, und endlich sind erst in den letzten Wochen, wenn auch nicht von Regierungsseite, so doch von einer Seite, die gegenwärtig ziemlich nahe mit der Regierung in Fühlung steht, der Berliner Socialdemokratie bezeichnende Opferien gemacht worden. Man hat von maßgebender schubhändlerischer Seite anlässlich der letzten Reichstagswahl uns das Anerbieten gemacht, daß, wenn wir unseren Candidaten im zweiten Berliner Wahlbezirk zurückzugeben und einen Schützbliner aufstellen ließen und unterstützten, und zwar den bekannten Herrn Glagan, man umgekehrt bereit wäre, auf alle Forderungen in Bezug auf das Arbeiterschutzgesetz, also in Bezug auf den Normalarbeitstag, die Verkürzung der Frauenarbeit, Verbot der Kinderarbeit u. s. w. u. s. w., einzugehen und uns zu unterstützen. (Hört, hört!)

Sie sehen, meine Herren, daß man trotz aller der Bekämpfungen und Anschuldigungen von allen Seiten doch verschöndernerseits die 500,000 Stimmen der Socialdemokratie recht gut glaubt brauchen zu können und bereit ist, mit uns zu unterhandeln und Gebote zu machen. Ich garantire durchaus nicht dafür, daß,

wenn man einige Zeit mit diesem Gesetze gegen uns vorgegangen ist, trotzdem, oder nunmehr erst recht, von verschiedenen Seiten ähnliche Versuche an uns herantreten werden. Da dürfte es meines Erachtens gar nicht unmöglich sein, daß die Socialdemokratie endlich doch einmal anfrage, ihren harten Schädel etwas zu mildern. Sie könnte eines Tages begreifen wollen, daß zum Beispiel Projecte, wie die, daß die gesamten Eisenbahnen Reichseigentum werden, daß die Tabakfabrikation zum Staatsmonopol zu machen, eigentlich doch im Grunde genommen hart an Socialdemokratismus anstreichende Maßregeln seien, (große Heiterkeit. Sehr gut!) und daß, wenn wir dann etwa bereit wären, diese von Seiten der Reichsregierung geplanten Unternehmungen zu unterstützen, plötzlich ein großer Theil der deutschen Polizei begriffe, daß unsere Agitation für diese Projecte und ähnliche eigentlich gar keine gemeingefährlichen Bestrebungen mehr seien, (hört! hört! Große Heiterkeit) daß wir nicht das deutsche Reich, daß wir nicht die Institute des Eigenthums, der Familie u. s. w. untergraben und wir auf einmal flottweg unsere Versammlungen u. s. w. wieder abhalten dürften. Meine Herren, nach der bis jetzt Ihnen dargelegten Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung ist diese Möglichkeit durchaus nicht und in keiner Weise ausgeschlossen, und wenn wir einmal in eine Zwangslage gebracht werden, so könnte es möglich sein, daß wir einmal diesen Versuch machen. (Weiterkeit.)

Meine Herren, weiter will ich zu dem oben Bemerkten noch anführen, daß gleichzeitig neben den mit Herrn von Schwellher gepflogenen Verbindungen, die insbesondere von Seiten des Geheimrath Wagener vermittelt wurden, noch von einer zweiten sehr einflussreichen Seite Verbindungen mit den Socialdemokraten gesucht wurden. Und zwar geschah dies durch eine Hauptvertrauensperson des Fürsten Bismarck, die früher, bevor sie in seine Dienste trat, in sehr naher Beziehung zur Socialdemokratie gestanden hat, nämlich den Geheimrath Lothar Bucher.

In der „Provincialcorrespondenz“ ist vor einigen Tagen ein Artikel erschienen, der in seinem Anfange ungefähr dahin lautete: Die Socialdemokratie sei keineswegs aus den Kreisen der eigentlichen Handarbeiter hervorgegangen, sondern sei thatsächlich ein Produkt der Wissenschaft, wenn auch das Produkt einer „verbildeten“ Wissenschaft. Nun möchte ich freilich fragen, wer gerade den Gelehrten der „Provincialcorrespondenz“ das Recht giebt, über die Wissenschaft zu entscheiden, was verbildete und was richtig gebildete Wissenschaft ist. Jedenfalls halte ich die betreffenden Herren, nach der eigenen Meinung des Fürsten Bismarck, daß seine Geheimen Räte nicht viel von socialen Fragen verstanden, für vollkommen incompetent, in diesen Dingen zu urtheilen. In dem Verhalten der „Provincialcorrespondenz“ tritt nur wieder der Widerspruch zu Tage, daß sie heute eine „verbildete“ Wissenschaft, die der Socialdemokratie auf längeren Jahren und vielleicht auch heute noch ganz anders dachten. Denn daß man die heutige Meinung der „Provincialcorrespondenz“ in Bezug auf die Wissenschaftlichkeit des Socialismus nicht immer hatte, dafür folgender Beweis. Im Jahre 1865 ist der wissenschaft-

liche Begründer dieser sogenannten verbildeten Wissenschaft, Carl Marx in London, von dem Geheimrath Lothar Bucher aufgesordert worden, und zwar unzweifelhaft mit Wissen des Fürsten Bismarck, Artikel für den preussischen Staatsanzeiger über die Börse, die Bewegung des Geldmarkts, und, soweit nothwendig, auch des Waarenmarkts zu schreiben, und zwar war ausdrücklich dabei bemerkt worden, daß Marx in Bezug auf die Bezahlung jede Forderung stellen könne und ihm freie Hand gelassen sei. (Hört!)

Meine Herren, wo eine Reihe solcher Thatfachen, wie die vorgetragenen vorliegen, sollte man sich wenigstens hüten, mit voreiligen Urtheilen und Vorurtheilen vorzugehen. Durch den an Marx gestellten Antrag hat man meines Erachtens klar und deutlich den wissenschaftlichen Character des modernen Socialismus anerkannt. Daite man doch und schon einige Jahre früher bereits meinem Freund Diebknacht, der in dem guten Glauben, daß die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ ein oppositionelles Journal sei, (Weiterkeit in die Redaction eingetreten war und zwar im Vertrauen auf die Antecedentien des Gründers, Herrn Bras, hintennach aber gewahr wurde, daß sie für die Regierung arbeitete, und darauf seinen Austritt erklärte — das Anerbieten gemacht, er könnte, unbeschadet seiner politischen Ueberzeugungen, dem radikalsten Communismus in den Spalten der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ das Wort reden, (hört! hört!) — heute sind nach der Ansicht der Regierung alle diese Bestrebungen gemeingefährlich, die sie selbst erst ein volles Jahrzehnt auf alle mögliche Weise durch ihre Organe unterstützte und sich dienstbar zu machen suchte. (Sehr wahr! links.)

Ich könnte hier, wenn das nicht zu weit führen würde, noch mit einer Reihe von Citaten aus Briefen dienen, die in sehr klarer Weise nachweisen würden, daß der Geheimrath Lothar Bucher über die gegenwärtige bürgerliche Gesellschaft genau so denkt wie wir und er demnach auf demselben Standpunkt stehen muß, wie wir, die Socialdemokraten. (Weiterkeit.) — Ja ganz gewiß, ich könnte es Ihnen durch Citate beweisen. Ich habe vorhin erklärt, meine Herren, daß mit diesem Gesetzentwurf, wenn er Gesetz wird, die Regierung in der schwersten, bedenklichsten Weise in das Privateigenthum eingreift, daß sie gerade es ist, welche einen ganz gewaltigen Angriff auf das Privateigenthum in der unmotivtesten Weise unternimmt, und damit meines Erachtens denn doch wahrhaftig für künftige Fälle ein recht bedenkliches Präcedens schafft.

Zunächst wird hier gesagt, daß alle Vereine, genossenschaftlichen Verbindungen und Cassen und alle Weserzeugnisse, welche auf Untergrabung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichtet wären, zu verbieten seien. Es ist bereits von dem Abgeordneten Reichensperger mehrfach hervorgehoben worden, in welcher Weise das Wort „Untergrabung“ ausgedeutet und ausgelegt werden könnte, und darüber kann wohl kaum der geringste Zweifel bestehen. Streng genommen ist unsere ganze gegenwärtige Staats- und Gesellschaftsordnung durch die Untergrabung einer älteren Staats- und Gesellschaftsordnung erst möglich geworden. Jedes neue Gesetz, das wir machen, um ein anderes zu beseitigen, war nur dadurch möglich,

daß wir im Volk die Ueberzeugung erwecken, daß das alte Gesetz unhaltbar sei, daß wir die Autorität dieses früher bestehenden Gesetzes „untergraben“. Wenn Sie also dieses „Untergraben“ als etwas staatsgefährliches ansehen wollen, dann machen Sie damit allen und jeden Fortschritt mit einem Mal unmöglich, vorausgesetzt, daß Sie dies überhaupt könnten, was nach meiner Auffassung einfach nicht möglich ist. Man wird nach dem Sinn des § 1 jede Bestrebung, die auf Aenderung der bestehenden Staats- oder Gesellschaftszustände ausgeht, ohne Weiteres als staatsgefährliche „Untergrabung“ bezeichnen und betrachten können. Und ich meine, die Art und Weise, wie insbesondere die von Herrn von Helldorff so gerühmten Verwaltungsorgane in dem am Schluß seiner Rede von ihm erwähnten Wahlkampf schon vorgegangen sind gegen die liberale Partei, wie selbst der Abgeordnete Laster es sich hat gefallen lassen müssen, als halber Socialdemokrat erklärt zu werden und sich noch sagen lassen mußte, daß er von den Socialdemokraten gewählt sei, — dies läßt uns ungefähr vermuthen, was erst die Regierung und ihre Organe thun werden, wenn sie die in dem Gesetz verlangte Machtvollkommenheit erlangen.

Meine Herren, mit diesem Gesetz machen Sie alle und jede wissenschaftliche Untersuchung — Sie mögen das auch heute bestreiten — unmöglich. Wo wollen Sie, wenn Sie von gemeingefährlichen Bestrebungen der Socialdemokratie sprechen, die Grenze ziehen? Was ist denn Socialdemokratie? Das ist in dem Sinne, wie es für Sie nöthig wäre, gar nicht klar zu definiren, denn wenn auf unser Gothaer Programm hingewiesen ist, so werden Sie finden, daß in diesem Programm eine große Reihe von Forderungen sind, die vielleicht von der Mehrheit dieses Hauses bis zu einem gewissen Grade gebilligt werden. Darnach könnte also jede Bestrebung, die darauf hinausgeht, die eine oder andere im Gothaer Programm angeführte Forderung zu unterstülzen oder zu verwirklichen, als eine socialdemokratische „Untergrabung“ der Staats- und Gesellschaftseinrichtungen angesehen werden, namentlich, wenn die Behörde, um doch den niederen Polizeioorganen einigen Anhalt für ihr Verhalten zu geben, vielleicht auf den Gedanken käme, allen Polizeibeamten im deutschen Reich das Gothaer Programm im Abdruck in die Tasche zu stecken, damit sie genau in jeder Versammlung wissen, wo eigentlich die staatsgefährlichen, untergrabenden socialdemokratischen Bestrebungen anzufangen.

Bei Gelegenheit der Debatte über das Ausnahmegesetz in der letzten Session des Reichstags ist von verschiedenen Seiten in einem sehr vieldeutigen Sinne von socialdemokratischen Bestrebungen gesprochen worden. Da ist zum Beispiel vom Abgeordneten Grafen Steiner eine communisistische Forderung sei, daß die Forderung eines Normalarbeitstages und eines normalen Arbeitslohnes, obgleich eine Forderung, wie die letztere, von socialistischer Seite gar nicht aufgestellt ist, und sie aufzustellen ein Unikum wäre, socialistische Forderungen seien. Bei der vorjährigen Debatte über die Gewerbeordnungsfrage, wo die Anträge aus den verschiedenen Fractionen

vorlagen, hat der Abgeordnete Dr. Wehrenpfennig in Bezug auf den Normalarbeitstag eine ganz ähnliche Anschauung vertreten. Was soll man nun dazu sagen, wenn derartige Forderungen, die heutzutage in verschiedenen Staaten bereits erfüllt sind: in der Schweiz, in Nordamerika, in gewissem Maße in England — als socialistische bezeichnet werden. Wenn aus der Mitte dieses Hauses solche Forderungen als rein socialistische angesehen werden, obgleich sie es nicht sind, so werden sie von dem ersten besten Polizeimann erst recht als solche angesehen werden. In den uns feindlich gesinnten Kreisen der Bürgerschaft und der Presse geht aber der Begriff des Socialismus sogar so weit, daß thatsächlich alle und jede Bestrebung, die auf eine Verbesserung der Lage der Arbeiter hinausläuft, als Ausfluß socialistischer Agitation und Anreizung angesehen wird. Wenn Sie den uns noch feindselig gesinnten Gewerbetreibenden Klagen hören, so werden Sie vernehmen, daß, wenn kein Arbeiter auch nur die geringste Opposition gegen seine Wünsche oder Befehle laut werden läßt, und mögen diese Befehle auch noch so ungerechtfertigt sein, er in die Klage ausbricht: der ist ein Socialdemokrat, oder: der ist von den Socialdemokraten aufgehetzt, obgleich oft genug der Mann vielleicht in seinem ganzen Leben noch keine einzige socialistische Broschüre gelesen hat und gar keine Idee vom Socialismus und von socialistischen Bestrebungen hat. Diese blinde Voreingenommenheit gegen die Socialdemokratie geht in gewissen Kreisen so weit, daß dort allgemein behauptet wird, alle Arbeitseinstellungen u. s. w. seien von den socialdemokratischen Führern eingefädelt und dirigirt, sonst seien sie gar nicht denkbar. Ich gehöre ja auch zu diesen sogenannten Führern, wenn ich aber heute die Versicherung gebe, daß ich in meiner mehr als sechszehnjährigen Thätigkeit in der Arbeiterbewegung nicht ein einziges Mal von irgend einem Arbeiter gefragt worden bin, ob ich diese oder jene Arbeitseinstellung gut heiße oder nicht, so werden Sie mir das kaum glauben, — und doch ist es der Fall; und so geht es mehr oder weniger allen meinen Genossen. Sie und die Allgemeinheit unserer Gegner bilden sich eben ein, die Arbeiter seien thatsächlich eine vollständig willenlose, gedankenlose Herde, die blindlings den sogenannten Führern folge. Und doch giebt es, wie ich fest glaube, keine Partei, deren Führer der beständigen Kritik, dem Mißtrauen und der unausgesetzten rücksichtslosen Beurtheilung von Seiten der Mitglieder der Partei so ausgesetzt sind, wie gerade bei der socialdemokratischen Partei.

Zunächst wird man wohl auf Grund dieses Gesetzes in erster Linie das zu treffen suchen, das offenbar und zweifelsohne als socialdemokratische Presse und socialdemokratische Literatur gilt; und man denkt uns damit vermuthlich tödtlich zu treffen. Nun aber hier einige Fragen, meine Herren: werden denn auch die seit 15 Jahren im Buchhandel unbeansandtet erschienenen wissenschaftlichen Schriften von Lassalle und diejenigen Schriften anderer Männer, welche die gleiche Richtung vertreten, jetzt plötzlich absolut verboten werden? Eigentlich und naturgemäß nach dem Wortlaut dieses Gesetzes: Ja! Werden auch zum Beispiel die Werke eines von

Thünen, von dem bereits Herr von Bennigsen bei der letzten Ausnahmengesetzdebatte mit Recht hervorgehoben hat, daß er ganz entschieden socialistische Ideen, namentlich in seinem großen und klassischen Werk „der isolirte Staat“ entwickelt, ferner geduldet werden? Wird man die Werke eines Rodbertus noch ferner dulden, und die eines Albert Lange? — Wenn Sie unsere eigenen, das heißt die von uns lebenden Socialisten geschriebenen Schriften verboten haben, so wird es ganz naturgemäß sein, daß wir dann die socialistischen und communistischen Schriften des Auslandes in Uebersetzungen in Deutschland einführen. Wird das erlaubt sein, oder werden Sie auch diese seit Jahrzehnten unbeanstaltet erscheinenden Schriften verbieten? Alle ohne Ausnahme werden verboten werden müssen. Sie sehen, wohin Sie mit diesem Gesetz kommen. Weiter: wenn Sie die Werke eines Schäffle lesen, so finden Sie in denselben ganze Capitel, die rein socialistischer Natur sind; (Zustimmung) wenn Sie die Werke eines Adolf Wagner, z. B. sein „Lehrbuch der politischen Oeconomie“ von Ran, in der neuesten Umarbeitung lesen, so finden Sie wiederum ganze Abschnitte, namentlich diejenigen über das Grundeigenthum, welche rein socialistischer Tendenz sind. (Sehr wahr!) Herr Adolf Wagner ist ganz und gar für Gemeineigenthum an Grund und Boden. Wenn Sie verschiedene kleine national-ökonomische Schriften, die in der letzten Zeit erschienen sind, namentlich die des nationalliberalen Banquiers Samter in Königsberg lesen, so wird auch darin in der entschiedensten Weise für die Aufhebung des Privateigenthums an Grund und Boden plaidirt. Selbstverständlich sind alle diese Werke und Arbeiten nach dem Gesekentwurf zu unterbinden. Die Werke eines von Scheel, Hugo Brentano, Schmoller u. s. w. u. s. w., werden sie ebenfalls verboten werden? Wenn uns nicht mehr gestattet wird, unsere eigene gesammte Literatur zu verbreiten, so werden wir selbstverständlich Literatur in passender Weise zugänglich zu machen. Sie mögen da machen, was Sie wollen, wir werden Jahre lang, nöthigenfalls ein Jahrzehnt lang aus dieser Literatur die Massen zu speisen und zu nähren verstehen; wir werden Mittel und Wege auf hundertfache Weise finden, dennoch in die Massen, und zwar in die weitesten Kreise derselben einzudringen. Dabei haben wir bei einem so gewissenhaft, daß die Reugierde schon allein bewirkt wird, daß diese sogenannten staatsgefährlichen Broschüren und Schriften massenhaft gelesen werden. Dieses Gesetz wird uns einen so ungeheuren Leserkreis schaffen, wie wir ihn jezt und noch auf lange hinaus nicht hoffen können zu gewinnen. Ich erkläre Ihnen hier ohne Prahlerei und Uebertreibung, daß, wenn wir jezt bei einer socialdemokratischen Schrift ein oder zwei Jahre gebrauchen, um eine Auflage von 4—5000 Exemplaren abzusetzen, wir nach Einführung dieses Gesetzes auf Grund unserer Organisation, die Sie nicht zerstreuen können — das ist un- denkbar, denn da müßten Sie die Werkstätten und Fabriken zer- stören, die Eisenbahnen und die Post, und das ist unmöglich — eine bei weitem größere Zahl in weit kürzerer Zeit absetzen. Wenn bei

reitz in den dreißiger und vierziger Jahren es nicht möglich war, die von der Censur verbotene Literatur niederzuhalten, wenn damals schon unzweifelhaft alle verbotenen Schriften viel zahlreicher, als wenn sie der Oeffentlichkeit unbeanstaltet übergeben worden wären, verbreitet worden sind, — wie erst heute, wo die persönlichen Verbindungen und Beziehungen in der Partei so außerordentlich ausgedehnte sind, wo wir an jedem Ort bis in die entferntesten Winkel Deutschlands Hunderte oder wenigstens Duzende von Parteigenossen haben, auf die wir fest und unbedingt bauen können, wo wir Parteigenossen haben in Kreisen, von denen Sie es gar nicht ahnen, die der Polizei gar nicht bekannt sind, und wohin wir unsere Sendungen unter den verschiedensten Formen dirigiren können, und zwar in einer Weise, daß, wenn Sie Ihre Polizei auch verdoppeln, dieselbe doch nicht im Stande ist, es zu verhindern. Wollte man aber ein so umfassendes Spionensystem einführen, als nöthig wäre, um möglichst genau überall controliren zu können, so müßte man die Polizei verdreifachen, vervierfachen, ja verzehnfachen, und es würden durch die enormen Kosten, welche dieses verursachte, die Steuern erheblich erhöht werden müssen. Es würde ferner auch dahin kommen, daß unser gesamntes öffentliches und privates Leben heurruhigt oder vergiftet, daß auch der ruhigste und friedlichste Bürger mit diesen Zuständen unzufrieden würde. Für uns unterliegt es keinem Zweifel, daß dies ganz unzweifelhaft der Erfolg dieses Gesetzes sein wird, und daß es schließlich der Socialdemokratie nur nützen kann — das ist unsere ausgesprochene Meinung. (Verschiedenartige Zurufe.)

Meine Herren, Sie wollen vielleicht sagen: „Ja, dann stimmt doch für das Gesetz!“ (Ja wohl! rechts.) Meine Herren, wenn wir ein Unrecht, wie es hier begangen werden soll, gut heißen könnten, dann würden wir es vielleicht thun. Ich kann Ihnen bestimmt versichern, daß ich sehr tüchtige unserer Parteigenossen habe äußern hören: „Ich wünschte, das Gesetz ginge durch!“ Sie könnten uns gar nicht besser nähren, als durch Annahme des Gesetzes, denn Tausende und aber Tausende, die heute noch keine Socialdemokraten sind, werden es dann sicher werden. Wir sind in wenigen Jahren stärker, als je zuvor. (Sehr richtig!) Doch ich will auf die Erörterung über die künftige Verbreitung unserer Literatur zurückkommen.

Meine Herren, ich versichere Ihnen, daß bei den zahlreichen Verbindungen, die wir haben, Verbindungen, die wir für die vorliegenden Zwecke verdreifachen und verzehnfachen können, wir unsere Broschüren statt in Auflagen von 4000 und 5000, in Auflagen von 20,000 und 30,000, — und nicht in Jahren, sondern in Wochen und Monaten absetzen werden. Wir werden ferner unter dem Anreiz der verbotenen Frucht einen Preis stellen können, der uns einen solchen Nutzen abwirft, daß die auf andere Weise uns abgeschnittenen Agitationsmittel doppelt und dreifach eingebracht werden. Kurz, meine Herren, die Regierungen mögen machen, was sie wollen, sie können uns doch nicht ernsthaft an den Kragen. Können Sie es beispielsweise verhindern, wenn im nächsten Winter im ganzen deut-

schon Reich in tausenden und zehntausenden von Familien die Genossen in einer Kopfszahl von drei, vier, fünf Mann — je nachdem — sich vereinigen, bald hier, bald dort im vertrauten Kreise zusammenkommen, Lesekränzchen im Familienkreise unterhalten, und dort die socialistischen Schriften lesen, sie diskutieren u. s. w.? Wissen Sie, was Sie mit dem Gesez aus der Socialdemokratie machen? Sie treiben die Socialdemokraten, ähnlich wie die ersten Christen, durch die Verfolgung, die Sie ihnen zu Theil werden lassen, zum äußersten Eifer, ja Fanatismus, und zu einer förmlich religiösen Schwärmerei. Die Arbeiter werden, dessen seien Sie sicher, mit der äußersten Zähigkeit für ihre Ueberzeugungen eintreten, sie werden in Werkstätten, in Fabriken, in der Familie und im Bierhaus, auf der Eisenbahn, Sonntags auf Spaziergängen und an vielen anderen Orten, wo sie Niemand genau zu controliren im Stande ist, zusammenkommen. Jeder wird seine zwei, drei, vielleicht auch zehn und zwölf Broschüren in der Tasche mitnehmen; sie werden ihre Freunde und Bekannte auf dem Lande und in den abgelegenen Theilen der Städte besuchen und ihnen diese Broschüren geben. Und diese Thätigkeit lahm zu legen wird Ihnen ganz unmöglich sein.

Und dann, meine Herren, weiter: Wie steht es mit der rechtlichen und materiellen Seite dieses Gesezes? Sie erklären hier ohne Weiteres, daß die Buchdruckereien, die zur Herstellung socialistischer Schriften und Zeitungen dienen, mit Beschlag belegt und unterdrückt werden sollen. Sie wollen die Zeitungen unterdrücken, die Broschürenliteratur, die Lesebibliotheken, die Lesekreise u. s. w. Ja, meine Herren, haben Sie denn ungefähre eine Ahnung, wie tief Sie damit in das ganze bürgerliche Erwerbsleben eingreifen? Ich glaube nein! Indem ich, meine Herren, Ihnen das Miß etwas näher vorführe, werden Sie zugleich die Erfahrung machen, daß die Socialdemokratie, trotz ihrer Opposition gegen die bürgerliche Gesellschaft doch naturgemäß mit dem bürgerlichen Leben aufs Innigste verwachsen ist, daß die Socialdemokratie aus der bürgerlichen Gesellschaft selbst herausgewachsen ist und weiter aus ihr herauswachsen wird, und daß Sie der Socialdemokratie nicht an den Leib können, ohne die stärksten und empfindlichsten Störungen in den bürgerlichen Eigenthums- und Erwerbsverhältnissen herbeizuführen.

Wir Socialdemokraten haben in Deutschland gegenwärtig ungefähr 16 Genossenschaftsdruckereien; außerdem besteht eine Buchdruckerei als Privatunternehmen, die fast ausschließlich mit der Herstellung und Verbreitung socialistischer Literatur, und was damit zusammenhängt, beschäftigt ist. Es giebt ferner einige Privatdruckereien in den Händen uns politisch fern stehender Leute, die socialistische Blätter gegen Bezahlung drucken, so z. B. in Dresden, Mannheim, Pforzheim etc.

Meine Herren, nach den von mir angestellten Ermittlungen beträgt der jährliche Umsatz dieser 16 genossenschaftlichen Buchdruckereien rund über 800,000 Mark, um welche Summe Sie mit einem Schläge das deutsche Gewerbe und die deutsche Industrie schädigen würden. Es sind dies Unternehmungen, von denen hunderte und aberhunderte von Existenzen abhängen. Es sind allein

in diesen 16 Genossenschaftsdruckereien weit über 300 Personen als Seher, Drucker und Expedienten beschäftigt. Es ist ferner eine ganze Anzahl von Redacturen — einige 40 —, außerdem eine viel größere Zahl von Colporteurs, die sich mit dem Vertrieb dieser Literatur und der Zeitungen befassen, darin beschäftigt. Ein großer Theil dieser Leute ist verheirathet, und wenn das vorliegende Gesez in Wirksamkeit tritt und es alsdann, wie ich nicht bezweifle, von Seiten der Regierungen mit der äußersten Energie in Anwendung kommt, so sind alle diese Menschen mit einem Schläge brotlos. Die meisten derselben werden bei der proponirten Stellung, die sie dem liberalen Bürgerthum gegenüber einnehmen, absolut keine Arbeit und Beschäftigung finden, denn man wird das schon seit Monaten beliebte Mittel der Ausschließung, das Gewaltmittel der Aus Hungern gegen sie in Scene sehen. Und weiter: Bei diesen Genossenschaften sind 2500 Personen, Arbeiter und Kleinbürger als Mitglieder theilhaft; dieselben haben im Vertrauen auf Ihre Geseze, auf Grund unserer Genossenschaftsgeseze, sich als Genossenschaft constituirte, sie haben ihre Ersparnisse, ihr kleines Eigenthum dort angelegt, und bekommen je nach Umständen so und so viel Procent Dividenden oder Zinsen. Meine Herren, diese Genossenschaften werden nach Annahme des Gesezes voraussichtlich fast sämmtlich mit einem Schläge bankrott! Es ist ziemlich sicher anzunehmen, daß in fast allen Fällen das vorhandene Vermögen nicht reichen wird, die Forderungen der Gläubiger zu decken, und zwar schon aus dem sehr einfachen Grunde, weil ein großer Theil des Eigenthums, soweit es in Broschüren, Büchern u. s. w. vorhanden ist, nach dem Gesez zu confisciren und zu vernichten ist. Ferner wird ein Theil der Schuldner dieser Genossenschaften durch die Schließung der Geschäfte zahlungsunfähig werden, z. B. Colporteurs und Buchhändler, so daß also nicht allein diese 2500 Mitglieder ihr eingezahltes Vermögen verlieren, sondern daß sie auf Grund unseres Genossenschaftsgesezes, welches die Solidarhaft vorschreibt, auch noch mit ihrem Privatvermögen eintreten müssen und so höchstwahrscheinlich meist bettelarm werden.

Glauben Sie, daß ein so gewaltsamer und umfassender Eingriff in die Eigenthums- und Erwerbsverhältnisse von Tausenden nicht einen tiefen Groll, den heftigsten Haß in die weitesten Kreise tragen wird? Ich behaupte, daß unsere zehn- bis fünfzehnjährige Agitation auch nicht entfernt einen solchen Haß gegen den heutigen Staat und die diesen Staat unterstützenden Gesellschaftskreise, die dieses Gesez gutheißen werden, erzeugt hat, als durch dieses Gesez erweckt werden wird!

Außerdem, meine Herren, wollen Sie auch die Genossenschaftscassen mit diesem Gesez treffen. Ja, haben Sie denn eine Ahnung, wie weit das geht? Alle diese Vereine haben die verschiedenartigsten Bestrebungen; nach der oberflächlichen Meinung haben die Cassen den Zweck, Arbeitseinstellungen zu provociren. Ganz abgesehen davon, daß auch über die Bestrebungen der Socialdemokratie bezüglich der Arbeitseinstellungen die allerfaßlichsten Ansichten vorhanden sind, obgleich die Socialdemokratie verschiedene Male durch

officielle Reschüsse erklärt hat, daß es ein Unfimm ist, zu glauben, daß durch Arbeitseinstellungen die Lage der Arbeiter verbessert werden könne, haben diese Vereine den Zweck, Krankenunterstützungen, Invalidenunterstützungen u. s. w. an ihre Mitglieder zu gewähren. Um welche Summen es sich hierbei handelt, will ich Ihnen ebenfalls vorführen. Es giebt gegenwärtig in Deutschland 26 größere Gewerkschaftsverbände, von denen ich glaube fest annehmen zu dürfen, daß sie von den Organen der Regierung ohne Weiteres als socialistische angesehen werden, und also diesem Gesetz verfallen werden, mit zusammen circa 50,000 Mitgliedern an 1266 Orten. Die jährliche Einnahme dieser 26 Gewerkschaftsverbände beläuft sich auf 410,000 Mark und die Ausgabe auf 321,000 Mark. Von den Ueberschüssen werden die Reservfonds der Kranken-, Reiseunterstützungs- und Invalidencassen zc. dotirt. Es hat z. B. die Gewerkschaft der Goldarbeiter, die allgemein als socialistisch bezeichnet wird, in der Invalidencasse ein Vermögen von 18,000 Mark. Ferner ist da der Buchdrucker-Verband, der ebenfalls als socialistisch angesehen wird, in sehr bedeutender Weise mit seinem Vermögen engagirt; der Cassenbestand seiner Reiseunterstützungscasse und Krankencasse beläuft sich auf 93,000 Mark und das Vermögen der Verbands-Invalidencasse auf 52,000 Mark. Wie großartig und nützlich die Wirksamkeit dieses Verbandes ist, davon ein Beispiel. Die Unterstützungen, die in den letzten 11 Quartalen, also seit dem 1. October 1875, an wandernde Mitglieder gezahlt wurden, belaufen sich auf die sehr bedeutende Summe von 208,258 Mark, und erhielt jedes wandernde Mitglied durchschnittlich täglich 75 Pfennige. Sie werden, meine Herren, und namentlich die Herren von der Rechten, die in der Polizeiverwaltung und in sonstigen Verwaltungsabtheilungen thätig sind, die Erfahrung gemacht haben, wie in Folge des seit Jahren immer größer werdenden Nothstandes der Bettel um sich greift, wie tausende von brotlosen Arbeitern umherwandern und zum Bettel und schließlich zum Verbrechen gezwungen werden. Hier sehen Sie, wie dieser einuzige Verband einer Mitgliederzahl von monatlich 971 eine tägliche Unterstützung von 75 Pfennigen auf der Reise bewilligt, und sie damit erheblich nützt. Alle derartigen Institutionen werden von diesem Gesetz erschädelt und getroffen, sie werden vernichtet. Und nun frage ich Sie weiter, was die nothwendige Folge von solchen Maßregeln sein muß und zwar nicht allein bei den Arbeitern, die davon betroffen werden, sondern auch bei denen, die nicht davon betroffen werden, aber doch Mitgefühl und Gerechtigkeitsgefühl genug haben, dieses Unrecht zu empfinden?

Außer den erwähnten Verbänden giebt es eine große Zahl von localen Vereinigungen aller Art; der Buchdruckerverband z. B. hat eine bedeutende Zahl von Unterverbänden in Deutschland, worin Krankencassen, Invalidencassen u. s. w. ebenfalls existiren, deren Vermögen sich auf mehrere hunderttausend Mark beläuft. Dieser Buchdruckerverband mit allen seinen Unterverbänden wird, obgleich er als Organisation keiner Partei angehört, von den Principalen als socialistisch angesehen, er ist in den letzten Jahren bei den ver-

schiedensten Gelegenheiten als solcher benannt worden. Obgleich in demselben natürlich viele socialistische Mitglieder sind, so sind doch auch viele nicht socialistische darin; die letzteren werden so gut wie die ersten von etwaigen Gewaltschritten betroffen und materiell schwer geschädigt werden. Welche Stimmung dies erzeugen wird, mag jeder sich selbst ausmalen. Es giebt ferner eine ziemlich Zahl von Genossenschaften in Deutschland, die sich damit beschäftigen, an den einzelnen Orten den zugereisten Gewerksgeossen ein billiges Nachtquartier zu beschaffen; sie sind zum Theil socialistischer Natur und werden natürlich vor diesem Gesetz keine Gnade finden und aufgehoben werden. Wir haben ferner in Deutschland eine ganze Reihe von Bildungsvereinen, die seit 10, 12, 15 Jahren und länger bestehen, die schöne Bibliotheken sich erworben haben, ihr eigenes Mobiliar haben, zum Theil Lehrmittel von bedeutendem Umfang besitzen und an deren Spitze zum Theil ausgesprochene Socialdemokraten stehen, neben solchen Vorstands- und Vereinsmitgliedern, die gar keine ausgesprochene politische Parteilassung haben. Alle diese werden selbstverständlich nach diesem Gesetz für socialdemokratisch erklärt, — sie werden unterdrückt. Mehrlich wird es einer Reihe von Lesecabinetten der Arbeiter ergehen. All das Vermögen, das unendlich mühsam erworben ist, all diese Einrichtungen, die tausenden von jungen Arbeitern namentlich an den langen Winterabenden Gelegenheit gaben, sich nützlich zu unterhalten und weiterzubilden, die dadurch von dem corumpirenden Kreislernen fern gehalten werden, — alles wird mit einem Male vernichtet und Sie sind bis heute nicht im Stande und werden nicht im Stande sein, das geringste Andere und Bessere an die Stelle des Zerstückten zu setzen.

So greift das Gesetz in die verschiedensten Lebensbeziehungen der Arbeiter ein. Und ich gehe weiter und frage, wie Sie gar dazu kommen wollen, auch zum Beispiel Wirthschaften, in denen Socialdemokraten verkehren, zu unterdrücken, — ja, meine Herren, wo hört denn da überhaupt die Grenze der Vernichtung des Eigenthums auf? Wenn einmal die Dinge auf die Spitze getrieben werden sollen, wer darf sich dann wundern, wenn wir unsererseits Vergeltung zu üben suchen? Wer kann es zum Beispiel verhalten, daß wir nunmehr in solchen Wirthschaften zusammenkommen, beim Mafe Vier uns unterhalten, deren Besitzer reichstreu und uns feindlich sind? und während wir dort verkehren, wird die Polizei unterrichtet, daß dort eine ganze Rotte Socialdemokraten regelmäßig verkehrt, die socialdemokratische Unterhaltungen pflegt. Was glauben Sie, daß die Folge davon sein wird? zum mindesten Mergel und Chicanen für den Wirth. Der Wirth wird vielleicht die prononcirtesten Parteileute kennen, er wird wissen, daß das der Diebknecht, der Freische, der Nebel ist, und wird sie ausweisen, aber die Tausende und Abertausende, die, selbst uns persönlich unbekannt, zur Partei gehören und die in dieser Weise mit aller Energie — ich glaube, dafür haben Sie uns schon kennen gelernt — in dieser Richtung thätig sein werden, die kann kein Wirth und Polizeimann auf den ersten Blick erkennen. Es wird durch solche und ähnliche Maßregeln, wie ich schon vorher angedeutet, durch alle diese Scheereisen und

Bladerlein selbst in solche Kreise der Gesellschaft, die vielleicht vorher die eifrigsten Anhänger des Ausnahmegesetzes waren, eine Unruhe und Unzufriedenheit getragen, die es ihnen im höchsten Grade wünschenswerth erscheinen lassen werden, daß dasselbe so rasch als möglich wieder abgeschafft wird.

Nun wird gesagt, wir arbeiteten auf gewaltsamen Umsturz hinaus, das ginge aus unserm Programm hervor. Ich bestreite, daß das aus unserem Programm hervorgeht, es steht kein Wort davon drin. (Unruhe und Widerspruch.) — Ja, daß wir das wollen, müssen Sie uns doch nachweisen; Sie imputiren uns das eben, aber die Beweise fehlen. Ich meine doch, Ihre Staatsanwälte hätten in den letzten Jahren sich ehrlich Mühe gegeben, herauszubekommen, was wir bezweckten. Die Behörden sind, wie ausdrücklich in den Motiven anerkannt wird, „bis zur äußersten Grenze des Möglichen“, d. h. also bis an das Unmögliche gegen uns vorgegangen und haben uns doch nicht zu Grunde richten können. Wie kommt man überhaupt dazu, uns solche Anschuldigungen hier an den Kopf zu werfen? Unsere Programme, und diese, meine ich, sind maßgebend, sagen geradezu das Gegentheil. Wir sollen gemeingefährliche Bestrebungen haben? — Meine Herren, das Programm der so gestrichelten internationalen Arbeiterassociation, das im Anhang dieser Gesetzvorlage wirklich abgedruckt ist, lautet unter Anderem wörtlich:

Daß die internationale Arbeiterassociation und alle ihr angehörigen Gesellschaften und Individuen Wahrheit, Recht und Sitte als die Grundlage ihres Betragens unter einander und gegen alle ihre Mitmenschen ohne Rücksicht auf Farbe, Bekenntniß oder Nationalität anerkennen. Der Congress betrachtet es als Pflicht des Mannes, die Rechte eines Mannes und Bürgers nicht bloß für sich selbst, sondern für Jedermann, der seine Pflicht thut, zu fordern. Keine Rechte ohne Pflichten, keine Pflichten ohne Rechte.

Das soll gemeingefährlich sein? Ich verstehe das einfach nicht. Meine Herren, ich möchte wissen, wie man humanere, höhere und idealere Grundsätze und Anschauungen aufstellen kann. Ich behaupte, meine Herren, daß im ganzen deutschen Reich es nur noch eine einzige Partei giebt, die wirklich Ideale hat, und das ist die Socialdemokratie. (Unruhe. Hört, hört!) und gerade der Umstand, daß die Socialdemokratie Ideale hat, daß sie hohe, der Menschheit würdige Ideale hat, das ist es, was der Socialdemokratie diesen ungeheuren Anhang verschafft. Sie thun immer, als ob es nur Handarbeiter wären, die der Socialdemokratie angehören, als ob es nur eine aufgekochte Masse wäre. Meine Herren, haben wir nicht in den letzten Jahren erfahren, wie ein Mann der Wissenschaft nach dem andern sich dem socialdemokratischen Programm nähert? Die socialdemokratischen Bestrebungen umfassen Alles: Nationalökonomie, Naturwissenschaften, Kulturgeschichte, Philosophie, kurz alle Gebiete des wissenschaftlichen Lebens. Die ganze moderne Wissenschaft arbeitet uns in die Hände, dient unsern Zwecken, muß ihnen dienen. Es ist ganz kürzlich erst die Frage in der Presse besprochen worden, ob die modernen naturwissenschaftlichen Theorien, welche man kurz mit dem Namen Darwinis-

mus bezeichnet, thatsächlich dem Socialismus förderlich oder hinderlich seien. Der hauptsächlichste Vertreter der darwinistischen Theorien in Deutschland, Herr Professor Haeckel, leugnet und bestreitet, daß der Darwinismus dem Socialismus förderlich sei. Ein mehr oder weniger ausgesprochener Gegner oder Zweifler desselben, Herr Professor Virchow behauptet, daß das der Fall sei. Meine Herren, nach meiner Auffassung hat Herr Professor Haeckel, der entschiedene Vertreter der Darwin'schen Theorie, thatsächlich, weil er die Gesellschaftswissenschaft nicht versteht, keine Ahnung davon, daß der Darwinismus nothwendig dem Socialismus förderlich ist, und umgekehrt der Socialismus mit dem Darwinismus im Einklang sein muß, wenn seine Ziele richtige sein sollen. (Bewegung. Sehr gut!)

Ist das richtig, so gehören zu den gemeingefährlichen Bestrebungen, die auf Untergrabung von Staat und Gesellschaft abzielen, auch die modernen Naturwissenschaften; und die nothwendige Folge wäre, daß auch sie unterdrückt würden. Die Zustimmung, die Sie vorhin meiner Auffassung über den Zusammenhang des Darwinismus und Socialismus zu Theil werden ließen, bestätigt, daß auch meine Auffassung über die Anwendung dieses Gesetzes richtig ist. — Sie greifen ferner, meine Herren, unsere Anschauungen in Bezug auf die Religion an, die atheïstische und materialistische seien. Ich erkenne dies sehr richtig an, obgleich ich hier ausdrücklich erklären muß, daß die Socialdemokratie nicht verlangt, daß ihre Anhänger in religiösen Dingen eine bestimmte Meinung haben müssen, wie dies alle diejenigen bestätigen werden, die sich einigermaßen mit der Socialdemokratie beschäftigen haben. So ist z. B., und nur ein zu erwähnen, vor einiger Zeit in der „Zukunft“, unserem wissenschaftlichen Centralorgan in Deutschland, ein Artikel erschienen, der sich in sehr entschiedener Weise gegen die Agitationen meines Freundes Most für Austritt aus der Kirche ausgesprochen hat, eine Agitation, die er bekanntlich in verfloffenen Winter hier in Berlin sehr lebhaft betrieb. Es giebt in der Partei verschiedene, mehr oder weniger große Kreise, welche die gleiche Meinung in Bezug auf die Stellung der Partei zur Religion theilen, die der Verfasser jenes Zukunftsartikels ausgesprochen hat. In dieser Beziehung zu sagen: die socialistische Partei ist atheïstisch, ist verkehrt und unrichtig, obgleich ich fest glaube, daß der Socialismus schließlich zum Atheismus führen wird. (Sehr richtig!)

Wer hat denn aber diese atheïstischen Lehren, die Ihnen so viel Sorge und Verdruß machen, wissenschaftlich und philosophisch begründet? Waren das vielleicht Socialdemokraten? (Hört, hört!) Waren die Edgar und Bruno Bauer, die Feuerbach, die David Strauß, die Ernst Renan, — waren das Socialdemokraten? (Sehr gut!) Das sind Männer der Wissenschaft, die mit ihren sonstigen Anschauungen im bürgerlichen Leben und meist in der liberalen Partei gestanden haben. Meine Herren, die vier Auflagen, die das letzte Werk von David Strauß, „Der alte und der neue Glaube“, erlebt hat, die haben doch nicht die Socialdemokraten oder die Arbeiter gekauft, dazu ist das Buch zu theuer, dieses haben nur vereinzelte Mitglieder der Social-

demokratie sich anschaffen können. Den weitaus größten Theil der vier Auflagen hat das liberale Bürgerthum, haben Männer gekauft, die unzweifelhaft Gegner der Socialdemokratie und mit unsern socialen und politischen Tendenzen nicht einverstanden sind. (Sehr richtig!) Nur, wir haben diese atheïstischen Ansichten auf Grund unserer wissenschaftlichen Ueberzeugung adoptirt, und halten uns für verpflichtet, sie weiter zu verbreiten und in die Massen zu tragen. Warum soll nun das, was auf der einen Seite erlaubt ist, auf der andern verboten sein. Bei uns macht man diese Anschauungen und ihre Verbreitung zu staatsgefährlichen Bestrebungen und sucht uns durch ein Ausnahmegesetz, wie das vorliegende, politisch todt zu machen. Und hat nicht auch, meine Herren, die moderne Philosophie sich in der allerdeutlichsten Weise für die idealen Ziele der Socialdemokratie ausgesprochen? Ich erinnere an das neueste sehr bedeutende philosophische Werk, das großes und berechtigtes Aufsehen gemacht hat, an „Die Philosophie der Erlösung“ von Philipp Meinkänder, der darin in der entschiedensten und unzweideutigsten Weise erklärt und nachweist, daß die Menschheit der Verwirklichung des idealen Staates entgegenstrebt, der im Wesentlichen der Staat, wie ihn die Socialdemokratie erstrebt, sein wird. Und so ist es ähnlich auf allen Gebieten der modernen Wissenschaft, die mit uns Hand in Hand geht, deren Lehren und Consequenzen wir aus Ueberzeugung anerkennen und die Erkenntniß davon weiter verbreiten und zu popularisiren suchen, die wir in Fleiß und Blut der Nation und in den Organismus von Staat und Gesellschaft in der Form passender und zweckentsprechender Institutionen zu übertragen suchen. Und das alles soll ein Verbrechen und gemeingefährlich sein? Man geht weiter und sucht unsere ganz besondere staatsgefährlichkeit damit zu beweisen, daß man auf dem letzten internationalen Congresse in Gent im vorigen Jahre uns, die deutsche Socialdemokratie, als Muster für die Thätigkeit der Parteigenossen anderer Länder hingestellt hat. Ja, meine Herren, warum hat man denn das gethan? Man hat das nicht gethan, weil man glaubte, daß wir in gewaltsamer, revolutionär umstürzlerischer Weise vorpraktische Wege betreten, daß wir, an alle Gebiete des täglichen Lebens anknüpfend, überall unsere Thätigkeit zu entfalten suchen. Das Genter Manifest, das Sie ebenfalls in den Anlagen zu der Gesetzesvorlage finden, ist, meine Herren, ausgesprochenemassen gerade gegen jene Fraktion der Socialisten erlassen, die man mit dem Namen der Anarchisten bezeichnet und die ausschließlich auf den gewaltsamen Umsturz hinarbeitet. Jene Fraktion erklärt: Es giebt kein anderes Mittel als die gewaltthätige Revolution, die in Michel Bakunin ihren eigentlichen Vertreter hatte, und wenn man in Deutsche Land überhaupt weiß, was die Anarchisten wollen und was Michel Bakunin speciell als Ziel hingestellt hat, so haben Sie das nicht den Geheimräthen des Bundesraths und des Reichskanzleramts zu verbanken, sondern dem geistigen und wissenschaftlichen Haupt der Internationale und des Socialismus, unserm Genossen Carl Marx, der die ausgiebigsten Actenstücke hierüber veröffentlicht hat, wie das

z. B. auch ein Gegner von uns, Rudolf Meyer, genau weiß und dankbar anerkannt hat. Nun, meine Herren, wie lautet denn das Genter Manifest in seiner bezeichnendsten Stelle?

Das Manifest sagt:

Zu allen Ländern, wo die Arbeiter das Recht haben, an den Wahlen Theil zu nehmen, müssen sie sich als politische Partei constituiren, um in die Parlamente und Gemeindevvertretungen Delegirte zu schicken; und in den Ländern, wo die Arbeiter das Wahlrecht nicht haben, müssen sie Alles aufbieten, um sich dieses Recht zu erringen. Weiter heißt es:

Alle unabhängigen und denkenden Menschen wollen, daß die Unwissenheit auf immer ausgerottet werde, daß die Ungerechtigkeiten und das Privilegium von dieser Erde verschwinden, daß Elend und Hunger nicht mehr das Loos Derjenigen seien, welche arbeiten, und Wohlbefinden und Ueberfluß nicht mehr das Loos Derjenigen, die nichts produciren.

Woblan, um zu dieser Lage zu gelangen, welche das große Ziel des modernen Socialismus ist, müssen die lebenden Geschlechter — das ist ihre heilige Pflicht — die Hindernisse vermindern, die Schranken, welche den Weg absperren, niederwerfen, und provisorische Einrichtungen, welche uns dem Ziele näher bringen, begründen oder annehmen.

Meine Herren, kaum in schärferer, deutlicherer Weise der Weg der naturgesetzmäßigen Entwicklung bezeichnet und den Arbeitern aller Länder Maßstab und Richtschnur ihrer Handlungen klarer vorgezeichnet werden, als es hier geschieht? Wird hier nicht die deutsche Socialdemokratie, weil sie diesen Weg wandelt, als nachahmungswürdiges Beispiel hingestellt? Empfiehlt man hier nicht, alle uns zu Gebote stehenden gesetzlichen Mittel zu benutzen, um allmählich das Ziel zu erreichen? Und heißt es nicht, das sei die Pflicht der lebenden Geschlechter? Man denkt also offenbar an eine lange Entwicklung, welche nöthig sein wird, um die hemmenden Schranken zu beseitigen und die provisorischen Maßregeln zu ergreifen, die zum Ziele führen sollen. Und das Alles soll gemeingefährlich sein? Will man uns aber einmal in dieser Weise wegen unserer politischen und socialen Ueberzeugungen rechtlos und mundtot machen, warum zieht man denn nicht die Consequenzen und sagt: Gut, habt ihr keine Rechte im Staat, so habt ihr auch keine Pflichten mehr, ihr habt keine Steuern zu bezahlen, ihr braucht nicht Soldat zu werden. Das wäre die einfache und natürliche Consequenz eines solchen Gesetzes.

Der Abgeordnete von Hellborff sagt: das vorliegende Gesetz ist kein Ausnahmegesetz, man kann doch nicht sagen, daß man die Leute rechtlos macht, sie sollen nur ihre gefährliche Gesinnung nicht betheiligen. Meine Herren, wenn ich als Staatsbürger zu den Wahlen gerufen werde, dann soll ich doch nach meiner Ueberzeugung stimmen, wenn es mir aber unmöglich gemacht wird, für meine



Ueberzeugung Propaganda zu machen und meine Ueberzeugung auszusprechen, dann bin ich rechtlos. Nehmen Sie also dieses Gesetz an, so haben wir ein Ausnahmegesetz, ein Classengesetz, das allerdings mehr als Alles, was bisher dagewesen ist, gegen Ihren Willen Propaganda für uns machen wird. Es wird in einer Weise gegen Sie wirken, wie Sie es nicht erwarten, und wird das herbeizuführen geeignet sein, was Sie verhüten wollen und sollen: einen gewaltthätigen Umsturz.

In dieser Beziehung ist sehr lesens- und beachtenswerth, was einige unserer bedeutendsten Staatsrechtslehrer über den Begriff „Revolution“ und die Ursachen, die zur Revolution führen, aussprechen. Unsere Staatsrechtslehrer, Männer wie Bluntschli und Welcker, die bekanntlich keineswegs Socialdemokraten sind oder gewesen sind, sind keineswegs der Meinung, daß eine Revolution ein Ereigniß sei, das unter allen Umständen durch Gewalt herbeigeführt werden müsse, oder in einer Gewaltthat bestehe. Sie erkennen unverhohlen an, daß es eine Revolution in vollständig gesetzlichem Sinne giebt, und es erklärt in diesem Sinne ausdrücklich Bluntschli in einem Artikel in seinem Staatslexikon, der mit seinem Namen unterzeichnet ist, folgendes:

Im weiteren Sinne also bedeutet Revolution jede Umgestaltung von Grund aus, und politische Revolution ist die gründliche Umgestaltung des Staats, gleichviel ob sie ihren Anstoß von oben oder von unten erhalte, ob dabei die bestehenden Rechtsformen beobachtet werden, oder der Drang der Aenderung gewaltsam losbreche . . . . .

Wenn die Reform lässig betrieben oder gehemmt wird, dann sammelt sich der Krankheitsstoff an, der die Revolution herbeizieht. Wenn die regelmäßige Fortbildung unmöglich ist, dann macht sich die zurückgehaltene Lebenskraft in leidenschaftlichen Ausbrüchen Luft.

Als Voraussetzungen der Revolution bezeichnet Bluntschli wörtlich folgendes:

1. Ein starker Widerspruch zwischen den politischen Trieben und Wünschen einer Nation und der bestehenden Staatsform, der sich zur Unerträglichkeit steigert; also ein unorganischer Zustand, der eine Verstimmung des Staatskörpers verursacht und sich, wenn er nicht geheilt wird, leicht zum Fieber erhebt. Ein Volk in der Fieberkrisis,
2. Der Mangel an gesetzlicher Befriedigung der dringend gewordenen Volksbedürfnisse. Mit einem Wort: die natürliche Voraussetzung der Revolution ist der Nothzustand des Volks, dem nur durch eine gewaltsame Umgestaltung der Verfassung Hilfe geschafft werden kann. (Vergl. d. Art. Nothrecht).

Das einzige sichere Mittel, die Revolution zu vermeiden, ist die rechtzeitige und gründliche Reform. Das Recht der

Revolution ist das Recht der Volksnatur, die sich nicht mehr anders zu retten weiß.

Derartige Theorien, wie sie Herr Bluntschli in Bezug auf die Revolution vertritt, sollen, wie Herr Reichensperger verkündet hat, künftig nach dem Strafgesetzbuch bestraft werden, damit auch in dieser Beziehung die Wissenschaft todt gemacht werde. Welcher, ein nicht weniger als radicaler Mann, sagt weiter, und das mögen unsere Staatsmänner sich recht zu Herzen nehmen:

Es giebt ein Mittel (Revolutionen zu verhüten) das unfehlbar ist, zeitgemäße Reformen. Es mag höchst schwierig sein, in einem gegebenen Fall die rechte Weise ausfindig zu machen, in welcher die Reform durchgeführt werden soll. Rücksichten auf die Würde der Krone und das Ansehen des Staats, die Besorgniß, daß einer Concession neue und ausschweifendere Forderungen folgen werden, mögen zur Vorsicht auffordern, allein daran erkennt man den wahren Staatsmann, daß er diese Schwierigkeiten zu überwinden weiß und daß er erkennt, welche Reform unter den obwaltenden Verhältnissen dem Volk noth thut. Es dürfte unmöglich sein, aus der Geschichte einen einzigen Fall zu entnehmen, in dem die Revolution nicht nachweisbar durch rechtzeitige Reform hätte vermieden werden können.

Nun, meine Herren, ich habe diesen Worten nichts hinzuzufügen, ich kann nur wünschen, daß unsere Staatsmänner recht sehr die Aussprüche dieser beiden Staatsrechtslehrer sich zu Herzen nehmen und recht gründlich einmal vor Allem in erster Linie unsere socialen Verhältnisse studiren. Aber, meine Herren, auf der einen Seite über einen allgemeinen Nothstand schreien und Klagen, den angeblich die socialdemokratische Agitation hervorgerufen habe, auf der andern Seite vollständig dem wahren materiellen Nothstande gegenüber, in dem wir uns seit Jahren befinden, die Hände in den Schooß legen und zu reden, wie der Herr Minister Delbriid am 4. April 1871 von dieser Tribüne aus geredet hat:

Meine Herren, wir können keine Gesetze schaffen für Leute, die ihr Geld abhant los werden wollen,

— gerade als wenn das Volk seine Freude daran hätte, sein Geld durch den Gründungswindel los zu werden, — das, meine Herren, ist nicht staatsmännisch. Wenn diesen Thatsachen gegenüber nichts gethan wird, dem Gründungswindel ebenso wenig wie dem Entgründungswindel, wodurch auf's Neue die armen Actionäre in den weltesten Kreisen geprellt werden, Einhalt zu thun, wenn diesem Uebel wie dem Allgemeinen Nothstand gegenüber in den Regierungskreisen kein anderes Mittel zu finden ist, als Staatsmonopole und neue Steuern, so möchte man wahrhaftig an der Staatsweisheit dieser Staatsmänner verzweifeln. Wie immer, meine Herren, Ihre Entscheidung ausfällt, wir werden fortleben und zwar fortleben, bis die Zustände, die heute unsere traurigen Verhältnisse in Deutschland erzeugt haben, beseitigt sind. Glauben Sie nicht, daß

Sie den Socialismus mit Gewaltmitteln todmachen können, Sie werden durch Ihre Maßregeln bloß die ganze Entwicklung nach Bahnen hin drängen, die zum höchsten Nachtheil Ihrer eigenen Interessen, Ihrer eigenen Organisationen und Institutionen und zum Nachtheil des gesammten Staatswesens ausschlagen müssen, wenn Sie nicht von dem Weg, den die Regierung Ihnen jetzt anrath, eingeschoben ablassen und diesen Entwurf nicht dahin verweisen, wohin er gehört, in den Papierkorb.

Und, meine Herren, bevor ich schließe, komme ich noch einmal auf meine Anfangs gestellte Forderung zurück: ehe Sie mit solchen Beschuldigungen, wie sie heute frischweg gegen uns geschleudert worden sind, fortfahren, verlangen wir in erster Linie, daß man statt allgemeyner Redearten und Anschuldigungen Thatsachen und Beweise bringt!

Präsident: Der Herr Staatsminister Graf zu Eulenburg hat das Wort.

Bevollmächtigter zum Bundesrath für das Königreich Preußen, Staatsminister und Minister des Innern Graf zu Eulenburg: Meine Herren, es ist in zwei Beziehungen in ganz bestimmter Weise Bezug genommen worden auf eine Auskunft, die von den Vertretern der Bundesregierungen erwartet wird; die eine betrifft die gegen den inzwischen verstorbenen Verbrecher Nobiling stattgehabte Untersuchung, die andere gewisse Beziehungen, welche zwischen der königlich preussischen Regierung und socialdemokratischen Vereinen oder Führern stattgehabt haben sollen. In der ersten Beziehung, meine Herren, habe ich zu erklären, daß über die Möglichkeit oder Zulässigkeit der Mittheilung der Verhandlungen des Processes, welcher gegen Nobiling eingeleitet war, die preussische Justizbehörde zu befinden haben würde, wenn die Vorlegung verlangt wird. So viel aber, meine Herren, kann ich Ihnen sagen, daß in der That eine Vernehmung Nobilings stattgefunden hat, und daß er in dieser Vernehmung, soviel mir davon bekannt geworden ist, ausgesagt hat, daß er an socialdemokratischen Versammlungen Theil genommen und an den dort vorgetragenen Lehren Gefallen gefunden habe. Mehr mitzutheilen, muß ich mit Rücksicht auf den Umstand, daß die preussische Justizbehörde über die Vorlegung der Acten zu befinden hat, mich enthalten.

Wenn nun aber daraus weiter gefolgert worden ist, daß ein Zusammenhang zwischen den ruchlosen Thaten, die im Mai und Juni dieses Jahres stattgefunden haben, und der Socialdemokratie nicht existire, so muß ich zunächst Veranlassung nehmen, ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß ich im Mai von dieser Stelle aus bereits gesagt habe, die Behauptung ginge nicht dahin, daß diese Thaten direct von der Socialdemokratie angestiftet seien; ich bin auch jetzt nicht in der Lage, diese Behauptung aufzustellen, oder überhaupt in dieser Richtung Neues beizubringen. Die Behauptung, meine Herren, ging vielmehr dahin, daß die Lehren der Socialdemokratie und die Art und Weise, wie sie in einer leidenschaftlichen Agitation verbreitet werden, wohl geeignet wären, in verwilderten Gemüthern dergleichen traurige Früchte zur Zeitigung zu bringen, wie wir sie

zu unserem tiefsten Bedauern haben erleben müssen, (sehr richtig!) und an dieser Behauptung, meine Herren, glaube ich in Uebereinstimmung mit der gesammten deutschen Presse, mit alleiniger Ausnahme der socialdemokratischen, auch heute noch festhalten zu müssen.

Indem ich sicher bin, in dieser Richtung einem Widerspruch nicht zu begegnen, bin ich aber doch, so wenig es mir erwünscht ist, genöthigt, einigen Behauptungen gegenüber, die vorher aufgestellt worden sind, daran zu erinnern, welche Stellung die socialdemokratische Presse diesen Ereignissen gegenüber eingenommen hat. Wie es hier — und ich zweifle hier nicht an der Aufrichtigkeit — soeben geschehen ist, so wird immer vorangestellt, daß die Socialdemokratie den Mord, unter welcher Gestalt er auch aufträte, verabscheue. Was aber geschieht gleichzeitig? Es wurde zunächst in den Organen der Socialdemokratie der Versuch gemacht, den Nachweis zu führen, daß die Attentate bestellte Arbeit gewesen seien; als man ein sah, daß auf dem Wege nicht fortzukommen sei, und als sogar Organe der Socialdemokratie — ich werde hernach eine Probe davon mittheilen — im Auslande erklärten, daß sie überzeugt seien, es wäre dergleichen nicht der Fall, da ging man dazu über, die Unzurechnungsfähigkeit der beiden Verbrecher zu behaupten, sie als isolirte Individuen und ihre Thaten als Erscheinungen darzustellen, wie sie zu allen Zeiten hin und wieder vorgekommen seien und für die niemand Anderes verantwortlich sein könne. Meine Herren, die Untersuchung, die geführt worden ist, hat nicht den geringsten Anhaltspunkt dafür ergeben, daß die beiden Männer irgend wie nicht im Stande gewesen seien, die Folgen und die Bedeutung ihrer Thaten zu überlegen. Im Gegentheil, Alles, was sich hat feststellen lassen, ist das, daß mit vollkommener Zurechnungsfähigkeit und im letzten Fall mit einer böshaftern abgeseimten Prämeditation gehandelt worden ist, wie sie wohl selten vorkommt. — Demnach, meine Herren, ist man aber hierbei nicht stehen geblieben, sondern es ist in vielen Organen der Socialdemokratie dazu übergegangen, diese Thaten zu entschuldigen, die Thäter zu exculpieren. Man hat nicht so, sondern die Gesellschaft verantwortlich gemacht für die Verbrechen, welche begangen worden waren. Sie werden sich erinnern eines Artikels des Hauptorgans der Socialdemokratie, des Leipziger „Vorwärts“, welcher schließt:

Nicht sie gehören auf die Anklagebank, sondern ihr, — ihr, die Gesellschaft, die es mit den wahnwitzigen und nutzlosen Zuständen hervorgerufen hat, daß dergleichen geschieht.

Parallel damit, meine Herren, gingen die Aeußerungen über die frevelhaften Thaten, die in Ausland gegen hohe Beamte versucht, beziehungsweise vollführt sind. In Beziehung auf das Attentat der Wera Cassulisch und den Mord des Generals von Meserow haben Sie in einem hier erscheinenden Blatt die Frage gelesen: „Nun, was blieb jenen denn übrig? Wie anders konnten sie sich helfen?“ Endlich, meine Herren, hat die Socialdemokratie im Auslande ausdrücklich und mit directen Worten ihre Sympathie mit

diesen Thaten ausgesprochen. Der Congress der Jura-Föderation, welcher im Juli dieses Jahres in Freiburg getagt hat, hat ausdrücklich erklärt, die Acte Höbels und Nobilings wären revolutionäre Acte, die seine volle Sympathie hätten. (Hört, hört! rechts.) Und in einer Correspondenz eines Organs, welches in Genf erscheint, „Le Précurseur“, aus Florenz vom 3. September d. J. heißt es — ich erlaube mir, es zu überlesen:

Die Commune ist der Stern, welcher am Firmament des italienischen Proletariats glänzt, und wenn der Moment gekommen sein wird, werden auch wir unsere Höbel und Nobiling haben. (Hört, hört! rechts.)

Nun, meine Herren, ist mir sehr wohl bekannt, daß nicht alles von ausländischen socialistischen und socialdemokratischen Bestrebungen und Verbindungen eine Richtung hat. Es ist mir sehr wohl bekannt, was vorhin schon angedeutet wurde, daß die Richtung Marx eine andere ist, als die Richtung der sogenannten Anarchisten. (Ahal links.) Aber, meine Herren, es ist nicht zu leugnen, daß diese Verbindungen alle untereinander im Zusammenhang stehen, und es ist eine Erfahrung in solchen Bewegungen, die auf dem Geseß der Schwere beruht, daß die extremen Richtungen allmählich die Oberhand gewinnen und die gemäßigteren ihnen gegenüber sich nicht aufrecht erhalten können. (Sehr richtig! rechts.)

Ich glaube also wohl und ganz berechtigt zu sein, wenn ich wiederhole, die Lehren, die Tendenzen und die Agitationsweise der Socialdemokraten sind dafür verantwortlich, daß so traurige Dinge bei uns vorkommen. (Sehr wahr! rechts.)

Und wenn Sie diese Lehren und Ziele der Socialdemokratie etwas näher in's Auge fassen, dann ist nicht, wie vorhin gesagt worden ist, die friedliche Entwicklung das Ziel, sondern die friedliche Entwicklung ist nur eine Etappe, welche zu den letzten Zielen führen soll, Zielen, die auf keinem anderen Wege, als auf dem Weg der Gewalt erreicht werden können. (Sehr wahr! rechts.)

Ihnen gegenüber, meine Herren, die Sie die Programme, die Schriften der Socialdemokratie näher kennen, brauche ich nicht Schritt vor Schritt diesen Beweis zu führen, der hundertmal geführt worden ist. Wenn aber jetzt behauptet worden ist, daß gerade Herr Marx derjenige wäre, der es verabsäumt, mit anderen als friedlichen Mitteln in die Action einzutreten, dann kann ich mir doch nicht versagen, ein paar Aeußerungen gerade dieses Mannes anzuführen, welche das Gegentheil beweisen. Marx sagt in seiner Schrift über

Unsere Zwecke können nur erreicht werden durch den gewaltthätigen Umsturz der bestehenden Gesellschaft. (Hört, hört! rechts.)

Und an einer anderen Stelle, welche in der Schrift des Herrn Bebel „Unsere Ziele“ citirt wird, heißt es als ein Ausspruch von Marx: Die Gewalt ist der Geburtshelfer jeder alten Gesellschaft die mit einer neuen schwanger geht; sie ist selbst eine öconomische Potenz.

Und der Herr Redner selbst hat in seiner Schrift „Unsere Ziele“, die in sechster Auflage erschienen ist, an einer Stelle folgendes gesagt:

Der Verlauf dieser Entwicklung hängt von der Intensivität (Kraft) ab, mit der die beteiligten Kreise die Bewegung erfassen; er hängt von dem Widerstande ab, den die Bewegung an ihren Gegnern findet. Das Eine ist sicher: je heftiger der Widerstand, um so gewalttiger die Herbeiführung des neuen Zustandes. Mit Sprengen von Mosenwasser wird die Frage auf keinen Fall gelöst.

Nun, meine Herren, ich glaube, dies ist Beweis genug, welches die Mittel sind, mit denen allein die Ziele der Socialdemokratie in's Werk gesetzt werden können; Beweis genug, daß der Staat berechtigt und nach dem Recht der Nothwehr auch verpflichtet ist, nicht erst abzuwarten, bis die Gewalt eintritt, sondern bei Zeiten diejenigen Maßregeln zu treffen, welche nothwendig sind, um ihr vorzubeugen, um Staat und Gesellschaft gegen die verderblichen Wirkungen solcher Lehren, solcher Agitationen in Schutz zu nehmen.

Meine Herren, und wenn nun im Tone des Vorwurfs gesagt ist, daß in früherer Zeit die Regierung sich bemüht habe, mit den Führern der Socialdemokratie Fühlung zu gewinnen, dann bin ich in diesem Augenblick aus einem sehr natürlichen Grunde, nämlich darum, weil ich es in der That nicht weiß, nicht im Stande, über die einzelnen Thatfachen, die behauptet sind, Auskunft geben zu können; aber, meine Herren, das kann ich doch sagen: es ist sehr unrecht, darin einen Vorwurf für die Regierung zu finden. (Bewegung.) Meine Herren, wenn eine Bewegung von den Dimensionen beginnt, wie die Arbeiterbewegung, daß es dann für die Regierung nicht bloß wünschenswerth, sondern nothwendig ist, sich nicht bloß auf Hörensagen oder auf Schriften über die eigentlichen Ziele, (Sachen) um die es sich handelt, zu verlassen (sehr wahr! rechts) und sich hieraus zu informieren, sondern womöglich von den Leitern dieser Bewegung selbst zu erfahren, welche Ziele sie verfolgen, welche Motive sie haben, und sodann, wenn es irgend angänglich ist, eine so mächtige Bewegung in den ruhigen Strom georbeter Entwicklung überzuführen, — das ist keine Pflichtverletzung, sondern das ist Pflichterfüllung. (Lebhaftes Bravo rechts.) Und wenn nachher sich ergibt, daß dieser Versuch ein vergeblicher gewesen ist — daß man ihn dann nicht erneuern kann, sondern daß man auf einem anderen Wege versuchen muß, der Bewegung gegenüberzutreten oder ihrer Herr zu werden, das liegt ebenfalls in der Natur der Sache. Ich habe dabei noch gar nicht einmal hervorgehoben, daß zu der Zeit, als die Annäherungen stattgefunden haben sollen, von denen der Herr Redner sprach, die Bewegung sich in ganz anderen Bahnen bewegte als heutzutage: es war damals Lassalle an der Spitze und seine Anhänger, während es Jedem bekannt ist, daß demnächst diese Richtung unterdrückt und beseitigt worden ist von der weitergehenden, von der sogenannten internationalen Richtung, und daß diese die jetzt herrschende ist. (Sehr wahr! rechts.)

Nun, meine Herren, wenn dem so ist, dann bleibt mir nur noch übrig hinzuzufügen, daß ich der Behauptung, daß neuerlich in diesen Tagen — wie man sich, glaube ich, ausgedrückt hat, vor Leuten, die der „Provincialcorrespondenz“ nahe stehen — Versuche der Vereinbarung oder Verbindung mit den Socialdemokraten und ihren Führern gemacht worden seien, ein ganz bestimmtes „Nein“ entgegen zu stellen habe. Mir ist nicht das Geringste davon bekannt. Eine derartige Vereinigung in's Allgemeine hinein auszusprechen, hat ja sein Rechtliches; ich kann Ihnen aber mit der größten Bestimmtheit sagen, daß ich nicht allein nichts davon weiß, sondern mir auch keine Vorstellung davon machen kann, von welcher Stelle aus und wie das geschehen sein könnte. Ich muß deshalb, bis mir Thatsachen angeführt werden, auf die ich im Einzelnen antworten kann, solche Anknüpfungsversuche auf das Bestimmteste in Abrede stellen. (Bravo! rechts.)

Vizepräsident Freiherr Schenk von Stauffenberg: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Hamburger.  
Abgeordneter Dr. D a m b e r g e r: Meine Herren — (Mufe: Tribüne!)

Meine Herren, ich bin der Tribüne so entvöhnt, daß ich um die Erlaubniß bitte, von meinem Rechte, vom Plaze zu sprechen, Gebrauch zu machen, bis die Erfahrung zeigt, daß ich mich hier nicht verständlich machen kann, — dann werde ich gern Ihrem Wunsch entsprechen.

Meine Herren, ich beantrage, daß die gegenwärtige Vorlage einer Commission von 21 Mitgliedern überwiesen werde, und wenn ich noch daran hätte zweifeln können, daß dieses Geseß einer Würde gehenden, aufmerksamen und ernsten Prüfung bedürfte, so würde mich namentlich die Rede, welche der Herr Abgeordnete Bebel gehalten hat, davon überzeugen haben, daß kein Versuch unterlassen werden darf, der irgendwie gemacht werden kann, um uns von den Gefahren zu befreien, die er uns vorgelührt hat. (Sehr wahr!)

Wenn die Socialdemokratie und ihre Bestrebungen so mächtig geworden sind, wie sie der Herr Redner mit seinem großen Talent und mit seiner umfassenden Sachkenntniß geschilbert hat, wenn andererseits die große Mehrheit dieses hohen Hauses davon durchdrungen ist, daß die Ziele dieser Socialdemokratie unerträglich sind mit dem Fortbestehen einer Gesellschaft und eines Staates, wie wir sie uns denken, dann bleiben uns nur zwei Wege offen: entweder Socialdemokratie zu erwehren, indem wir keinen Versuch machen, uns der Socialdemokratie zu erwehren — oder, wenn der Abgeordnete Bebel der Socialdemokratie zu erwehren.

Meine Herren, es ist für das junge deutsche Reich eine schmerzliche und große Prüfung, daß gerade dieses Reich dazu berufen ist, einen großen Kampf zunächst auf seinem Gebiet auf dem gesetzgeberischen Wege mit einem Feinde anzufangen, der, wie wir ja zugeben müssen, nicht gerade Deutschland eigenthümlich, sondern jetzt über die ganze moderne Welt verbreitet ist. Denn wenn wir heute irgend ein Land rühmen wollen, daß es von diesen Gefahren

und Ausbrüchen verschont gewesen sei, so werden wir plöblich eines Tages die Nachricht erhalten, daß auch dort die Eruption sich angekündigt hat und kein Land kann stolz thun und sagen, wir sind sicher vor dieser Gefahr und frei von dieser Krankheit. Aber das ist wahr, meine Herren, und das ist bereits in kurzer Zeit ein Gemeinplaz geworden, nachdem es, als man es vor sechs Monaten oder gar, wie ich von mir sagen kann, vor sechs Jahren aussprach, feltfam klang, daß Deutschland das vorzugaweise von der Socialdemokratie prädestinirte und ausgesuchte Kampfgebiet geworden ist. Der Herr Abgeordnete von Hellborn hat uns mit einem Wort erklären wollen, woher es komme, daß gerade uns dieses schwere Loos zugefallen sei. Sein Gedante entfernt sich nicht ganz von dem meinigen, wenn ich sage, daß die große Lust zu abstracten Gestaltungen, rücksichtslos auf die praktische Welt, ein Characterzeichen des deutschen Denkens und mit eine der Hauptquellen des schnellen Anwachsens dieser Gefahr für uns geworden ist.

Aber es kommen dann andere Gründe hinzu, und ich darf etwas nicht verschweigen, um gerecht zu sein: die ganze Entwicklung des größten deutschen Staates, die rasche Machtentfaltung desselben bei inneren großen Schwierigkeiten seiner Boden- und Vermögensverhältnisse ist allerdings historisch dadurch geworden, daß mehr als in allen anderen Ländern der Welt der Staat an das Individuum die Ansprüche erhob, sich ihm hinzugeben und sich mit Selbstverleugnung dem Staat zu opfern. Dadurch ist Preußen groß geworden, und da nichts geschenkt wird in der Welt, so ist dadurch gerade in dem Gedankengange der Nation viel leichter Eingang verschafft für die Idee, die da glaubt, daß überhaupt durch den Staat das ganze Loos der Menschheit bestimmt und zu seinem höchsten Ziele geführt werden kann. Wenn wir gerecht sein wollen, müssen wir dies zugestehen.

Aber, meine Herren, wenn Deutschland wirklich prädestinirt sein kann, diesen Kämpfen als Schlachtfeld zu dienen, so müssen wir auf der andern Seite uns auch sagen, daß kein Land weniger dazu geartet ist, diesen Kampf ohne die größten Gefahren zu überstehen, falls es wirklich um verhängnißvollen Ausbruch kommen sollte. Die Zersplitterung der Parteien, die Schwäche des Nationalgefühls in ganzen Schichten der Nation, auf welche die Motive der Regierung mit Recht hingewiesen haben, die ganze neue, kaum fertige Gestaltung unseres Gesamtstaates bringen durch diese Convulsionen für uns ganz andere Gefahren, als sie für andere bereits national gestaltete und empfindende Länder mit sich führen, und ich behaupte, der wichtigste französische oder italienische Communist ist noch ein Patriot im Vergleich zu denjenigen Exemplaren, die wir in Deutschland stellen können, wenn es sich darum handelt, um eines Parteikampfes willen die ganze Existenz der Nation in Frage zu stellen. (Sehr richtig!)

Meine Herren, wir sind außerdem in der sehr schwierigen Lage, daß wir die kummer- und sorgervolle Aufgabe, der wir uns jetzt hingeben müssen, — denn die Schwierigkeiten, die der Herr Abgeordnete Bebel uns vorgemalt hat, erkenne ich nicht, — wir sind in

der Lage, daß wir eigentlich ohne Vorbild arbeiten müssen; denn alles, was in anderen Ländern bereits in ähnlicher Weise auf diesem Gebiet geschehen ist, kann uns nicht als Anhaltspunkt dienen. Ueberall, wo die Regierung oder die Gesetzgebung, sei es in England, sei es in Frankreich, — das sind ja die Hauptbeispiele, die man anführen kann, — sich gezwungen gesehen haben zu außergewöhnlichen Mitteln, plötzlich einem Versuch des Durchbruchs der anarchischen Massen entgegenzutreten, war vorher eine Eruption vorausgegangen, eine in die sichtbare Welt getretene massenhafte Umsturzbewegung, deren Repression schon an und für sich einen Theil der Heilung bot, um die es sich handelte. Bei uns ist nichts Derartiges vorgekommen. Ich weiß wohl, man will mit solchen Eruptionen die beiden Schandthaten vergleichen, welche zunächst den Anlaß zu diesem Gesetz gegeben haben; aber von keiner Seite, auch nicht von Seiten der Regierung, ist dem widersprochen, daß, wenn wir einen Anlaß haben und, wie ich glaube, einen von der Regierung mit Recht ergriffenen Anlaß, endlich einmal die Bewegung zum Stehen zu bringen, ein directer Zusammenhang, etwa wie bei der Bekämpfung der Commune oder des 18. Juni 1848 in Paris oder der Fenierbewegung in England, nicht vorhanden war.

Die drei Redner, die heute gesprochen haben, haben in diesem Punkt mit Anschauungen sich begegnet, die auch die meinigen sind. Der Herr Abgeordnete Reichensperger hat darauf hingewiesen, daß wir eigentlich schon gebunden seien als Majorität des Hauses zur Verwerfung des gegenwärtigen Gesetzes, weil etwas Neues seitdem nicht in die Welt getreten sei und wir präjudicirt hätten: ein Gesetz solcher Art wie das damalige, dem auch das heutige ziemlich nahe steht, dürfe nicht angenommen werden.

Herr von Helldorff hat gesagt, daß er durch das zweite Attentat nicht im Geringsten in seiner Auffassung über die Dinge bestimmt worden sei. Auch das ist bei mir der Fall. Ich habe damals die Vorlage der Regierung nicht abgelehnt, weil ich etwa glaubte, es sei nichts zu thun oder es sei keine Gefahr vorhanden; ich brauchte auch weder die Erfahrung des ersten noch des zweiten Attentats, um mich von der Größe der Gefahr und deswegen von der Pflicht des Versuchs einer Abhilfe überzeugen zu lassen, und ich gebe dem Herrn Abgeordneten Bebel vollkommen zu, daß die Beweise eines directen Zusammenhanges zwischen der Socialdemokratie und den Urhebern der beiden Verbrechen nicht geliefert worden sind. Allein, meine Herren, das ändert an der Sache selber gar nichts. Wir sind durch die Kenntniß unserer Zustände und auch durch die allerdings systematischen Vorgänge, die in den beiden Verbrechen liegen, vollständig unterrichtet von der Gefahr, die wir laufen, und der Unterschied, der zwischen uns und andern Ländern, die eine ähnliche Gesetzgebung machen mußten, besteht, ist nur der, wir wollen vor der Catastrophe thun, was die anderen nach der Catastrophe gethan haben, (sehr richtig!) und wir glauben gerade dadurch uns um das Land und die Welt verdient zu machen, daß wir nicht warten, bis die Catastrophe eingetreten ist.

Der Herr Abgeordnete Bebel hat auch mit dem Ton des Vorwurfs denen, die sich mit der Socialdemokratie beschäftigen, gesagt, daß sie deren Ziele verkennen, daß die Beweise nicht geliefert werden können, daß die Socialdemokratie auf den gewaltsamen Umsturz der bestehenden Dinge hinausgehe. Ich will über diese Dinge nicht mit ihm streiten; ich glaube, der Herr Abgeordnete Graf von Moltke hat in seiner Rede bei der ersten Lesung des vorigen Gesetzes die Dinge so correct geschildert, daß eine andere und bessere Version gar nicht gegeben werden kann. Ganz unabhängig davon, welche Definition Herr Bebel oder Herr Liebknecht, Herr Lassalle oder Herr Marx von der Art von Eigenthumsmodification oder Abschaffung oder capitalistischer Wirtschaft geben möge, ganz unabhängig davon, ob er mehr die gewalthätige oder die friedliche Seite seiner Gedanken zu spitzt, — in dem Augenblick, den vorzubeugen unsere Gesetzgebung bezwecken soll, in dem Augenblick der Catastrophe werden die Schriften, und seien es auch die schönsten und herbedeutensten, von Marx und Lassalle, von Bebel und Liebknecht längst vergessen sein, und die Masse wird sich in dem Strome hinwälzen, in dem sie sich in allen ähnlichen Fällen hingewälzt hat; und, wie der Herr Abgeordnete Graf von Moltke mit Recht bemerkt hat: wenn Herr Bebel an einem friedlicheren Programm festhalten wollte, dann würde er gestirzt werden von den Leuten, die ihm bisher gefolgt sind.

Unter diesen Umständen müssen wir uns klar machen, was wir, wenn wir gewissenhaft und vorfichtig diese mit nicht zu verkennender Schwierigkeit verbundene Aufgabe lösen wollen, — was wir dann thun müssen. Die Regierung räumt es selbst ein, wir haben hier gegen eine geistige Bewegung zu kämpfen, und sie verkümmert es nicht, daß es ganz unadäquate Waffen sind, mit denen wir uns dieser umwälzenden Bewegung zu erwehren haben, wenn wir ihr nur die Waffen der Polizei und des Gesetzes, nur die mechanischen Waffen entgegensetzen können. Wir können uns nicht genug von der Schwierigkeit dieses Gegenjahres durchbringen, und hier liegt das Geheimniß des Problems, das wir lösen sollen. Wenn wir den mechanischen Mitteln zu viel zutrauen, dann werden wir uns schwach und unzulänglich erweisen, und wenn wir das Beginnen zu hoch anspannen, dann wird allerdings das Uebel eintreten, daß ein vergeblicher Versuch die Gefahr, der wir uns erwehren wollen, nur um so mehr vergrößert.

Welches sind die Mittel der Propaganda, die wir zu bekämpfen haben? Die Vorlage nennt sie: es ist die Versammlung, der Verein und das gedruckte Wort. Ständen wir nur vor der Aufgabe, das Versammlungs- und Vereinswesen in seinen Ausschreitungen und Gefahren zu bekämpfen, so wäre, glaube ich, Hoffnung vorhanden, den größeren Theil der Schwierigkeiten und Bedenken, die uns hier entgegenstehen, zu überwinden. Nicht als wäre dieses Recht ein wenig werthvolles für die freie Bewegung und das politische Leben der Nation; allein es steht dasselbe doch auf einer Zwischenstufe, wenn ich mich so ausdrücken darf, zwischen der rein mechanischen Handlung und der rein geistigen Bewegung, wie sie in der Presse repräsentirt ist. Eine Ver-

sammlung aufzulösen, einen Verein zu beseitigen, ist etwas, was sich viel leichter erreichen läßt, was zugleich auch viel eher begründet ist, da der Uebergang vom Neben zum Handeln bei der Versammlung und bei dem Verein ein viel leichteres, ein viel näher liegender, die Verführung viel größer ist, die Entzündlichkeit des Wortes in einer Versammlung von Menschen aufgeregter Art, — dies Alles macht, daß wir hier ein Mittelglied zwischen der rein geistigen Bewegung und der körperlichen Verbindung von Menschen, welche etwa einen Angriff auf den Staat machen wollen, vor uns haben.

Allein, meine Herren, es ist dieses Vereins- und Versammlungswesen, wenn auch ein wesentlicher, doch der geringere Hebel, der angegriffen wird, um die gefährlichen Meinungen im Volke zu verbreiten. Viel schwieriger steht das Ding mit der Presse. Der Herr Abgeordnete Nebel hat es so anschaulich und, ich muß sagen, in gewisser Weise wahrheitsgemäß geschildert, wie es schwierig sein wird, diesem Proteus, der in tausend Gestalten sich jeder Nachstellung entzieht, beizukommen, und wie es ebenso bedenklich sein wird, hier eine Grenze ziehen zu wollen zwischen dem, was erlaubt, und dem, was verboten ist.

Hier kommen wir notwendig zu dem Punkte, so unangenehm es ist, sich mit Definitionen aufhalten zu müssen, wo wir versuchen müssen, eine Grenze zu ziehen, ein Merkmal aufzusuchen, nach welchem zu erkennen ist, ob dem gedruckten Wort der Charakter einer den Staat bedrohenden Handlung beizulegen ist oder nicht. Die ganze Charakteristik dessen, was wir, allerdings als eine neue Art von Vergehen, in's Leben rufen, besteht nämlich eben darin, daß es eine Art wörtlicher Neusserungen aus, die schon an und für sich die Thatsache einer Handlung involviren. Wer zum Beispiel leugnet, daß die Grundlagen des Gesetzes, der Verfassung, die Haltung von Treu und Glauben, die Ehrlichkeit im Verkehr bindend seien, wer das als ein Theßis aufstellt vor versammeltem Volke, der spricht nicht nur nicht etwas aus, sondern der begeht von selbst eine Handlung, welche auf das directeste den Grundgesetzen des Staates zu Leibe geht, und wir haben das Kriterium dafür zu suchen, wo eine solche Definition einsetzen soll.

Nun besteht selbst unter denen, welche ehrlich gewillt sind, mit der Staatsregierung zu versuchen, wie eine gesetzliche Definition weit es möglich und richtig sei, die von der Staatsregierung gegebene Definition selbst anzunehmen. Das Gesetz wird uns Charakterist als eines, das nicht gegen staatsumwälzende Bewegungen im Ganzen gegeben werden soll, sondern gegen eine ganz spezifische, erst in dem letzten Decennium bemerkbar gewordene Strömung socialdemokratischer oder sozialistischer und kommunistischer Art. Andere Gesichtspunkte haben geglaubt, es sei an dieser Definition Anstoß zu nehmen, weil sie, wie schon so oft wiederholt worden ist, den Charakter einer Ausnahmegefeßgebung an sich trage. Es hat diese Frage sowohl bei der vorigen Debatte, als bei der darauf erfolgten Wahlbewegung und auch heute eine so große Rolle gespielt in der

Erörterung der Meinungen, daß Sie mir vielleicht schon gestatten werden, einige Minuten bei dieser Definition zu verweilen.

Ich glaube nämlich, daß, wie das Gesetz heute gestaltet ist, auch nach dem Regierungsentwurf es falsch wäre, die Definition eines Ausnahmegesetzes auf dasselbe anzuwenden in dem Sinn, in welchem dies bisher geschehen ist, nämlich so, daß nur eine besondere Kategorie von Personen von demselben getroffen werde. Der Herr Abgeordnete von Hellvorff hat dies bereits in ähnlicher Weise angedeutet, wie ich; aber die Regierung hat ihrerseits allerdings dazu beigetragen, den bezeichneten Irrthum zu fördern, sie hat es gethan dadurch, daß sie in den Motiven zur Auflösung des Reichstages — man möge mir das nicht übel denken, aber ich kann es nicht unterdrücken — gewissermaßen einen Appell an den Egoismus der bürgerlichen Classen gemacht hat, indem sie ihnen zurief: Eure Freiheit soll nicht beschränkt werden, nur die Freiheit gewisser anderer Leute! In und bei der mehr und mehr der Forderung zugänglichen Stimmung, welche jetzt im deutschen Reich herrscht, wo bald auf wirtschaftlichem, bald auf politischem Gebiete, ich will nicht sagen immer von der Regierung an den beschränkten Egoismus des Einzelnen appellirt wird, damit er nur suche, seine Angelegenheiten zu fördern, wenn auch auf Kosten der Allgemeinheit, — bei dieser allgemeinen Stimmungslage hat es eine große Gefahr, daß man dem Philister, wie man ihn nennt, zuruft: Kümmerre Dich nicht um das, was mit Deinem socialistischen Nachbarn geschieht, wenn nur Du geschützt und sicher bist. Meine Herren, so viel ich gesehen habe, hat im deutschen Volke diese Version keinen großen Anklang gefunden; und wie schwach auch unser Staatsgefühl noch sei in den großen Massen: der Appell, daß man glauben solle, der einzelne Bürger sei weniger gefährdet, wenn ein Ausnahmegesetz gegen eine bestimmte Kategorie seiner Mitbürger gemacht wird, dieser Appell versängt noch nicht beim deutschen Volke; das Gegentheil wäre auch gerade von allen Uebeln das schlimmste.

Ich glaube aber auch nicht, daß es sich um ein Ausnahmegesetz dieser Art handelt. Der Irrthum kehrt allerdings darin wieder, daß von der Regierung in den diesmaligen Motiven das Wort „Socialdemokratie“ persönlich gebraucht worden ist, als sei hier eine bestimmte abgegrenzte Gruppe von Menschen, gegen die das Gesetz gemacht wird; der Irrthum liegt darin, daß, wenn eine Handlung, welche bis jetzt nicht verboten war, unter Strafe gestellt wird, zunächst der Gedanke sich einstellt, daß die, welche bis jetzt diese Handlung verübt haben, ganz allein von der Strafe getroffen werden, und das verleitet zu der irrigen Annahme, daß es sich hier um ein Ausnahmegesetz gegen Personen handle. Daß hier nur ein sachliches Ausnahmegesetz vorgeschlagen ist, liegt auf der Hand. Wenn wir das oft erwähnte Tabaksmopol einführen und deswegen allen bisherigen Tabakfabrikanten verbieten, in Zukunft Tabak zu fabriciren, so wäre das kein Ausnahmegesetz gegen die Tabakfabrikanten, sondern nur ein Ausnahmegesetz an und für sich, welches die Freiheit der industriellen Bewegung beschränkt. Und ganz in ähnlicher Weise ist das Verbot gegen socialdemokratische Westre-

bungen nicht ein Ausnahmegeſetz gegen beſtimmte Perſonen, ſondern ein ſachliches Ausnahmegeſetz, wenn dieſer Ausdruck überhaupt ſtatthaft iſt. Ich gebe allerdings zu, daß der Ausdruck „Ausnahmegeſetz“ in der Weiſe berechtigt iſt, daß wir von beſtimmten Regeln, die Grundzüge unſerer Verfaſſung in der Geſetzgebung ſind, mit dieſem Geſetz abweiſen, daß die Freiſtändigkeit, die Preßfreiheit, das Verſammlungsrecht durch dieſes gegenwärtige Geſetz geändert werden und namentlich dadurch eine große Aenderung hervorgezuſehen wird, daß die Frage, ob eine Handlung ſtrafbar ſei oder nicht, in Zukunft nicht mehr durch den Richter, ſondern durch die Polizei entſchieden wird. Denn nach der Deconomie des Geſetzes hat der Richter in Zukunft nur zu unterſuchen: liegt hier ein polizeiliches Verbot vor? und die Polizei iſt gewiſſermaßen Jury oder Experte darüber, ob ein Verbrechen begangen worden ſei oder nicht. Inſofern liegt allerdings ein Ausnahmegeſetz vor. Und wenn wir über dieſen Punkt, wie wir uns wohl practiſch überzeugen werden, nicht hinauskommen, ſo iſt es eine um ſo größere Aufgabe, zu ſuchen, ob hier in dem Geſetz Kantelen, ſo weit möglich, gegeben werden können, daß dieſer Schnitt in die allgemeine Geſetzgebung nicht tiefer gehe, als beabſichtigt wird und unvermeidlich iſt.

Hier beginnt nun die Frage: was ſoll unter dieſen von der Regierung bezeichneten Bewegungen verſtanden werden? Handelte es ſich bloß um Socialdemokratie und communistiſche Verbindungen, ſo würde ich der Anſicht ſein, daß es gar nicht nöthig wäre, weitere Definitionen zu geben. Ich glaube überhaupt, daß wir in Deutſchland in unſeren Strafgeſetzbüchern ein Biſchen zu ſehr der Weisung der Univerſitätsgelehrten gefolgt ſind, indem wir mehr compendienartige Definitionen in unſere Geſetze aufgenommen haben, als die gemeinverſtändlichen Bezeichnungen nach Art der Geſetzgebungen anderer Länder. Was Socialdemokratie und Communismus iſt, das noch dem Richter erklären zu wollen, würde zu denſelben Spitzfindigkeiten führen, die uns auch in allen anderen Definitionen entgegenkommen, und die kürzeſte Namensnennung wäre hier die beſte Definition.

Mein die Regierung hat noch ein anderes Wort hineingeſetzt, ſie ſagt auch, die „ſocialiſtiſchen“ Bewegungen; und, wenn überhaupt das Geſetz gemacht werden ſoll, dann ſtimme ich dieſem Zuſatz vollſtändig bei. Ich habe noch das vorige Mal nachträglich zu den Verhandlungen bemerkt, ich bekenne, daß ich es für unentbehrlich halte, das Wort „ſocialiſtiſch“ in das Geſetz hineinzunehmen, nicht bloß der Gerechtigkeit, ſondern auch der Wirksamkeit wegen, die wir dem Geſetz ſehen wollen. Denn, meine Herren, darüber können wir uns nicht täuſchen: wenn es ſich überhaupt darum handelt — und darüber iſt ja die Regierung mit mir einig, — einer geiſtigen Bewegung entgegenzutreten, die nicht ſowohl in ihren jezt unmittelbar wahrnehmbaren Folgen, als in dem, was vielleicht erſt in Jahren und Jahrzehnten daraus erfolgen könne, bedenklich iſt, ſo können wir unmöglich einen Schnitt machen zwischen dem, was Socialdemokratie, und dem, was Communismus iſt. Die Regierung allerdings ſtößt ſich, indem ſie den Socialismus in das Geſetz

einſührt, nur darauf, daß auch die Socialdemokratie ſich ſehr häufig in dem Gewand des Socialismus darſtelle und unter dieſer Firma nicht unangeſochtener durch die Welt gehen dürfte als unter ihrem offenen Namen. Das iſt aber mein Grund durchaus nicht, wenn ich darauf beſtehe, daß das Wort „ſocialiſtiſch“ hier in die Definition aufgenommen werde. Mein Grund iſt eben der, daß das, was man nicht ſocialdemokratiſches, ſondern ſocialiſtiſches Programm nennt, die eigentliche Quelle der Gefahr bildet, die über uns herbeigeführt wird. Meine Herren, ich weiß es ſehr gut, ich ſtehe ſelbſt mit vielen meiner näheren Freunde nicht auf demſelben Standpunkt — glauben Sie nicht, daß ich damit den Herren Abgeordneten Laſter meine, ſondern ich denke hier an Männer, die ſich mehr auf der andern Seite unſerer Geſinnungsgeſellſchaft befinden — hier liegt die große Scheidungslinie, über welche die Nation ſich klar werden ſoll, über welche namentlich die Gebildeten der Nation ſich klar werden müſſen, wenn wir mit Erfolg das ſocialiſtiſche Gift austreiben wollen; — ich meine die Fundamentalfraße: hat die ſocialiſtiſche Bewegung eine ernſte Zukunft in dem Sinne, daß es ihr gelingen könnte, wirklich eine lebensfähige Umgeſtaltung der Welt, der geſellſchaftlichen und ſtaatlichen Verhältnisse herbeizuführen? Wer das glaubt, wer glaubt, daß hier wirklich ein heilbringendes Element vorhanden ſei, für den iſt es viel ſchwerer, ſich der ganzen Strömung entgegenzuſetzen; er iſt vielmehr genöthigt, mit ihr zu pactiren, und hier kommt er auch ſofort in den Widerſpruch mit ſich, den der Herr Abgeordnete Bebel ganz mit Recht an Einzelheiten uns vorgehalten hat. Die Frage iſt die: iſt es denkbar, daß nicht durch die ſpontane Umwandlung der geſellſchaftlichen Thätigkeit, der Productionsmittel, der practiſchen Productionbedingungen, kurz durch die ganzen organiſchen, empiriſchen Vorgänge im Leben der Völker, allmählich die Inſtitutionen, unter denen ſie leben, abgeändert werden, ſondern durch eine im Voraus von dem Geſetzgeber erdachte Organization, in welche er die beſtehenden Verhältnisse und das ganze geſellſchaftliche Leben hineinzuwängen kann? Meine Herren, das iſt das große Problem, das iſt die große Frage, welche über die Zukunft beſteht, und wer hier glaubt, daß es möglich ſei, durch abſtracte, vorgefaßte, noch ſo ſinnreiche ingeniöſe Pläne etwas wie ein Geſitz, das anders geſtaltet wäre für die Production, Diſtribution und Conſumtion der Güter, herbeizuführen nur durch die Geſetzgebung, nicht durch die ſpontane Thätigkeit der Welt, der iſt meiner Anſicht nach gerade auf der ſchleſen Ebene, die vom Socialismus zur Socialdemokratie führen muß.

Meine Herren, ich ſchleudere nicht gern in dieſer Frage, die uns möglichſt geeint finden ſoll gegen den gemeinſamen Gegner, und in der, ſo viel von meiner Perſon abhängt, — denn in dieſer intrikaten Sache kann jeder nur für ſeine Perſon ſprechen, — ſo weit es von meiner Perſon abhängt, es nicht an Anſtrengungen fehlen ſoll, mit beſtem Willen und denkbarer Nachgiebigkeit etwas Geſetzgebersſches zu Stande zu bringen, — in dieſer Sache, ſage ich, können wir auf der anderen Seite uns nicht verheimlichen, daß das Uebel, gegen das wir jezt kämpfen, ſeine Wurzel hat auch in den Denkweiſen, die von den verſchiedenſten Seiten aus der Nation heraus gefördert

worden sind. Meine Herren, darüber geben wir uns keiner Täuschung hin: so groß hätte das Uebel nicht werden können, wenn nicht die Burzeln im Denken, und wie ich behaupte, im irrigen Denken der Nation in großen Kreisen lägen. Meine Herren, wir hören tagtäglich, und auch in der heutigen Debatte haben wir wieder Anklänge davon vernommen, daß an den ökonomischen Uebeln, die die Menschheit, seitdem sie besteht, ertragen hat, und die sie ertragen wird, so lange sie bestehen wird, wesentlich die staatliche Gesetzgebung schuld sei. Wenn das eine oder andere eintritt, Noth oder Unglück, Mangel oder Verlegenheit, sofort stürmt man darauf los mit der Frage: was hat die Gesetzgebung gethan, was kann die Gesetzgebung thun, um zu ändern; und man hat diejenigen, welche glauben, daß die Mittel der Gesetzgebung in diesen Dingen beschränkt seien, daß alles in der Hauptsache angewiesen sei auf die eigene Thätigkeit der Menschen, weder mit Vorwürfen noch mit Spitznamen verschont. Aber, meine Herren, wenn diese Grundanschauung weiter um sich greift in der deutschen Nation, wenn sie gefördert wird von einflussreichen Stellen aus, so werden Sie vergeblich kämpfen gegen die socialistische Strömung; denn die Hauptthese dieser Lehre, daß es möglich sei, durch mediterrane gesetzliche Bestimmungen die Lebensbedingungen der gesellschaftlichen Organisation zu ändern, die geben Sie damit zu.

Darum sage ich, meine Herren, wir müssen das Wort „socialistisch“ in die Definition hineintragen, wenn wir überhaupt versuchen wollen, den gefährlichen Stoff in seiner Wesenheit zu fassen.

Aber auf der andern Seite: wie können wir leugnen, was ebenfalls der Herr Abgeordnete Uebel in den Vordergrund gestellt hat, daß wir einer Ummöglichkeit gegenüberstehen, wenn wir das ganze geistige Leben der Nation dadurch in Wande schlagen wollen, daß jedes Unternehmen, irgendwie die gesellschaftlichen Zustände anders zu beleuchten, als dadurch, daß man ihnen unbedingt beipflichtet, von vornherein unterdrückt wird! Alle Definitionen, welche Sie geben können zur Schätzung einzelner Institutionen der Gesellschaft, sind rein werthlos in der Praxis. Man hat vorgeschlagen, daß man das Eigenthum schätzen soll. Der Herr Abgeordnete Uebel hat schon darauf aufmerksam gemacht, daß das Eigenthum als solches abzuschaffen nicht genau seinem Programme entspreche; es sind auch noch eine Reihe von Programmen vorhanden, die sich mit der Eigenthumsfrage befassen, und von denen die Herren in der Commission sich überzeugen werden, wenn sie sich mit dem Material befassen, daß sie im Effect ganz genau auf dasselbe hinauslaufen, wie jede noch so communistische und socialistische Bestrebung, obgleich sie nur Modification und nicht Abschaffung begehren. Wir sind sehr erfindarisch und geistreich in allen Problemen, mit welchen wir belehrten Cabinetten und Gesellschaften neu konstruirt werden. So z. B. ist es in den letzten Zeiten Mode geworden, in der socialistischen Literatur nicht gegen das Eigenthum im Allgemeinen zu polemisieren, sondern gegen das römische Eigenthum. Der Herr Abgeordnete Jürg, der zu meinem Bedauern heute nicht Mitglied in der Versammlung ist, hat in der vorigen Versammlung darüber viel Treffendes gesagt, — wohl von den meisten unbemerkt,

weil sie sich mit den Details dieser literarischen Agitation weniger befassen; er hat darauf hingewiesen, wie diese Distinction vom römischen Eigenthum und anderem Eigenthum wirklich nur ein bloßes Spiel sei, das uns vor den Gefahren, die in der ganzen Verdröhung des Eigenthums liegen, ganz gewiß nicht bewahren würde. Meine Herren, wenn ich bedenke, daß solche Worte in die Masse hinausgeworfen werden als Stichworte, daß Menschen, welche nicht im Entferntesten im Stande sind — ich frage, wie viel wären im Stande, die Definition zwischen römischem und germanischem Eigenthum zu geben — wenn ich bedenke, daß mit solchen Worten Propaganda gemacht wird, daß man mit solchen Spitzfindigkeiten das Unstößige umgehen will, so muß ich ausprechen, daß es unmöglich ist, hier eine scharf abschneidende Definition zu machen. Es giebt noch eine ganze Reihe anderer Arten, das Eigenthum indirect anzugreifen; von dem einen wird zwar nicht das unbewegliche Eigenthum, sondern das sogenannte Capital angegriffen, auf welches überhaupt alle Schmach, Vorwürfe und Enttäuschung herabgerufen wird. Die natürliche Thatsache, daß der vorhandene Boden in seinem Umfang und Bestand nicht ausgedehnt, sondern nur meliorirt werden kann, die Vertheilung der Reichthümer der Welt also nur durch bewegliche Güter herbeigeführt werden kann, die in infinitum vermehrbar sind, — diese Thatsache wird zu einem furchtbaren Anklagepunkt aufgebauscht und wird dahin formulirt, daß das Capital an und für sich ein Fluch und Unglück sei und abgeschafft werden müsse. Andere zwar haben gesagt, daß sie das Eigenthum nicht abschaffen wollen, aber, sagen sie, wir wollen es beschränken, und darum sind wir keine Socialisten; und wieder Andere sagen gerade umgekehrt: nein, wir wollen es nicht beschränken, wir wollen es verallgemeinern, — und ich denke hier nicht an kleine unbedeutende Autoritäten, sondern an Männer, die im höchsten Grade wissenschaftlicher Berühmtheit stehen, und unter anderen einen ehemaligen Collegen, der später Mitglied des Ministeriums in einer großen Monarchie war, eines Ministeriums, welches auf dem äußersten Flügel conservativer Gesinnung stand.

Und damit Sie sich darüber klar werden, meine Herren, daß das, was der Abgeordnete von Hellbronn und der Abgeordnete Reichensperger gesagt haben, nicht genügt, um eine Grenze zwischen schädlich und unschädlich — ich will noch nicht von Verbotenem und Erlaubtem sprechen — zu ziehen, daß es nicht damit gethan ist, nur gleichzeitig auch die Religion an die Spitze zu stellen, davon erlaube ich mir einen Beleg zu geben. Ich bestritte nicht im Entferntesten den Werth und den bedeutenden Einfluß der Religion in diesen Dingen; ich möchte nur, wenn die Herren so sehr auf dieses Mittel recurriren, daß sie mir das Recept angeben, wie man es machen kann, um in Abyme, die die Religion verloren haben, dieselbe wieder hinein zu bringen. (Oh! im Centrum.) Aber, meine Herren, man kann religiös und monarchisch gesinnt sein und doch die Theorien vertreten, von denen ich eben gesprochen. Ich erlaube mir z. B. aus einer periodischen Schrift, die in dieser Beziehung nicht in Verdacht kommen kann, eine Stelle vorzulesen, welche folgendermaßen lautet:



Wenn die Menschheit von der mehr als ein Jahrtausend dauernden Pest des römischen Eigenthumsrechts wiederum befreit sein wird, dürfte das Eigenthum aufhören, Diebstahl zu sein, und in Wirklichkeit die Bezeichnung einer „heiligen“ Institution verdienen, während es in seiner gegenwärtigen Entartung vielfach eher als eine schandwürdige Einrichtung bezeichnet werden kann. Zweck des Eigenthums ist und kann es überhaupt nur sein, die Kräfte der eigenen Arbeit zu sichern; gegenwärtig aber dient es wesentlich nur dazu, mühe- los sich die Früchte fremder Arbeit anzueignen, und ist daher nicht mehr eine sittliche, sondern eine entsetzliche Institution.

Nun, meine Herren, wenn dies in einem Blatte steht, daß sich rühmt, eine Stütze der Monarchie und des Altars par excellence zu sein, so frage ich Sie, werden Sie nun behaupten, daß die Flug- schriften der Abgeordnetenebel und Liebliecht mehr Schaden stiften oder weniger? Meiner Ansicht nach weniger, weil sie unter der Etikette des Umsturzes gehen, während hier unter der Etikette des Conservatismus dieselben socialistischen und communistischen Ziele gepredigt werden. (Auf: Wo sieht das?) Im Staatsocialist Nr. 8! Ich citire nur eine Glanzstelle, ich könnte, wenn ich ein Freund des Citirens wäre, Duzende verlesen aus diesen Schriften, aus andern Nummern. Meine Herren, glauben Sie nur nicht, daß wir es hier nur mit theoretischen Aeußerungen zu thun haben, mit Betrachtungen, die sich mehr an den literarischen Geist eines be- grenzten Publicums wenden, nein, meine Herren, wir haben es mit einem Gegenstand der eifrigsten Propaganda und der allerpopulärsten Propaganda zu thun; damit ich dafür Ihnen auch nur einen kleinen Beleg gebe, so lese ich Ihnen das Circular desselben Verelns vor, dem diese Schrift dient, und der sich mit der Aufgabe beschäftigt, diese preiswürdigen und staatszerhaltenden Principien in Deutschland zu verbreiten. Es heißt darin:

Unsere Absicht ist, außer den bis jetzt gewonnenen zwei, noch etwa acht bis zehn weitere Reiserebner auszusenden, damit in ganz Deutschland eine intensive Propaganda eingeleitet werden kann. Wir möchten Deutschland in zwölf Agita- tionsbezirke einteilen und in jedem fortwährend einen Redner unterhalten.

Sie sehen, man hat sehr viel von der socialdemokratischen Pro- paganda gelernt, aber was das Interessanteste an dem Programm ist, daß ich Ihnen nicht der Länge nach vorlese, ist folgende Stelle, die ich Ihrer aufmerksamen Betrachtung empfehle:

Was die noch zu besetzenden Rednerstellen betrifft, so fehlen für dieselben bis jetzt die geeigneten Candidaten, weshalb wir an Sie hiermit die Frage richten, ob Ihnen vielleicht geeignete Personen bekannt sind? Junge Schul- lehrer und auf Realschulen oder Gymnasien vorgebildete junge Kaufleute liefern ein vortreffliches Material. (Weiter- setze.) Ein unentbehrliches Erforderniß ist eine starke deut- liche Stimme, (Weiterkeit) Begeisterungsfähigkeit und na-

türliche Begabung; die nothwendigen Kenntnisse eignen sich solche Personen rasch an. (Große Heiterkeit.)

Das sind Neben, die von Personen ausgegangen sind, die selbst in angelehener Stellung, in Verbindung mit noch höheren angelehenern Männern glauben, daß sie den Staat retten können, indem sie sich der socialdemokratischen Bewegung bemächtigen, und es scheint ihnen die ganze Aufgabe so einfach, daß ein eben aus dem Gymnasium entlassener junger Kaufmann in wenigen Tagen die Fertigkeit, die Welt zu erlösen, sich aneignen könne.

Sie sehen, wenn ich verlange, daß nicht bloß „socialdemokra- tisch“, sondern auch „socialistisch“ in die Definition des Gesetzes hinein- kommt, dies nicht geschieht, weil ich glaube, daß die Gesellschaft nur von eigentlich socialdemokratischen Elementen bedroht sei; nein, meine Herren, ich thue unserer Nation die Ehre an, zu sagen, daß das Littel nur deshalb so stark werden konnte, weil es wirklich mit ihren idealsten Bestre- bungen und ihrem ganzen Geist, dem sie sich lange Zeit hindurch in großen Schichten ergeben hat, sich eng verbündete, und das bringt mich auf den Punkt, den der Herr Abgeordnete Nebel als den picantesten seines Vortrags und, natürlich nach seinem Recht davon Gebrauch machend, zu großem Effect bestimmt und vorgetragen hat, nämlich die Aeten der früheren Commizenz des Reichskanzlers mit der socialistischen Bewegung vor, während und nach Lassalle.

Neues hat uns der Herr Abgeordnete mit der Verlesung der- selben eigentlich nicht enthüllt. (Auf: O ja!) — Die Substanz haben wir gekannt. (Auf: Nicht ganz!) — Dem Herrn Abgeord- neten Richter verdanke ich selbst einen Theil dieser Mittheilungen, und an die Details würde ich nur dann glauben, wenn der Herr Abgeordnete Nebel mir sagte, daß er aus eigener Wissenschaft sämmtliche Thatsachen kennt, die er vorgelesen hat, z. B. die, daß Lassalle die 100 Millionen angeschlagen habe, um Deutschland zu retten; dafür möchte ich einen etwas präciseren Beweis, ich kann an diese große und von Lassalle's Standpunkt aus unverantwortliche Enthaltbarkeit nicht glauben. Aber, meine Herren, es bestätigt mir das nur, was ich mir längst gedacht habe, was ich gerade als Grundzug dieser Erscheinungen bei uns ansehe, daß die meisten Kreise unserer Nation es wirklich für ungefährlicher gehalten haben, mit diesem Feuer zu spielen, als es in der That war. (Sehr richtig!)

Ich will kein Urtheil fällen in dieser Frage und habe nicht die Vermessenheit, mich zum Advocaten des Reichskanzlers aufzu- werfen, aber davon bin ich überzeugt, eine Verbindung, welche die staatsgefährliche Zukunft androht, wie sie heute die Socialdemokratie enthält, die würde der Reichskanzler nicht auf diese Weise gefördert haben. Wenn er es gethan hat, so hat er es gethan, weil er viel- leicht als Politiker glaube, mehr verantworten zu können, (Heiterkeit.) als Staatsbürger würde glauben verantworten zu können.

Darüber habe ich hier kein Urtheil zu fällen und wenn er selbst ganz und gar von dem Stück Vorwurf gereinigt werden könnte, der immerhin in diesen Thatsachen liegt, so würde er jeden- falls von dem Vorwurf sich nicht reinigen können, daß er eine so wichtige Erscheinung im Gebiet des nationalen Lebens so durchaus

verkannt hat, daß er auf diese Weise sich mit ihr einlassen und compromittiren konnte. Aber, meine Herren, im Großen und Ganzen beweist mir das alles, was hier gesagt worden ist, nur, wie tief das nationale Leben bereits in diese Verwickelung hineingezogen worden ist und wie sehr wir uns deshalb bemühen müssen, den Rückweg zu finden. Es wird mir nicht gelingen, heute Definitionen zu geben, von denen ich einerseits glauben muß, daß sie diese von mir geschilderte, wirklich die Gesellschaft bedrohende Anschauungsweise eindämmen und dennoch wieder das geistige Leben der Nation nicht unterbrücken. Die Grenzen zwischen Zeitungen, Flugchriften, Büchern herzustellen, und zu definiren, ob bereits im Verkehr befindliche Bücher, Bücher, die das Recht auf eine neue Auflage haben, unter dieses Gesetz fallen sollen oder nicht, das ist für heute unmöglich. Ich glaube aber, wir werden namentlich nach Kennzeichen suchen müssen, die es möglich machen, wenigstens das Hervorstechende von der Bezeichnung solcher Dinge zu erfassen. Der Herr Abgeordnete von Hellborff hat wenigstens etwas weniger präcis, als er beabsichtigte, in dieser Frage gesprochen, wenn er sagte, auf Definition käme es so genau nicht an. Es kommt gerade so genau darauf an, daß man das Menschenmögliche thun muß, um die Definition herauszubringen. Natürlich an dem Unmöglichen scheitert jeder Versuch; und hier scheint mir charakteristisch klar zu sein nicht bloß, daß der Versuch gemacht werden soll, die Gesellschaft auf einer andern Grundlage der Production der Güter und der Vertheilung derselben, durch Gewaltmaßregeln umzumodeln, sondern das Charakteristische ist etwas anderes: das ist die Verbreitung von Haß und Feindschaft eines Theils der Bevölkerung gegen andere auf Grund verschiedener Bedingungen der Lebenserhaltung und Ernährung. (Sehr richtig! links.) Das ist das eigentlich unterscheidende Kennzeichen. Meine Herren, alle oder nicht frei zu bewegen, alle diese verschwinden vor der Hauptcharakteristik des Giftes, das in die deutsche Nation hineingetragen worden ist und welches darin besteht, daß jede Partikel der Nation gegen die andere in wildester Weise aufbebt worden ist, weil man immer dem betreffenden Theile sagte: der andere Theil lebt auf deine Kosten, wenn es mit gerechten Dingen zuginge, wüßtest du an seiner Stelle oder theilweise an seiner Stelle sein und es ist nur böser Wille der Gesetzgebung, wenn dies nicht geschieht. An ihr auch haben sich nicht minder wie die Socialdemokraten andere Theile der Nation wesentlich theilhaftig, und ich sage, eine Definition, wenn sie gefunden werden soll, darf sich dem nicht entziehen, daß gerade das Charakteristische des Aufbebens einer Classe der Bevölkerung gegen die andere auf Grund der Vermögensverhältnisse mit in die Charakteristik hineinkommt, und dann werden gerade auch diese Schriften von der Art, wie ich sie Ihnen geschildert habe, unter das Gesetz fallen.

Was nun die Garantien betrifft, die im Uebrigen in das Gesetz eingefügt werden sollen, wird es wesentlich Aufgabe der

Commission sein, hier zunächst die Zeitbeschränkung einzuführen. Ich glaube, das ist schon durch die frühere Gesetzgebung, durch eine Reihe von Aenderungen, welche in den Motiven selbst mit Bestimmtheit hervorzulefen sind, so nahe gelegt, daß der Herr Abgeordnete von Hellborff, der die Sache auch nicht mit seiner gewöhnlichen Stärke vertheidigt hat, gewiß in diesem Punkt überstimmt werden wird. Wenn ich eine Zeitbeschränkung verlange und mich bewegen auf das frühere Gesetz berufe, so geschieht das nicht, weil ich die Motive der Regierung in dem Sinne aneigne, mit dem sie in dem früheren Gesetz die Zeitbeschränkung rechtfertigte. Sie glaubte nämlich damals, daß nach drei Jahren wirklich das Uebel so ziemlich unterdrückt sein könnte, und sie wollte uns in dieser Beziehung eine Zeitbeschränkung plausibel machen. Aus diesem Grunde würde ich es nie und nimmer! Meine Herren, das gegenwärtige Gesetz, — das wollen wir uns nur deutlich machen, — wird hauptsächlich die Aufgabe haben — und das findet sich auch in den Motiven einmal ausgesprochen, — nicht so sehr bei denen, die bereits von dem virus dieser Irthümer ergriffen sind, dieselben auszurotten, als vielmehr die weitere Ausbreitung zu verhindern. Ich halte es für äußerst schwer, wenn nicht unmöglich, da, wo einmal diese verkehrten Gedanken Platz gegriffen haben, dieselben wieder wegzubringen, wenn es nicht durch eigene Gelebniße in Form einer Catastrophe bewirkt wird. Was wir können, das ist, das Weitergreifen dieser Verirrungen vielleicht einigermaßen einzuschränken, und daß dies in drei oder in zwei Jahren oder in einem Jahre so weit geglückt sein sollte, daß wir uns nunmehr wieder der früheren Sicherheit übergeben können, das will mir nie und nimmer einleuchten.

Wenn ich für eine Zeitbeschränkung eintrete und dieselbe für eine der unerlässlichsten Bedingungen eines künftigen Gesetzes für meine Person erkläre, so geschieht es deshalb, weil ich sage, allerdings wenn auch nicht gegen Personen, so doch der Sache nach liegt hier etwas wie Ausnahmegesetz vor, außerordentliche Vollmachten, welche auch in anderen Ländern, wo dergleichen vorgehen ist, immer nur transitivischer Weise gegeben werden. Diese außerordentlichen Vollmachten für immer herzugeben, das wäre unverantwortlich, ja ich möchte beinahe sagen, es wäre an sich null und nichtig; wir können deshalb diese Vollmachten nur auf eine beschränkte Zeit geben. Andererseits müssen wir uns damit nicht begnügen. Meine Herren, es wäre sehr falsch, zu glauben, daß, weil wir eine Zeitgrenze eingeführt haben, wir nun auch in der Sache selbst jede mögliche Lizenz der Polizeiadministrationsgewalt überlassen könnten, damit sie nach Belieben wirtschaftet. Was wir jetzt thun — wir verheimlichen es uns gar nicht — es ist Abgerungen durch die Größe des Uebels, das wir zu bekämpfen haben, und wir entschließen uns nur dazu, weil es heißt: Aux grands maux les grands remèdes! Aber daß wir darin etwas Weiteres thun, als unerlässlich ist, das würde ich für unverantwortlich halten, und zu den Aufgaben, die wir hier vor allen Dingen zu lösen haben, gehört auch die, daß selbst unter den Bestimmungen dieses Gesetzes Niemand unverdientermaßen getroffen wird. Ich vertenne

nicht, daß in den untern Stadien der Verwirklichung dieser Bestimmungen die Verwaltung eingreifen muß; ich verstehe auch nicht, daß eben deswegen es nicht einfach damit gehen ist, daß man in der höchsten Revisionsinstanz die richterliche Gewalt einsetzt; ich verstehe nicht die Fehler, die Mißstände, die damit verbunden wären, ein neues Gericht zu schaffen, oder ein bestehendes reines Gericht mit diesen Dingen zu besetzen. Ich glaube, es wird etwas Drittes gefunden werden müssen, und der Umstand beispielsweise, daß Einwendungen gegen den Weg eines höchsten Verwaltungsgerichts gemacht worden sind, wird mich nicht abschrecken, weil — das werden mir die Herren von der Regierung zugehen — etwas zu finden, gegen das nicht triftige Einwendungen zu machen wären, absolut unmöglich ist. Wir werden uns also hier mit dem geringsten Uebel begnügen und suchen müssen, eine Revisionsinstanz zu schaffen, welche mehr Garantie bietet, als die von der Regierung jetzt vorgeschlagene Bundesbehörde, welche ohne Continuität in sich, ohne jede richterliche Gewaltstellung als rein politische Machtbehörde hier fungieren wird. Damit aber eine Revisionsbehörde wirklich ihres Amtes pflegen kann, ist unbedingt nöthig, daß sie die Natur der Entscheidung der ersten Verfügung kennt, und ich habe deswegen in dem Gesetz die Vorschrift vermisst, daß auch die Verwaltungsbehörde da, wo sie einschreitet, genöthigt wäre, ihr Einschreiten mit deutlichen und bleibenden Motiven zu begründen. Wir müssen überall dafür sorgen, daß die Instanz, welche zuletzt hier entscheiden soll, aus der Sache selbst informiert sei und daß Niemand ungehört und ohne Motive verurtheilt wird.

Meine Herren, ich will auf die Einzelheiten, die sonst an diesem Gesetz zu kritisiren wären, nicht weiter eingehen, das wird die Sache, die schwierige Aufgabe der Commission sein. Ich habe Ihnen bereits gesagt, daß ich nicht in der Lage bin, für irgend Jemand anders als für mich hier zu sprechen, aber so weit ich die Sache überschauen und beurtheilen, sind eine sehr große Anzahl Mitglieder, ich hoffe, die Mehrheit des Hauses, bereit, redlich mitzuarbeiten, um den Versuch zu machen, wie einem Bedürfnis abzuhelfen, dessen Existenz nicht geleugnet werden kann, und wenn Herr von Hellvorff und alle die, für die er vielleicht gesprochen, der Ansicht sind, daß man nur ein Gesetz machen müsse zur Beseitigung der Gefahren und des Uebels, von dem hier die Rede ist, und zu keinem andern Zweck, so wird das Gesetz zu Stande kommen. (Bravo!)

Präsident: Es ist die Vertagung der Berathung beauftragt von dem Herrn Abgeordneten Richter (Hagen). Ich bitte diejenigen Herren, welche den Vertagungsantrag unterstützen wollten, sich zu erheben. (Geschlecht.) Die Unterstützung reicht aus. Nunmehr ersuche ich diejenigen Herren, aufzustehen respective stehen zu bleiben, welche die Vertagung beschließen wollen. (Geschlecht.)

Das Bureau ist einig in der Ueberzeugung, daß die Mehrheit steht; die Vertagung ist beschloffen.

Meine Herren, ich würde Ihnen vorschlagen, die nächste Plenarsitzung morgen Vormittag 11 Uhr abzuhalten, und ich schläge

Ihnen für diese Plenarsitzung dieselbe Tagesordnung vor, wie für die heutige Plenarsitzung, also:

Fortsetzung der ersten Berathung des Gesetzesentwurfs gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Socialdemokratie.

Widerspruch wird nicht erhoben; es findet also die nächste Plenarsitzung morgen Vormittag 11 Uhr mit der bezeichneten Tagesordnung statt.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung 3 Uhr 40 Minuten.)

## 5. Sitzung des Deutschen Reichstages

am 17. September 1878.

Präsident v. Fordenbeck: Wir treten in die Tagesordnung ein.

Der einzige Gegenstand der Tagesordnung ist:

Fortsetzung der ersten Berathung des Gesetzesentwurfs gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Socialdemokratie.

Ich eröffne die gestern vertagte erste Berathung hiermit wiederum und ertheile das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Hänel.

Abgeordneter Dr. Hänel: Meine Herren, ich kann nicht sagen, daß die Debatten des gestrigen Tages zur Aufklärung der Sache, die wir hier behandeln, wesentlich beigetragen haben. Ich muß im Gegentheil behaupten, daß, wenn ich diese Verhandlungen vergleiche mit denjenigen Verhandlungen, die der Reichstag in diesem Frühjahr führte, alsdann die Kernpunkte der Sache, die uns beschäftigt, wesentlich verbunkelt worden sind, in einer solchen Weise in den Hintergrund getreten sind, daß man fast an eine Abfälligkeit in dieser Beziehung glauben möchte. Ich kann nur finden, daß zwei Redner klar und bestimmt ihren Standpunkt genommen haben; der eine ist der absolute Anhänger an dieses Gesetz, Herr von Hellvorff, der andere war der absolute Gegner jeder Maßregel, die etwa durch die socialdemokratische Agitation gerechtfertigt sein könnte, Herr Bebel. Alle übrigen Redner haben sich in Wankungen und Schwankungen bewegt. Ich muß das auch von Herrn Reichensperger sagen; denn einige seiner Behauptungen nahmen eine Färbung an, die in der That einfach auf der Grundlage dieses Gesetzesentwurfs sich bewegte.